

Schriftlicher Bericht
des Rechtsausschusses
(12. Ausschuß)

**über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines
Gesetzes über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder**

— Drucksache V/2370 —

**und über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf
eines Einführungsgesetzes zum Gesetz über die rechtliche
Stellung der unehelichen Kinder (ausgenommen Artikel 2)**

— Drucksache V/3719 —

A. Bericht des Abgeordneten Dr. Stammberger *)

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Gesetzentwurf — Drucksachen V/2370, V/3719 — in der aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen,
2. folgende Entschließungsanträge anzunehmen:
 - a) Die Bundesregierung wird ersucht, dem Deutschen Bundestag in der 6. Wahlperiode den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt so rechtzeitig zuzuleiten, daß das Gesetz am 1. Juli 1970 in Kraft treten kann.

- b) Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß sichergestellt werden muß, daß Verwandte, die ein berechtigtes Interesse nachweisen, vom Vorhandensein eines nichtehelichen Kindes Kenntnis zu erlangen, aus dem Geburtsregister des Vaters Auskunft erhalten können. Die Bundesregierung wird gebeten zu prüfen, ob dies durch Änderung der einschlägigen Verwaltungsvorschriften erfolgen kann. Sollte eine gesetzliche Änderung erforderlich sein, wird die Bundesregierung gebeten, eine entsprechende Regelung mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt vorzulegen.

Bonn, den 9. Mai 1969

Der Rechtsausschuß

Dr. Reischl	Dr. Stammberger
Stellv. Vorsitzender	Berichterstatler

*) folgt als zu Drucksache V/4179

Zusammenstellung

des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder

— Drucksache V/2370 —

und des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Einführungsgesetzes zum Gesetz über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder (ausgenommen Artikel 2)

— Drucksache V/3719 —

mit den Beschlüssen des Rechtsausschusses

(12. Ausschuß)

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

Entwurf eines Gesetzes
über die rechtliche Stellung der **unehelichen** Kinder

Entwurf eines Gesetzes
über die rechtliche Stellung der **nichtehelichen**
Kinder

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Anderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs

Das Bürgerliche Gesetzbuch wird wie folgt geändert:

1. § 11 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Ein **uneheliches** Kind teilt den Wohnsitz der Mutter.“

2. § 204 erhält folgende Fassung:

„§ 204

(1) Die Verjährung von Ansprüchen zwischen Ehegatten ist gehemmt, solange die Ehe besteht.

(2) Die Verjährung von Ansprüchen zwischen Eltern und Kindern ist gehemmt, solange das

Artikel 1

Anderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs

Das Bürgerliche Gesetzbuch wird wie folgt geändert:

1. § 11 erhält folgende Fassung:

„§ 11

Ein **minderjähriges** Kind teilt den Wohnsitz der Eltern; es teilt nicht den Wohnsitz eines Elternteils, dem das Recht fehlt, für die Person des Kindes zu sorgen. Das Kind behält den Wohnsitz, bis es ihn rechtsgültig aufhebt.“

Nummer 2 entfällt

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

Kind minderjährig ist; dies gilt nicht von Ansprüchen zwischen einem unehelichen Kinde und seinem Vater.

(3) Die Verjährung von Ansprüchen zwischen dem Vormund und dem Mündel ist gehemmt, solange das Amt des Vormunds besteht."

3. § 1589 Abs. 2 fällt weg.



4. Der zweite Titel des zweiten Abschnitts im vierten Buche erhält an Stelle der Überschrift „Eheliche Abstammung“ die Überschrift „Abstammung“.



5. Vor § 1591 wird folgende Überschrift eingefügt:



„I. Eheliche Abstammung“.

6. § 1594 Abs. 4 fällt weg.



7. § 1595 a wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird nach Satz 2 folgender Satz eingefügt:

„War der Mann *unehelich*, so steht das Anfechtungsrecht nur seiner Mutter zu.“

b) In Absatz 1 werden in dem bisherigen Satz 3 die Worte „sechs Monaten“ durch die Worte „eines Jahres“ ersetzt.

c) Absatz 3 fällt weg.

d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3.

8. § 1596 Abs. 1 Nr. 3 erhält folgende Fassung:

„3. die Mutter den Mann geheiratet hat, von dem das Kind *stammt*,“.

9. Nach § 1600 werden folgende Vorschriften eingefügt:

„II. *Uneheliche* Abstammung

§ 1600 a

Als Vater des unehelichen Kindes ist anzusehen,

1. *wer die Vaterschaft anerkannt hat oder*

2. *wer durch rechtskräftige gerichtliche Entscheidung als Vater festgestellt ist.*

2 a. In § 1371 Abs. 4 werden vor dem Wort „vorhanden“ die Worte „oder erbersatzberechtigte Abkömmlinge“ eingefügt.

3. unverändert

4. unverändert

5. unverändert

6. unverändert

7. § 1595 a wird wie folgt geändert:



a) In Absatz 1 wird nach Satz 2 folgender Satz eingefügt:

„War der Mann **nichtehelich**, so steht das Anfechtungsrecht nur seiner Mutter zu.“

b) In Absatz 1 werden in dem bisherigen Satz 3 die Worte „sechs Monaten“ durch das Wort „**Jahresfrist**“ ersetzt.

c) unverändert

d) unverändert

8. § 1596 Abs. 1 Nr. 3 erhält folgende Fassung:



„3. die Mutter den Mann geheiratet hat, **der** das Kind **gezeugt hat**,“.

9. Nach § 1600 werden folgende Vorschriften eingefügt:



„II. **Nichteheliche** Abstammung

§ 1600 a

Bei nichtehelichen Kindern wird die Vaterschaft durch Anerkennung oder gerichtliche Entscheidung mit Wirkung für und gegen alle festgestellt. Die Rechtswirkungen der Vaterschaft können, soweit sich nicht aus dem Gesetz ein anderes ergibt, erst vom Zeitpunkt dieser Feststellung an geltend gemacht werden.

Entwurf	Beschlüsse des 12. Ausschusses
§ 1600 b	§ 1600 b
(1) Eine Anerkennung unter einer Bedingung oder einer Zeitbestimmung ist unwirksam.	(1) unverändert
(2) Die Anerkennung ist schon vor der Geburt des Kindes zulässig.	(2) unverändert
(3) Ist die Vaterschaft anerkannt oder rechtskräftig festgestellt, so ist eine spätere Anerkennung unwirksam.	(3) Ist die Vaterschaft anerkannt oder rechtskräftig festgestellt, so ist eine weitere Anerkennung unwirksam.
§ 1600 c	§ 1600 c
(1) Zur Anerkennung ist die Zustimmung des Kindes erforderlich.	unverändert
(2) Die Zustimmung ist dem Anerkennenden oder dem Standesbeamten gegenüber zu erklären.	
§ 1600 d	§ 1600 d
(1) Wer in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist, kann nur selbst anerkennen; er bedarf hierzu der Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters. Für einen Geschäftsunfähigen kann sein gesetzlicher Vertreter mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichts anerkennen.	(1) unverändert
(2) Für ein Kind, das geschäftsunfähig oder noch nicht <i>vierzehn</i> Jahre alt ist, kann nur sein gesetzlicher Vertreter der Anerkennung zustimmen. Im übrigen kann ein Kind, das in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist, nur selbst zustimmen; es bedarf hierzu der Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters.	(2) Für ein Kind, das geschäftsunfähig oder noch nicht achtzehn Jahre alt ist, kann nur sein gesetzlicher Vertreter der Anerkennung zustimmen. Im übrigen kann ein Kind, das in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist, nur selbst zustimmen; es bedarf hierzu der Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters.
(3) Anerkennung und Zustimmung können nicht durch einen Bevollmächtigten erklärt werden.	(3) unverändert
§ 1600 e	§ 1600 e
(1) Die Anerkennungserklärung und die Zustimmungserklärung des Kindes müssen <i>gerichtlich oder notariell</i> beurkundet werden. Die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters zu einer solchen Erklärung ist in öffentlich beglaubigter Form abzugeben.	(1) Die Anerkennungserklärung und die Zustimmungserklärung des Kindes müssen öffentlich beurkundet werden. Die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters zu einer solchen Erklärung ist in öffentlich beglaubigter Form abzugeben.
(2) Beglaubigte Abschriften der Anerkennungserklärung sind außer dem Standesbeamten auch dem Kind und der Mutter des Kindes zu übersenden.	(2) unverändert
(3) Die Zustimmung des Kindes und seines gesetzlichen Vertreters sowie die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters des Anerkennenden können bis zum Ablauf von sechs Monaten seit der Beurkundung der Anerkennungserklärung erteilt werden. Die Frist beginnt nicht vor der Geburt des Kindes.	(3) unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

§ 1600 f

(1) Die Anerkennung ist nur dann unwirksam, wenn sie den Erfordernissen der vorstehenden Vorschriften nicht genügt oder wenn sie angefochten und rechtskräftig festgestellt ist, daß der Mann nicht der Vater des Kindes ist.

(2) Sind seit der Eintragung in ein deutsches Personenstandsbuch fünf Jahre verstrichen, so kann nicht mehr geltend gemacht werden, daß die Erfordernisse der vorstehenden Vorschriften nicht vorgelegen haben.

§ 1600 g

(1) Berechtigt, die Anerkennung anzufechten, sind der Mann, der die Vaterschaft anerkannt hat, die Mutter und das Kind.

(2) Ist der Mann innerhalb eines Jahres seit dem Wirksamwerden der Anerkennung gestorben, ohne die Anerkennung angefochten zu haben, so können die Eltern des Mannes anfechten. § 1595 a Abs. 1 Satz 2, 3, Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 1600 h

(1) Der Mann, der die Vaterschaft anerkannt hat, seine Eltern und die Mutter des Kindes können die Anerkennung binnen *einem Jahr* anfechten.

(2) Für den Mann beginnt die Frist mit dem Zeitpunkt, in dem ihm die Umstände, die gegen die Vaterschaft sprechen, bekannt geworden sind. Leidet die Anerkennungserklärung unter einem Willensmangel nach § 119 Abs. 1, § 123, so endet die Frist nicht, solange nach den §§ 121, 124, 144 ein Anfechtungsrecht bestehen würde.

(3) Für die Eltern des Mannes beginnt die Frist mit dem Zeitpunkt, in dem einem Elternteil der Tod des Mannes und die Anerkennung bekanntgeworden sind.

(4) Für die Mutter des Kindes beginnt die Frist mit dem Zeitpunkt, in dem ihr die Anerkennung bekanntgeworden ist. *Hat die Mutter das Kind im Stich gelassen, so beginnt die Frist mit dem Zeitpunkt, in dem die Mutter von der Anerkennung hätte Kenntnis erlangen können.*

(5) Die Fristen beginnen nicht vor der Geburt des Kindes und nicht, bevor die Anerkennung wirksam geworden ist.

(6) Auf den Lauf der Fristen sind die für die Verjährung geltenden Vorschriften der §§ 203, 206 entsprechend anzuwenden.

§ 1600 f

unverändert

§ 1600 g

unverändert

§ 1600 h

(1) Der Mann, der die Vaterschaft anerkannt hat, seine Eltern und die Mutter des Kindes können die Anerkennung binnen **Jahresfrist** anfechten.

(2) **unverändert**

(3) **unverändert**

(4) Für die Mutter des Kindes beginnt die Frist mit dem Zeitpunkt, in dem ihr die Anerkennung bekanntgeworden ist.

(5) **unverändert**

(6) **unverändert**

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

§ 1600 i

§ 1600 i

(1) Das Kind kann binnen zwei Jahren anfechten, nachdem ihm die Anerkennung und die Umstände bekannt geworden sind, die gegen die Vaterschaft sprechen.

(1) unverändert

(2) Hat die Mutter des Kindes den Mann geheiratet, der das Kind anerkannt hat, und ist die Anerkennung im Zusammenhang mit der Eheschließung oder nach der Eheschließung erfolgt, so kann das Kind, falls die Ehe geschieden, aufgehoben oder für nichtig erklärt ist, noch binnen zwei Jahren, nachdem ihm die Scheidung, Aufhebung oder Nichtigkeitserklärung bekanntgeworden ist, anfechten. Dies gilt entsprechend, wenn die Ehegatten seit drei Jahren getrennt leben und nicht zu erwarten ist, daß sie die eheliche Lebensgemeinschaft wiederherstellen.

(2) unverändert

(3) Hat die Mutter einen anderen Mann geheiratet und *stammt* das Kind *von diesem Manne*, so kann das Kind noch binnen zwei Jahren, nachdem ihm dies bekanntgeworden ist, anfechten.

(3) Hat die Mutter einen anderen Mann geheiratet und **hat dieser** das Kind **gezeugt**, so kann das Kind noch binnen zwei Jahren, nachdem ihm dies bekanntgeworden ist, anfechten.

(4) § 1600 h Abs. 5, 6 gilt entsprechend.

(4) unverändert

(5) Die Anfechtung ist auch nach Ablauf der Frist zulässig, wenn sie wegen einer schweren Verfehlung des Mannes gegen das Kind, wegen ehrlosen oder unsittlichen Lebenswandels oder einer schweren Erbkrankheit des Mannes sittlich gerechtfertigt ist.

(5) unverändert

§ 1600 k

§ 1600 k

(1) Wer in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist, kann die Anerkennung nur selbst anfechten; er bedarf hierzu nicht der Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters. Für ein in der Geschäftsfähigkeit beschränktes minderjähriges Kind kann nur der gesetzliche Vertreter mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichts anfechten; hat das Kind das achtzehnte Lebensjahr vollendet, so soll das Vormundschaftsgericht die Genehmigung nur erteilen, wenn das Kind selbst einwilligt.

unverändert

(2) Für einen Geschäftsunfähigen kann sein gesetzlicher Vertreter mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichts die Anerkennung anfechten.

(3) Will der Vormund oder Pfleger eines minderjährigen Kindes die Anerkennung anfechten, nachdem die Mutter des Kindes den Mann geheiratet hat, der das Kind anerkannt hat, so gilt § 1597 Abs. 3 entsprechend.

(4) Hat der gesetzliche Vertreter eines Geschäftsunfähigen die Anerkennung nicht rechtzeitig angefochten, so kann nach dem Wegfall der Geschäftsunfähigkeit der Anfechtungsberechtig-

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

tigte selbst die Anerkennung in gleicher Weise anfechten, wie wenn er ohne gesetzlichen Vertreter gewesen wäre; dies gilt nicht für das Anfechtungsrecht der Eltern des Mannes, der das Kind anerkannt hat. Hat der gesetzliche Vertreter eines minderjährigen Kindes die Anerkennung nicht rechtzeitig angefochten, so kann das Kind selbst innerhalb von zwei Jahren seit dem Eintritt der Volljährigkeit die Anerkennung anfechten.

§ 1600 l

(1) Der Mann, der die Vaterschaft anerkannt hat, ficht die Anerkennung durch Klage gegen das Kind, das Kind und die Mutter des Kindes fechten die Anerkennung durch Klage gegen den Mann an.

(2) Ist der Mann oder das Kind gestorben, so wird die Anerkennung durch Antrag beim Vormundschaftsgericht angefochten; jedoch fechten die Eltern des Mannes bei Lebzeiten des Kindes die Anerkennung durch Klage gegen das Kind an.

(3) Wird die Klage oder der Antrag zurückgenommen, so ist die Anfechtung als nicht erfolgt anzusehen.

§ 1600 m

In dem Verfahren über die Anfechtung der Anerkennung wird vermutet, daß das Kind von dem Manne *stammt*, der die Vaterschaft anerkannt hat. Die Vermutung gilt nicht, wenn die Anerkennungserklärung des Mannes unter einem Willensmangel nach § 119 Abs. 1, § 123 leidet; in diesem Falle ist § 1600 o Abs. 1 bis 3 entsprechend anzuwenden. Die Empfängniszeit bestimmt sich nach § 1592.

§ 1600 n

(1) Ist die Vaterschaft nicht anerkannt, so ist sie auf Klage des Kindes oder des Mannes, von dem das Kind *stammt*, gerichtlich festzustellen.

(2) Nach dem Tode des Mannes ist die Vaterschaft auf Antrag des Kindes, nach dem Tode des Kindes auf Antrag der Mutter vom Vormundschaftsgericht festzustellen.

§ 1600 o

(1) Es wird vermutet, daß das Kind von dem Manne *stammt*, welcher der Mutter während der Empfängniszeit beigewohnt hat.

(2) Die Vermutung gilt nicht, wenn bei Würdigung aller Umstände schwerwiegende Gründe gegen die Abstammung des Kindes von dem Manne sprechen.

§ 1600 l

unverändert

§ 1600 m

In dem Verfahren über die Anfechtung der Anerkennung wird vermutet, daß das Kind von dem Manne **gezeugt ist**, der die Vaterschaft anerkannt hat. Die Vermutung gilt nicht, wenn **der Mann die Anerkennung anfecht und seine Anerkennungserklärung unter einem Willensmangel nach § 119 Abs. 1, § 123 leidet**; in diesem Falle ist § 1600 o Abs. 2 Satz 1 und 2 entsprechend anzuwenden. Die Empfängniszeit bestimmt sich nach § 1592.

§ 1600 n

(1) Ist die Vaterschaft nicht anerkannt, so ist sie auf Klage des Kindes oder des Mannes, **der das Kind gezeugt hat**, gerichtlich festzustellen.

(2) **unverändert**

§ 1600 o

(1) **Als Vater ist der Mann festzustellen, der das Kind gezeugt hat.**

(2) Es wird vermutet, daß das Kind von dem Manne **gezeugt ist**, welcher der Mutter während der Empfängniszeit beigewohnt hat. Die Vermutung gilt nicht, wenn **nach** Würdigung aller

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

(3) Steht fest, daß der Mutter während der Empfängniszeit mehrere Männer beigewohnt haben, so gilt die Vermutung nur, wenn bei einem dieser Männer die Gründe, die dafür sprechen, daß das Kind von ihm stammt, die dagegen sprechenden Gründe erheblich überwiegen. Eine Beiwohnung bleibt außer Betracht, wenn es ausgeschlossen oder in hohem Grade unwahrscheinlich ist, daß die Mutter das Kind aus dieser Beiwohnung empfangen hat.

(4) Die Empfängniszeit bestimmt sich nach § 1592."

10. Vor § 1601 wird folgende Überschrift eingefügt:

„I. Allgemeine Vorschriften“.

11. § 1606 erhält folgende Fassung:

„§ 1606

(1) Die Abkömmlinge sind vor den Verwandten der aufsteigenden Linie unterhaltspflichtig.

(2) Unter den Abkömmlingen und unter den Verwandten der aufsteigenden Linie haften die näheren vor den entfernteren.

(3) Mehrere gleich nahe Verwandte haften anteilig nach ihren Erwerbs- und Vermögensverhältnissen. Für die Haftung der Eltern ist im übrigen § 1360 sinngemäß anzuwenden; dies gilt auch, wenn die Eltern getrennt leben oder wenn sie nicht oder nicht mehr verheiratet sind.“

12. § 1609 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Sind mehrere Bedürftige vorhanden und ist der Unterhaltspflichtige außerstande, allen Unterhalt zu gewähren, so gehen die minderjährigen unverheirateten Kinder den anderen Kindern, die Kinder den übrigen Abkömmlingen, die Abkömmlinge den Verwandten der aufsteigenden Linie, unter den Verwandten der aufsteigenden Linie die näheren den entfernteren vor.“

13. § 1611 Abs. 1, 2 erhält folgende Fassung:

„(1) Ist der Unterhaltsberechtigte durch sein sittliches Verschulden bedürftig geworden, hat er seine eigene Unterhaltspflicht gegenüber dem Unterhaltspflichtigen gröblich vernachlässigt oder sich vorsätzlich einer schweren Verfehlung gegen den Unterhaltspflichtigen oder einen nahen Angehörigen des Unterhaltspflichtigen

Umstände schwerwiegende Zweifel an der Vaterschaft verbleiben. Die Empfängniszeit bestimmt sich nach § 1592.

Absatz 3 entfällt

Absatz 4 entfällt

10. unverändert

11. § 1606 erhält folgende Fassung:

„§ 1606

(1) unverändert

(2) unverändert

(3) Mehrere gleich nahe Verwandte haften anteilig nach ihren Erwerbs- und Vermögensverhältnissen. **Die Mutter erfüllt ihre Verpflichtung, zum Unterhalt eines minderjährigen unverheirateten Kindes beizutragen, in der Regel durch die Pflege und Erziehung des Kindes.“**

12. unverändert

13. § 1611 Abs. 1, 2 erhält folgende Fassung:

„(1) Ist der Unterhaltsberechtigte durch sein sittliches Verschulden bedürftig geworden, hat er seine eigene Unterhaltspflicht gegenüber dem Unterhaltspflichtigen gröblich vernachlässigt oder sich vorsätzlich einer schweren Verfehlung gegen den Unterhaltspflichtigen oder einen nahen Angehörigen des Unterhaltspflichtigen

Entwurf

schuldig gemacht, so braucht der Verpflichtete nur einen Beitrag zum Unterhalt in der Höhe zu leisten, die der Billigkeit entspricht. Die Verpflichtung fällt ganz weg, wenn die Inanspruchnahme des Verpflichteten *aus besonderen Gründen* grob unbillig wäre.

(2) Die Vorschriften des Absatzes 1 sind auf die Unterhaltspflicht von Eltern gegenüber ihren minderjährigen unverheirateten Kindern nicht anzuwenden."

14. In § 1612 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt:

◆ „Ist das Kind minderjährig, so kann ein Eltern-
teil, dem die Sorge für die Person des Kindes
nicht zusteht, eine Bestimmung nur für die Zeit
treffen, in der das Kind in seinen Haushalt auf-
genommen ist.“

15. § 1613 erhält folgenden neuen Absatz 2:

◆ „(2) Wegen eines unregelmäßigen außerge-
wöhnlich hohen Bedarfs (Sonderbedarf) kann
der Berechtigte Erfüllung für die Vergangen-
heit ohne die Einschränkung des Absatzes 1
verlangen. Der Anspruch kann jedoch nach Ab-
lauf eines Jahres seit seiner Entstehung nur gel-
tend gemacht werden, wenn vorher der Ver-
pflichtete in Verzug gekommen oder der An-
spruch rechtshängig geworden ist.“

16. Nach § 1615 werden folgende Vorschriften ein-
gefügt:

„II. Unterhaltspflicht gegenüber unehelichen
Kindern

§ 1615 a

Für die Unterhaltspflicht gegenüber *unehe-
lichen* Kindern gelten die allgemeinen Vor-
schriften, soweit sich nicht aus den §§ 1615 b
bis 1615 o ein anderes ergibt.

§ 1615 b

(1) Der Unterhaltsanspruch des Kindes gegen
den Vater geht, soweit an Stelle des Vaters
ein anderer unterhaltspflichtiger Verwandter
dem Kinde Unterhalt gewährt, auf diesen über.
Der Übergang kann nicht zum Nachteile des
Kindes geltend gemacht werden.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend, wenn ein Drit-
ter als Vater dem Kinde Unterhalt gewährt.

§ 1615 c

Bei der Bemessung des Unterhalts ist, so-
lange das Kind noch keine selbständige Lebens-

Beschlüsse des 12. Ausschusses

schuldig gemacht, so braucht der Verpflichtete nur einen Beitrag zum Unterhalt in der Höhe zu leisten, die der Billigkeit entspricht. Die Verpflichtung fällt ganz weg, wenn die Inanspruchnahme des Verpflichteten grob unbillig wäre.

(2) unverändert

14. unverändert

15. unverändert

16. Nach § 1615 werden folgende Vorschriften ein-
gefügt:

◆ „II. Besondere Vorschriften für das nichteheliche
Kind und seine Mutter

§ 1615 a

Für die Unterhaltspflicht gegenüber **nichtehe-
lichen** Kindern gelten die allgemeinen Vor-
schriften, soweit sich nicht aus den **folgenden
Bestimmungen** ein anderes ergibt.

§ 1615 b

(1) Der Unterhaltsanspruch des Kindes gegen
den Vater geht, soweit an Stelle des Vaters
ein anderer unterhaltspflichtiger Verwandter
oder der Ehemann der Mutter dem Kinde Unter-
halt gewährt, auf diesen über. Der Übergang
kann nicht zum Nachteile des Kindes geltend
gemacht werden.

(2) unverändert

§ 1615 c

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

stellung erlangt hat, die Lebensstellung beider Eltern zu berücksichtigen.

§ 1615 d

Das Kind kann von seinem Vater Unterhaltsbeträge, die fällig geworden sind, bevor die Vaterschaft anerkannt oder rechtskräftig festgestellt war, auch für die Vergangenheit verlangen.

§ 1615 e

(1) Das Kind kann mit dem Vater sowie mit den Verwandten des Vaters eine Vereinbarung über den Unterhalt für die Zukunft oder über eine an Stelle des Unterhalts zu gewährende Abfindung treffen; das gleiche gilt für Unterhaltsansprüche des Vaters und seiner Verwandten gegen das Kind. Ein unentgeltlicher Verzicht auf den Unterhalt für die Zukunft ist nichtig.

(2) Die Vereinbarung bedarf, wenn der Berechtigte nicht voll geschäftsfähig ist, der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts.

(3) Ein Abfindungsvertrag, der zwischen dem Kind und dem Vater geschlossen wird, erstreckt sich im Zweifel auch auf die Unterhaltsansprüche des Kindes gegen die Verwandten des Vaters.

(4) Diese Vorschriften gelten für die Unterhaltsansprüche der Abkömmlinge des Kindes entsprechend.

§ 1615 f

(1) Bis zur Vollendung des achtzehnten Lebensjahres hat der Vater dem Kinde mindestens den Regelunterhalt zu zahlen; dies gilt nicht, solange das Kind in den väterlichen Haushalt aufgenommen ist. Regelunterhalt ist der zum Unterhalt eines Kindes, das sich in der Pflege seiner Mutter befindet, bei einfacher Lebenshaltung im Regelfall erforderliche Betrag (Regelbedarf), vermindert um die nach § 1615 g anzurechnenden Beträge. § 1612 Abs. 1 Satz 2 ist auf den Regelunterhalt nicht anzuwenden.

(2) Der Regelbedarf wird von der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung festgesetzt. Er kann nach dem Alter des Kindes und nach den örtlichen Unterschieden in den Lebenshaltungskosten abgestuft werden.

§ 1615 g

(1) Auf den Regelbedarf sind auf das Kind entfallendes Kindergeld, Kinderzuschläge und ähnliche regelmäßig wiederkehrende Geldleistungen anzurechnen, wenn sie dem Vater zustehen, jedoch einem anderen ausgezahlt werden.

§ 1615 d

unverändert

§ 1615 e

unverändert

§ 1615 f

unverändert

§ 1615 g

(1) **Das** auf das Kind entfallende Kindergeld, Kinderzuschläge und ähnliche regelmäßig wiederkehrende Geldleistungen, **die einem anderen als dem Vater zustehen**, sind auf den Regelbedarf **zur Hälfte** anzurechnen. **Kindergeld ist jedoch nur dann anzurechnen, wenn auch der**

Entwurf

(2) Stehen Leistungen der im Absatz 1 bezeichneten Art einem anderen als dem Vater allein zu, so sind sie zur Hälfte auf den Regelbedarf anzurechnen. Eine Leistung ist nicht anzurechnen, wenn ihre Gewährung von einer Mindestkinderzahl abhängig ist und der Vater diese Voraussetzung nicht erfüllt. Nicht anzurechnen sind ferner Leistungen, die wegen Krankheit oder Todes der Mutter oder einer anderen mit dem Kinde im gleichen Haushalt lebenden Person gewährt werden.

§ 1615 h

(1) Übersteigt der Regelunterhalt erheblich den Betrag, den der Vater leisten müßte, wenn das Kind ehelich wäre, so kann der Vater Herabsetzung des Regelunterhalts begehren, soweit sie wegen anderer Unterhaltsverpflichtungen des Vater, wegen eigenen Einkommens des Kindes oder aus anderen besonderen Gründen der Billigkeit entspricht. Vorübergehende Umstände bleiben außer Betracht. Unter den Betrag, den der Vater leisten müßte, wenn das Kind ehelich wäre, darf der Regelunterhalt nicht herabgesetzt werden.

(2) Die Herabsetzung des Regelunterhalts läßt die Verpflichtung des Vaters, dem Kinde wegen Sonderbedarfs Unterhalt zu leisten, unberührt.

(3) Der Regelunterhalt kann auf Antrag auch für die Vergangenheit herabgesetzt werden, soweit die Voraussetzungen des Absatzes 1 in der Zeit vorlagen, für welche die einzelnen Unterhaltsbeträge zu entrichten sind.

§ 1615 i

(1) Rückständige Unterhaltsbeträge, die fällig geworden sind, bevor der Vater durch rechtskräftige Entscheidung oder einstweilige Anordnung zur Leistung von Unterhalt verurteilt worden ist oder die Vaterschaft anerkannt hat, können auf Antrag des Vaters gestundet werden, soweit dies der Billigkeit entspricht.

(2) Rückständige Unterhaltsbeträge, die länger als ein Jahr vor Anerkennung der Vaterschaft oder Erhebung der Klage auf Feststellung der Vaterschaft fällig geworden sind, können auf Antrag des Vaters erlassen werden, soweit dies zur Vermeidung unbilliger Härten erforderlich ist. Der Erlaß ist ausgeschlossen, soweit unbillige Härten durch Herabsetzung des Regelunterhalts für die Vergangenheit oder durch Stundung vermieden werden können.

Beschlüsse des 12. Ausschusses

Vater die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt, ihm aber Kindergeld nicht gewährt wird, weil ein anderer vorrangig berechtigt ist. Leistungen, die wegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit gewährt werden, sind nicht anzurechnen.

(2) Eine Leistung, die zwar dem Vater zusteht, aber einem anderen ausgezahlt wird, ist in voller Höhe anzurechnen.

(3) Waisenrenten, die dem Kind zustehen, sind nicht anzurechnen.

(4) Das Nähere wird von der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung bestimmt.

§ 1615 h

(1) Übersteigt der Regelunterhalt wesentlich den Betrag, den der Vater dem Kind ohne Berücksichtigung der Vorschriften über den Regelunterhalt leisten müßte, so kann er verlangen, daß der zu leistende Unterhalt auf diesen Betrag herabgesetzt wird. Vorübergehende Umstände können nicht zu einer Herabsetzung führen. § 1612 Abs. 1 Satz 2 bleibt auch in diesem Falle unanwendbar.

(2) Die Herabsetzung des Unterhalts unter den Regelunterhalt läßt die Verpflichtung des Vaters, dem Kinde wegen Sonderbedarfs Unterhalt zu leisten, unberührt.

Absatz 3 entfällt

§ 1615 i

(1) Rückständige Unterhaltsbeträge, die fällig geworden sind, bevor der Vater die Vaterschaft anerkannt hat oder durch gerichtliche Entscheidung zur Leistung von Unterhalt verpflichtet worden ist, können auf Antrag des Vaters gestundet werden, soweit dies der Billigkeit entspricht.

(2) Rückständige Unterhaltsbeträge, die länger als ein Jahr vor Anerkennung der Vaterschaft oder Erhebung der Klage auf Feststellung der Vaterschaft fällig geworden sind, können auf Antrag des Vaters erlassen werden, soweit dies zur Vermeidung unbilliger Härten erforderlich ist. Der Erlaß ist ausgeschlossen, soweit unbillige Härten durch Herabsetzung des Unterhalts unter den Regelunterhalt für die Vergangenheit oder durch Stundung vermieden werden können.

Entwurf

(3) Hat ein Dritter an Stelle des Vaters Unterhalt gewährt und verlangt der Dritte vom Vater Ersatz, so gelten die vorstehenden Vorschriften entsprechend. Die Bedürfnisse und die wirtschaftlichen Verhältnisse des Dritten sind mit zu berücksichtigen.

§ 1615 k

(1) Der Vater ist verpflichtet, der Mutter die Kosten der Entbindung und, falls infolge der Schwangerschaft oder der Entbindung weitere Aufwendungen notwendig werden, auch die dadurch entstehenden Kosten zu erstatten. Dies gilt nicht für Kosten, die durch Leistungen des Arbeitgebers oder durch Versicherungsleistungen gedeckt werden.

(2) Der Anspruch verjährt in vier Jahren. Die Verjährung beginnt *mit dem Ablauf eines Jahres nach der Geburt des Kindes*.

§ 1615 l

(1) Der Vater hat der Mutter für die Dauer von sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Geburt des Kindes Unterhalt zu gewähren.

(2) Soweit die Mutter infolge der Schwangerschaft, *der Pflege des Kindes* oder einer durch die Schwangerschaft oder die Entbindung verursachten Krankheit außerstande ist, einer *sonst ausgeübten* Erwerbstätigkeit nachzugehen, oder *soweit ihr aus diesen Gründen eine sonst ausgeübte Erwerbstätigkeit nicht zumutbar ist*, ist der Vater verpflichtet, ihr über die in Absatz 1 bezeichnete Zeit hinaus Unterhalt zu gewähren. Die Unterhaltspflicht beginnt frühestens vier Monate vor der Entbindung; sie endet spätestens ein Jahr nach der Entbindung.

(3) Die Vorschriften über die Unterhaltspflicht zwischen Verwandten sind entsprechend anzuwenden. Die Verpflichtung des Vaters geht der Verpflichtung der Verwandten der Mutter vor. Die Ehefrau und minderjährige unverheiratete Kinder des Vaters gehen bei Anwendung des § 1609 der Mutter vor; die Mutter geht den übrigen Verwandten des Vaters vor. § 1613 Abs. 2, § 1615 d und § 1615 i Abs. 1, 3 gelten entsprechend. Der Anspruch erlischt nicht mit dem Tode des Vaters.

(4) Der Anspruch verjährt in vier Jahren. Die Verjährung beginnt *mit dem Ablauf eines Jahres nach der Geburt des Kindes*.

§ 1615 m

Stirbt die Mutter infolge der Schwangerschaft oder der Entbindung, so hat der Vater die

Beschlüsse des 12. Ausschusses

(3) *unverändert*

§ 1615 k

(1) *unverändert*

(2) Der Anspruch verjährt in vier Jahren. Die Verjährung beginnt, **soweit sie nicht gehemmt oder unterbrochen ist, mit dem Schluß des auf die Entbindung folgenden Jahres**.

§ 1615 l

(1) *unverändert*

(2) Soweit die Mutter einer Erwerbstätigkeit **nicht nachgeht, weil sie** infolge der Schwangerschaft oder einer durch die Schwangerschaft oder die Entbindung verursachten Krankheit **dazu** außerstande ist, ist der Vater verpflichtet, ihr über die in Absatz 1 bezeichnete Zeit hinaus Unterhalt zu gewähren. **Das gleiche gilt, wenn die Mutter nicht oder nur beschränkt erwerbstätig ist, weil das Kind anderenfalls nicht versorgt werden könnte**. Die Unterhaltspflicht beginnt frühestens vier Monate vor der Entbindung; sie endet spätestens ein Jahr nach der Entbindung.

(3) *unverändert*

(4) Der Anspruch verjährt in vier Jahren. Die Verjährung beginnt, **soweit sie nicht gehemmt oder unterbrochen ist, mit dem Schluß des auf die Entbindung folgenden Jahres**.

§ 1615 m

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

Kosten der Beerdigung zu tragen, soweit ihre Bezahlung nicht von dem Erben der Mutter zu erlangen ist.

§ 1615 n

Die Ansprüche nach den §§ 1615 k bis 1615 m bestehen auch dann, wenn der Vater vor der Geburt des Kindes gestorben oder wenn das Kind tot geboren ist. Bei einer Fehlgeburt gelten die Vorschriften der §§ 1615 k bis 1615 m sinngemäß.

§ 1615 o

(1) Schon vor der Geburt des Kindes kann auf Antrag der Mutter oder eines für die Leibesfrucht bestellten Pflegers durch einstweilige Verfügung angeordnet werden, daß der Mann, der die Vaterschaft anerkannt hat oder der nach § 1600 o als Vater vermutet wird, den für die ersten drei Monate dem Kinde zu gewährenden Unterhalt *alsbald nach der Geburt an die Mutter, den Beistand oder den Vormund* zu zahlen und den erforderlichen Betrag angemessene Zeit vor der Geburt zu hinterlegen hat.

(2) Schon vor der Geburt des Kindes kann auf Antrag der Mutter durch einstweilige Verfügung angeordnet werden, daß der Mann, der die Vaterschaft anerkannt hat oder der nach § 1600 o als Vater vermutet wird, die nach den §§ 1615 k, 1615 l voraussichtlich zu leistenden Beträge an die Mutter zu zahlen hat; auch kann die Hinterlegung eines angemessenen Betrages angeordnet werden.

(3) Eine Gefährdung des Anspruchs braucht nicht glaubhaft gemacht zu werden."

17. Vor § 1616 tritt an die Stelle der bisherigen
◆ Überschriften folgende Überschrift:

„VIERTER TITEL

Rechtsverhältnis zwischen den Eltern und dem Kinde im allgemeinen“.

18. § 1616 erhält folgende Fassung:
◆

„§ 1616

Das eheliche Kind erhält den Familiennamen des Vaters.“

19. Nach § 1616 werden folgende Vorschriften eingefügt:

„§ 1617

(1) Das *uneheliche* Kind erhält den Familiennamen, den die Mutter zur Zeit der Geburt des Kindes führt.

§ 1615 n

unverändert

§ 1615 o

(1) Auf Antrag **des Kindes** kann durch einstweilige Verfügung angeordnet werden, daß der Mann, der die Vaterschaft anerkannt hat oder der nach § 1600 o als Vater vermutet wird, den für die ersten drei Monate dem Kinde zu gewährenden Unterhalt zu zahlen hat. Der Antrag kann **bereits** vor der Geburt des Kindes **durch die Mutter** oder einen für die Leibesfrucht bestellten Pfleger **gestellt werden; in diesem Falle kann angeordnet werden, daß der** erforderliche Betrag angemessene Zeit vor der Geburt zu hinterlegen **ist**.

(2) Auf Antrag der Mutter kann durch einstweilige Verfügung angeordnet werden, daß der Mann, der die Vaterschaft anerkannt hat oder der nach § 1600 o als Vater vermutet wird, die nach den §§ 1615 k, 1615 l voraussichtlich zu leistenden Beträge an die Mutter zu zahlen hat; auch kann die Hinterlegung eines angemessenen Betrages angeordnet werden.

(3) **unverändert**

17. **unverändert**

18. **unverändert**

19. Nach § 1616 werden folgende Vorschriften eingefügt:
◆

„§ 1617

(1) Das **nichteheliche** Kind erhält den Familiennamen, den die Mutter zur Zeit der Geburt des Kindes führt.

Entwurf

(2) Erhält die Mutter nach Auflösung oder Nichtigerklärung der Ehe auf Grund der eherechtlichen Vorschriften ihren Mädchennamen wieder, so erstreckt sich die Namensänderung auf das Kind; *dies gilt nicht, wenn das Kind das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat.*

§ 1618

(1) Der Ehemann der Mutter kann dem Kinde, das nach § 1617 den Namen der Mutter führt, durch Erklärung gegenüber dem Standesbeamten mit Einwilligung des Kindes und der Mutter seinen Namen erteilen.

(2) Ein minderjähriges Kind, welches das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat, kann seine Einwilligung nur selbst erteilen. Es bedarf hierzu der Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters.

(3) Die Erklärung des Ehemanns sowie die Einwilligungserklärungen des Kindes und der Mutter müssen öffentlich beglaubigt werden."

20. Der bisherige § 1617 wird § 1619; der bisherige
◆ § 1618 wird § 1620.

21. Vor § 1626 tritt an die Stelle der bisherigen
◆ Überschrift folgende Überschrift:

„FUNFTER TITEL

Elterliche Gewalt über eheliche Kinder“.

22. Die §§ 1687, 1688 fallen weg.
◆

Beschlüsse des 12. Ausschusses

(2) Erhält die Mutter nach Auflösung oder Nichtigerklärung der Ehe auf Grund der eherechtlichen Vorschriften ihren Mädchennamen wieder, so erstreckt sich die Namensänderung auf das Kind, **wenn es das fünfte Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Hat das Kind das fünfte, aber noch nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet, so kann es durch Erklärung gegenüber dem Standesbeamten den Mädchennamen der Mutter annehmen. Ein minderjähriges Kind, welches das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat, kann die Erklärung nur selbst abgeben; es bedarf hierzu der Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters. Die Erklärung des Kindes muß öffentlich beglaubigt werden.**

§ 1618

(1) Der Ehemann der Mutter **oder der Vater des Kindes** kann dem Kinde, das nach § 1617 den Namen der Mutter führt, durch Erklärung gegenüber dem Standesbeamten mit Einwilligung des Kindes und der Mutter seinen Namen erteilen.

(2) **unverändert**

(3) Die Erklärung des Ehemannes **oder des Vaters** sowie die Einwilligungserklärungen des Kindes und der Mutter müssen öffentlich beglaubigt werden."

20. **unverändert**

21. **unverändert**

21a. § 1683 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

◆ „(1) Sind die Eltern des Kindes nicht oder nicht mehr miteinander verheiratet und will der Elternteil der das Kindesvermögen verwaltet, die Ehe mit einem Dritten schließen, so hat er dies dem Vormundschaftsgericht anzuzeigen, auf seine Kosten ein Verzeichnis des Kindesvermögens einzureichen und, soweit eine Vermögensgemeinschaft zwischen ihm und dem Kinde besteht, die Auseinandersetzung herbeizuführen.“

22. **unverändert**

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

23. In § 1690 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt:
◆ „Er soll in diesen Angelegenheiten mit dem Elternteil, dem er bestellt ist, Fühlung nehmen.“

23. un verändert

24. Die Vorschriften der §§ 1705 bis 1718 einschließlich der Überschrift werden durch folgende Vorschriften ersetzt:

24. Die Vorschriften der §§ 1705 bis 1718 einschließlich der Überschrift werden durch folgende Vorschriften ersetzt:
◆

„SECHSTER TITEL

„SECHSTER TITEL

Elterliche Gewalt über *uneheliche* KinderElterliche Gewalt über **nichteheliche** Kinder

§ 1705

§ 1705

Das *uneheliche* Kind steht, solange es minderjährig ist, unter der elterlichen Gewalt der Mutter. Die Vorschriften über die elterliche Gewalt über eheliche Kinder gelten im Verhältnis zwischen dem *unehelichen* Kinde und seiner Mutter entsprechend, soweit sich nicht aus den Vorschriften dieses Titels ein anderes ergibt.

Das **nichteheliche** Kind steht, solange es minderjährig ist, unter der elterlichen Gewalt der Mutter. Die Vorschriften über die elterliche Gewalt über eheliche Kinder gelten im Verhältnis zwischen dem **nichtehelichen** Kinde und seiner Mutter entsprechend, soweit sich nicht aus den Vorschriften dieses Titels ein anderes ergibt.

§ 1706

§ 1706

(1) Die Mutter erhält, sofern das Kind nicht eines Vormunds bedarf, einen Beistand für alle Angelegenheiten des Kindes.

un verändert

(2) Auf Antrag der Mutter hat das Vormundschaftsgericht

1. anzuordnen, daß eine Beistandschaft nicht eintritt,
2. die Beistandschaft aufzuheben oder
3. den Wirkungskreis des Beistandes zu beschränken.

Dem Antrag ist zu entsprechen, wenn die beantragte Anordnung dem Wohle des Kindes nicht widerspricht. Das Vormundschaftsgericht kann seine Entscheidung ändern, wenn dies zum Wohle des Kindes erforderlich ist.

§ 1707

§ 1707

Schon vor der Geburt des Kindes kann das Vormundschaftsgericht einen Beistand bestellen. Die Bestellung wird mit der Geburt des Kindes wirksam.

un verändert

§ 1708

§ 1708

Mit der Geburt des Kindes wird das Jugendamt Beistand nach den Vorschriften des Gesetzes für Jugendwohlfahrt. Dies gilt nicht, wenn bereits vor der Geburt des Kindes ein Beistand bestellt oder angeordnet ist, daß eine Beistandschaft nicht eintritt, oder wenn das Kind eines Vormunds bedarf. § 1791 c Abs. 1 Satz 2, Abs. 3 gilt entsprechend.

un verändert

Entwurf

§ 1709

Steht ein *uneheliches* Kind unter Vormundschaft und endet die Vormundschaft kraft Gesetzes, so wird der bisherige Vormund Beistand, sofern die Voraussetzungen für eine Beistandschaft vorliegen.

§ 1710

(1) Der Beistand hat folgende Aufgaben an Stelle der Mutter wahrzunehmen:

1. die Feststellung der Vaterschaft und alle sonstigen Angelegenheiten, die die Feststellung oder Änderung des *Personenstandes oder des Namens* des Kindes betreffen,
2. die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen einschließlich der Ansprüche auf eine an Stelle des Unterhalts zu gewährende Abfindung sowie die Verfügung über diese Ansprüche; ist das Kind bei einem Dritten entgeltlich in Pflege, so ist der Beistand berechtigt, aus dem vom Unterhaltspflichtigen Geleisteten den Dritten zu befriedigen.

(2) *Das Vormundschaftsgericht kann dem Beistand, auch ohne daß die Mutter dies beantragt, die Vermögensverwaltung ganz oder teilweise übertragen, wenn dies aus besonderen Gründen, vor allem wegen der Schwierigkeit der Angelegenheit, zum Wohle des Kindes erforderlich ist.*

(3) Der Beistand hat in Angelegenheiten, die er nach den vorstehenden Absätzen wahrzunehmen hat, die Rechte und Pflichten eines Pflegers. Er soll in diesen Angelegenheiten mit der Mutter Fühlung nehmen.

§ 1711

Will die Mutter eine Ehe eingehen, während sie die elterliche Gewalt über das Kind hat, so sind die Vorschriften der §§ 1683, 1684, 1696 anzuwenden.

§ 1712

(1) Derjenige, dem die Sorge für die Person des Kindes zusteht, bestimmt, ob und in welchem Umfange dem Vater Gelegenheit gegeben werden soll, mit dem Kinde persönlich zu verkehren. *Widerspricht diese Bestimmung dem Wohle des Kindes oder trifft der Sorgeberechtigte keine Bestimmung, so kann das Vormundschaftsgericht entscheiden. Es kann seine Entscheidung jederzeit ändern.*

Beschlüsse des 12. Ausschusses

§ 1709

Steht ein **nichteheliches** Kind unter Vormundschaft und endet die Vormundschaft kraft Gesetzes, so wird der bisherige Vormund Beistand, sofern die Voraussetzungen für eine Beistandschaft vorliegen.

§ 1710

(1) Der Beistand hat folgende Aufgaben an Stelle der Mutter wahrzunehmen:

1. die Feststellung der Vaterschaft und alle sonstigen Angelegenheiten, die die Feststellung oder Änderung des **Eltern-Kindes-Verhältnisses oder des Familiennamens** des Kindes betreffen,

2. **unverändert**

3. **die Regelung von Erb- und Pflichtteilsrechten, die dem Kind im Falle des Todes des Vaters und seiner Verwandten zustehen.**

Absatz 2 entfällt

(3) **unverändert**

§ 1711

entfällt

§ 1712

(1) Derjenige, dem die Sorge für die Person des Kindes zusteht, bestimmt, ob und in welchem Umfange dem Vater Gelegenheit gegeben werden soll, mit dem Kinde persönlich zu verkehren. **Wenn ein persönlicher Umgang mit dem Vater dem Wohle des Kindes dient, kann das Vormundschaftsgericht entscheiden. Es kann seine Entscheidung jederzeit ändern.**

Entwurf

(2) In geeigneten Fällen soll das Jugendamt zwischen dem Vater und dem Sorgeberechtigten vermitteln.

§ 1713

Das Vormundschaftsgericht soll vor einer Entscheidung, welche die Sorge für die Person oder das Vermögen des Kindes betrifft, den Vater hören, wenn die Anhörung nach seinem Ermessen geeignet *ist*, dem Wohle des Kindes zu dienen.

§§ 1714 bis 1718

(entfallen)".

25. Die §§ 1720, 1721 fallen weg.

26. Die Überschrift vor § 1723 erhält folgende Fassung:

„II. Ehelicherklärung auf Antrag des Vaters“.

27. § 1723 erhält folgende Fassung:

„§ 1723

Ein *uneheliches* Kind ist auf Antrag seines Vaters vom Vormundschaftsgericht für ehelich zu erklären, wenn die Ehelicherklärung dem Wohle des Kindes entspricht und ihr keine *triftigen* Gründe entgegenstehen.“

28. In § 1724, in § 1726 Abs. 1 und in den §§ 1733, 1736 wird das Wort „Ehelichkeitserklärung“ durch das Wort „Ehelicherklärung“ ersetzt.

29. § 1725 fällt weg.

30. § 1727 erhält folgende Fassung:

„§ 1727

(1) Das Vormundschaftsgericht hat auf Antrag des Kindes die Einwilligung der Mutter zu ersetzen, wenn die Ehelicherklärung aus schwerwiegenden Gründen zum Wohle des Kindes erforderlich ist.

(2) Das Vormundschaftsgericht *hat* auf Antrag des Kindes die Einwilligung der Ehefrau des Vaters zu ersetzen, *wenn das Interesse des Kindes an der Ehelicherklärung das Interesse der Ehefrau und ihrer Familie überwiegt.*“

Beschlüsse des 12. Ausschusses

(2) *un*verändert

§ 1712

Das Vormundschaftsgericht soll vor einer Entscheidung, welche die Sorge für die Person oder das Vermögen des Kindes betrifft, den Vater hören, wenn **es** die Anhörung nach seinem Ermessen **für** geeignet **hält**, dem Wohle des Kindes zu dienen.

§§ 1713 bis 1718

(entfallen)".

25. *un*verändert

26. *un*verändert

27. § 1723 erhält folgende Fassung:



„§ 1723

Ein **nichteheliches** Kind ist auf Antrag seines Vaters vom Vormundschaftsgericht für ehelich zu erklären, wenn die Ehelicherklärung dem Wohle des Kindes entspricht und ihr keine **schwerwiegenden** Gründe entgegenstehen.“

28. *un*verändert

29. *un*verändert

30. § 1727 erhält folgende Fassung:



„§ 1727

(1) *un*verändert

(2) Das Vormundschaftsgericht **kann** auf Antrag des Kindes die Einwilligung der Ehefrau des Vaters ersetzen, **wenn die häusliche Gemeinschaft der Ehegatten aufgehoben ist. Die Einwilligung darf nicht ersetzt werden, wenn berechnete Interessen der Ehefrau und der Familie der Ehelicherklärung entgegenstehen.**

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

31. Die §§ 1728, 1729 erhalten folgende Fassung: 31. unverändert



„§ 1728

(1) Der Antrag auf Ehelicherklärung kann nicht durch einen Vertreter gestellt, die Einwilligung der Mutter des Kindes und der Ehefrau des Vaters nicht durch einen Vertreter erteilt werden.

(2) Ist der Vater in der Geschäftsfähigkeit beschränkt, so bedarf er zu dem Antrag, außer der Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters, der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts.

(3) Ist die Mutter des Kindes oder die Ehefrau des Vaters in der Geschäftsfähigkeit beschränkt, so ist zur Erteilung ihrer Einwilligung die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters nicht erforderlich.

§ 1729

(1) Für ein Kind, das geschäftsunfähig oder noch nicht vierzehn Jahre alt ist, kann nur sein gesetzlicher Vertreter die Einwilligung erteilen. Im übrigen kann das Kind die Einwilligung nur selbst erteilen; es bedarf hierzu, falls es in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist, der Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters.

(2) Das Vormundschaftsgericht kann mit dem Kinde, welches das vierzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, persönlich Fühlung nehmen."

32. Die §§ 1731, 1734 fallen weg. 32. unverändert



33. § 1735 erhält folgende Fassung: 33. unverändert



„§ 1735

Auf die Wirksamkeit der Ehelicherklärung ist es ohne Einfluß, wenn mit Unrecht angenommen worden ist, daß ihre gesetzlichen Voraussetzungen vorlagen. Die Ehelicherklärung ist jedoch unwirksam, wenn durch rechtskräftige gerichtliche Entscheidung festgestellt worden ist, daß der Mann nicht der Vater des Kindes ist."

34. Die §§ 1735 a, 1737 fallen weg. 34. unverändert



35. § 1738 erhält folgende Fassung: 35. unverändert



„§ 1738

(1) Mit der Ehelicherklärung verliert die Mutter das Recht und die Pflicht, die elterliche Gewalt auszuüben.

(2) Das Vormundschaftsgericht kann der Mutter die Ausübung der elterlichen Gewalt zu-

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

rückübertragen, wenn die elterliche Gewalt des Vaters endigt oder ruht oder wenn dem Vater die Sorge für die Person des Kindes entzogen ist.

(3) Das Vormundschaftsgericht hat vor der Übertragung das Kind persönlich zu hören, wenn das Kind das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat. § 1729 Abs. 2 gilt entsprechend.“

36. § 1740 erhält folgende Fassung:

„§ 1740

Will der Vater eine Ehe eingehen, während er die elterliche Gewalt über das Kind hat, so sind die Vorschriften der §§ 1683, 1684, 1696 anzuwenden. Das gleiche gilt für die Mutter, wenn ihr die Ausübung der elterlichen Gewalt zurückübertragen ist.“

37. Nach § 1740 werden folgende Vorschriften eingefügt:

„III. Ehelicherklärung auf Antrag des Kindes

§ 1740 a

(1) Ein *uneheliches* Kind ist auf seinen Antrag vom Vormundschaftsgericht für ehelich zu erklären, wenn die Eltern des Kindes verlobt waren und das Verlöbnis durch Tod eines Elternteils aufgelöst worden ist. Die Ehelicherklärung ist zu versagen, wenn sie nicht dem Wohle des Kindes entspricht.

(2) Die Vorschriften des § 1724, des § 1729 Abs. 2, des § 1730, des § 1733 Abs. 1, 3 und der §§ 1735, 1740 gelten entsprechend.

§ 1740 b

(1) Zur Ehelicherklärung ist die Einwilligung des überlebenden Elternteils erforderlich. Die Einwilligung ist nicht erforderlich, wenn der überlebende Elternteil zur Abgabe einer Erklärung dauernd außerstande oder sein Aufenthalt dauernd unbekannt ist.

(2) Die Einwilligung ist dem Kinde oder dem Vormundschaftsgericht gegenüber zu erklären; sie ist unwiderruflich.

(3) Die Einwilligung kann nicht durch einen Vertreter erteilt werden. Ist der überlebende Elternteil in der Geschäftsfähigkeit beschränkt, so ist zur Erteilung seiner Einwilligung die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters nicht erforderlich.

§ 1740 c

Für ein Kind, das geschäftsunfähig oder noch nicht vierzehn Jahre alt ist, kann nur sein

Nummer 36 entfällt

37. Nach § 1740 werden folgende Vorschriften eingefügt:

„III. Ehelicherklärung auf Antrag des Kindes

§ 1740 a

(1) Ein **nichteheliches** Kind ist auf seinen Antrag vom Vormundschaftsgericht für ehelich zu erklären, wenn die Eltern des Kindes verlobt waren und das Verlöbnis durch Tod eines Elternteils aufgelöst worden ist. Die Ehelicherklärung ist zu versagen, wenn sie nicht dem Wohle des Kindes entspricht.

(2) **unverändert**

§ 1740 b

unverändert

§ 1740 c

unverändert

Entwurf

gesetzlicher Vertreter den Antrag stellen. Im übrigen kann das Kind den Antrag nur selbst stellen; es bedarf hierzu, falls es in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist, der Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters.

§ 1740 d

Das Vormundschaftsgericht hat vor der Ehelicherklärung die Eltern des Verstorbenen und, falls der Vater des Kindes gestorben ist, auch die ehelichen Kinder des Vaters zu hören; es darf von der Anhörung einer Person nur absehen, wenn sie zur Abgabe einer Erklärung dauernd außerstande oder ihr Aufenthalt dauernd unbekannt ist. War der Verstorbene *unehelich*, so braucht sein Vater nicht gehört zu werden.

§ 1740 e

(1) Nach dem Tode des Vaters kann das Kind den Antrag auf Ehelicherklärung nur binnen *einem Jahr* stellen. Die Frist beginnt nicht vor der Geburt des Kindes und, falls die Vaterschaft nicht anerkannt ist, nicht vor ihrer rechtskräftigen Feststellung. Auf den Lauf der Frist sind die für die Verjährung geltenden Vorschriften der §§ 203, 206 entsprechend anzuwenden.

(2) War beim Tode des Vaters die Vaterschaft weder anerkannt noch rechtskräftig festgestellt und auch kein gerichtliches Verfahren zur Feststellung der Vaterschaft anhängig, so kann das Kind den Antrag auf Ehelicherklärung nur stellen, wenn es die Feststellung der Vaterschaft binnen der Frist des § 1934 c Abs. 1 Satz 2 begehrt hat.

§ 1740 f

Das auf seinen Antrag für ehelich erklärte Kind steht einem Kinde gleich, das durch Eheschließung seiner Eltern ehelich geworden ist.

§ 1740 g

Ist das Kind nach dem Tode des Vaters für ehelich erklärt worden, so hat das Vormundschaftsgericht der Mutter auf ihren Antrag den Namen des Vaters zu erteilen, wenn keine schwerwiegenden Gründe entgegenstehen. § 1740 d gilt entsprechend. Die Erteilung des Namens ist ausgeschlossen, wenn sich die Mutter nach dem Tode des Vaters verheiratet hat."

Beschlüsse des 12. Ausschusses

§ 1740 d

Das Vormundschaftsgericht hat vor der Ehelicherklärung die Eltern des Verstorbenen und, falls der Vater des Kindes gestorben ist, auch die ehelichen Kinder des Vaters zu hören; es darf von der Anhörung einer Person nur absehen, wenn sie zur Abgabe einer Erklärung dauernd außerstande oder ihr Aufenthalt dauernd unbekannt ist. War der Verstorbene **nichtehelich**, so braucht sein Vater nicht gehört zu werden.

§ 1740 e

(1) Nach dem Tode des Vaters kann das Kind den Antrag auf Ehelicherklärung nur binnen **Jahresfrist** stellen. Die Frist beginnt nicht vor der Geburt des Kindes und, falls die Vaterschaft nicht anerkannt ist, nicht vor ihrer rechtskräftigen Feststellung. Auf den Lauf der Frist sind die für die Verjährung geltenden Vorschriften der §§ 203, 206 entsprechend anzuwenden.

(2) **unverändert**

§ 1740 f

unverändert

§ 1740 g

unverändert

38. In § 1741 Satz 1 fällt das Wort „ehelichen“ weg.



38. **unverändert**

Entwurf	Beschlüsse des 12. Ausschusses
<p>39. Nach § 1742 wird folgende Vorschrift eingefügt:</p> <p style="text-align: center;">„§ 1742 a</p> <p>Der Vater oder die Mutter eines <i>unehelichen</i> Kindes kann das Kind an Kindes Statt annehmen. Das Vorhandensein weiterer Abkömmlinge steht nicht entgegen.“</p>	<p>39. Nach § 1742 wird folgende Vorschrift eingefügt:</p> <p style="text-align: center;">„§ 1742 a</p> <p>Der Vater oder die Mutter eines nichtehe- lichen Kindes kann das Kind an Kindes Statt annehmen. Das Vorhandensein weiterer Abkömmlinge steht nicht entgegen.“</p>
<p>40. In § 1745 a Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „ehelichen“ und „ehelicher“ durch die Worte „leiblichen“ und „leiblicher“ ersetzt.</p>	<p>40. un verändert</p>
<p>41. § 1745 b erhält folgende Fassung:</p> <p style="text-align: center;">„§ 1745 b</p> <p>Von dem Erfordernis des fünfunddreißigsten Lebensjahres soll das Gericht, sofern nicht <i>triftige</i> Gründe entgegenstehen, insbesondere befreien, wenn der Annehmende sein <i>uneheliches</i> Kind oder wenn er das Kind seines Ehegatten an Kindes Statt annehmen will.“</p>	<p>41. § 1745 b erhält folgende Fassung:</p> <p style="text-align: center;">„§ 1745 b</p> <p>Von dem Erfordernis des fünfunddreißigsten Lebensjahres soll das Gericht, sofern nicht schwerwiegende Gründe entgegenstehen, insbesondere befreien, wenn der Annehmende sein nichtehe- liches Kind oder wenn er das Kind seines Ehegatten an Kindes Statt annehmen will.“</p>
<p>42. Nach § 1747 wird folgende Vorschrift eingefügt:</p> <p style="text-align: center;">„§ 1747 a</p> <p>(1) Das Vormundschaftsgericht soll vor einer Entscheidung, durch welche die Annahme eines <i>unehelichen</i> Kindes an Kindes Statt genehmigt wird, den Vater des Kindes hören. Die Person des Annehmenden braucht dem Vater nicht bekanntgegeben zu werden.</p> <p>(2) Der Vater soll bereits gehört werden, bevor das Kind dem Annehmenden in Pflege gegeben wird.</p> <p>(3) Von der Anhörung darf abgesehen werden, wenn sie nicht möglich ist, <i>wenn nach dem bisherigen Verhalten des Vaters eine sachdienliche Äußerung nicht zu erwarten ist</i> oder wenn durch die Anhörung die Annahme an Kindes Statt erheblich verzögert werden würde. Eine Anhörung durch das Vormundschaftsgericht ist nicht erforderlich, wenn das Jugendamt den Vater persönlich gehört und darüber eine Niederschrift aufgenommen hat.“</p>	<p>42. Nach § 1747 wird folgende Vorschrift eingefügt:</p> <p style="text-align: center;">„§ 1747 a</p> <p>(1) Das Vormundschaftsgericht soll vor einer Entscheidung, durch welche die Annahme eines nichtehe- lichen Kindes an Kindes Statt genehmigt wird, den Vater des Kindes hören. Die Person des Annehmenden braucht dem Vater nicht bekanntgegeben zu werden.</p> <p>(2) un verändert</p> <p>(3) Von der Anhörung darf abgesehen werden, wenn sie nicht möglich ist oder wenn durch die Anhörung die Annahme an Kindes Statt erheblich verzögert und dadurch das Wohl des Kindes beeinträchtigt würde. Eine Anhörung durch das Vormundschaftsgericht ist nicht erforderlich, wenn das Jugendamt den Vater persönlich gehört und darüber eine Niederschrift aufgenommen hat.“</p>
<p>43. § 1758 Abs. 4 erhält folgende Fassung:</p> <p>„(4) Das Kind darf dem neuen Namen durch Erklärung gegenüber dem Standesbeamten sei-</p>	<p>42a. In § 1756 ist folgender Absatz 3 anzufügen:</p> <p>„(3) Das Vorhandensein eines nichtehe- lichen Kindes des annehmenden Mannes macht die Annahme nicht unwirksam, wenn die Vaterschaft erst nach Abschluß des Annahmevertrages anerkannt oder rechtskräftig festgestellt worden ist.“</p> <p>43. un verändert</p>

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

nen früheren Familiennamen hinzufügen, sofern nicht in dem Annahmevertrag etwas anderes bestimmt ist. Die Erklärung muß öffentlich beglaubigt werden.“

43a. § 1758 a Abs. 5 erhält folgende Fassung:



„(5) Erhält die Frau nach Auflösung oder Nichtigklärung der Ehe auf Grund der eherechtlichen Vorschriften ihren Mädchennamen wieder, so erstreckt sich die Namensänderung auf das Kind, das den Ehenamen der Frau erhalten hat, wenn es das fünfte Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Hat das Kind das fünfte, aber noch nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet, so kann es durch Erklärung gegenüber dem Standesbeamten den Mädchennamen der Frau annehmen. Ein minderjähriges Kind, welches das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat, kann die Erklärung nur selbst abgeben; es bedarf hierzu der Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters. Die Erklärung des Kindes muß öffentlich beglaubigt werden.“

43b. § 1761 fällt weg.



44. § 1765 erhält folgende Fassung:



„§ 1765

(1) Mit der Annahme an Kindes Statt verlieren die leiblichen Eltern die elterliche Gewalt über das Kind und die Befugnis, mit dem Kinde persönlich zu verkehren.

(2) Endigt die elterliche Gewalt des Annehmenden oder ruht sie wegen Geschäftsunfähigkeit des Annehmenden oder nach § 1674, so kann das Vormundschaftsgericht den leiblichen Eltern die elterliche Gewalt zurückübertragen. Das Vormundschaftsgericht hat das Kind persönlich zu hören, wenn das Kind das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat.“

44. unverändert

45. § 1766 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 fällt weg.



45. unverändert

46. Die Überschrift vor § 1773 erhält folgende Fassung:



„I. Begründung der Vormundschaft“.

46. unverändert

47. In § 1774 wird folgender Satz angefügt:



„Ist anzunehmen, daß ein Kind mit seiner Geburt eines Vormunds bedarf, so kann schon vor der Geburt des Kindes ein Vormund bestellt werden; die Bestellung wird mit der Geburt des Kindes wirksam.“

47. unverändert

Entwurf

48. § 1779 wird wie folgt geändert:
- In Absatz 1 werden die Worte „des Gemeindewaisenrats“ durch die Worte „des Jugendamts“ ersetzt.
 - In Absatz 2 Satz 3 wird folgender Halbsatz angefügt:
„; ist der Mündel *unehelich*, so steht es im Ermessen des Vormundschaftsgerichts, ob sein Vater, dessen Verwandte und deren Ehegatten berücksichtigt werden sollen.“
 - Folgender Absatz 3 wird angefügt:
„(3) Das Vormundschaftsgericht soll bei der Auswahl des Vormunds Verwandte oder Verschwägerte des Mündels hören, wenn dies ohne erhebliche Verzögerung und ohne unverhältnismäßige Kosten geschehen kann. Die Verwandten und Verschwägerten können von dem Mündel Ersatz ihrer Auslagen verlangen; der Betrag der Auslagen wird von dem Vormundschaftsgericht festgesetzt. Die Anhörung der Eltern des Mündels und die persönliche Fühlungnahme mit dem Mündel bestimmen sich nach den §§ 1695, 1713.“
49. § 1786 Abs. 1 Nr. 3 erhält folgende Fassung:
- „3. wem die Sorge für die Person oder das Vermögen von mehr als drei *eigenen* minderjährigen Kindern zusteht.“
50. Nach § 1791 werden folgende Vorschriften eingefügt:
- „§ 1791 a
- (1) Ein rechtsfähiger Verein kann zum Vormund bestellt werden, wenn er vom Landesjugendamt hierzu für geeignet erklärt worden ist. Der Verein darf nur zum Vormund bestellt werden, wenn eine als Einzelvormund geeignete Person nicht vorhanden ist oder wenn er nach § 1776 als Vormund berufen ist; die Bestellung bedarf der Einwilligung des Vereins.
 - (2) Die Bestellung erfolgt durch schriftliche Verfügung des Vormundschaftsgerichts; die §§ 1789, 1791 sind nicht anzuwenden.
 - (3) Der Verein bedient sich bei der Führung der Vormundschaft einzelner seiner Mitglieder; ein Mitglied, das den Mündel in einem Heim des Vereins als Erzieher betreut, darf die Aufgaben des Vormunds nicht ausüben. Für ein Verschulden des Mitglieds ist der Verein dem Mündel in gleicher Weise verantwortlich wie für ein Verschulden eines verfassungsmäßig berufenen Vertreters.
 - (4) Will das Vormundschaftsgericht neben dem Verein einen Mitvormund oder will es

Beschlüsse des 12. Ausschusses

48. § 1779 wird wie folgt geändert:
- ◆ a) **u n v e r ä n d e r t**
- In Absatz 2 Satz 3 wird folgender Halbsatz angefügt:
„; ist der Mündel **nichtehelich**, so steht es im Ermessen des Vormundschaftsgerichts, ob sein Vater, dessen Verwandte und deren Ehegatten berücksichtigt werden sollen.“
 - Folgender Absatz 3 wird angefügt:
„(3) Das Vormundschaftsgericht soll bei der Auswahl des Vormunds Verwandte oder Verschwägerte des Mündels hören, wenn dies ohne erhebliche Verzögerung und ohne unverhältnismäßige Kosten geschehen kann. Die Verwandten und Verschwägerten können von dem Mündel Ersatz ihrer Auslagen verlangen; der Betrag der Auslagen wird von dem Vormundschaftsgericht festgesetzt. Die Anhörung der Eltern des Mündels und die persönliche Fühlungnahme mit dem Mündel bestimmen sich nach den §§ 1695, **1712.**“
49. § 1786 Abs. 1 Nr. 3 erhält folgende Fassung:
- ◆ „3. wem die Sorge für die Person oder das Vermögen von mehr als drei minderjährigen Kindern zusteht.“
50. Nach § 1791 werden folgende Vorschriften eingefügt:
- § 1791 a
- u n v e r ä n d e r t**

Entwurf

einen Gegenvormund bestellen, so soll es vor der Entscheidung den Verein hören.

§ 1791 b

(1) Ist eine als *Vormund* geeignete Person nicht vorhanden, so kann das Jugendamt zum Vormund bestellt werden; *die Bestellung bedarf seiner Einwilligung*. Das Jugendamt kann von den Eltern des Mündels weder benannt noch ausgeschlossen werden.

(2) Die Bestellung erfolgt durch schriftliche Verfügung des Vormundschaftsgerichts; die §§ 1789, 1791 sind nicht anzuwenden.

(3) *Die Vorschriften des Gesetzes für Jugendwohlfahrt sind anzuwenden.*

§ 1791 c

(1) Mit der Geburt eines *unehelichen* Kindes, das eines Vormunds bedarf, wird das Jugendamt Vormund; dies gilt nicht, wenn bereits vor der Geburt des Kindes ein Vormund bestellt ist. Ergibt sich erst später aus einer gerichtlichen Entscheidung, daß das Kind *unehelich* ist, und bedarf das Kind eines Vormunds, so wird das Jugendamt in dem Zeitpunkt Vormund, in dem die Entscheidung rechtskräftig wird.

(2) War das Jugendamt Beistand der Mutter eines *unehelichen* Kindes, endet die Beistandschaft kraft Gesetzes und bedarf das Kind eines Vormunds, so wird das Jugendamt Vormund, das bisher Beistand war.

(3) Das Vormundschaftsgericht hat dem Jugendamt unverzüglich eine Bescheinigung über den Eintritt der Vormundschaft zu erteilen; § 1791 ist nicht anzuwenden.

(4) *§ 1791 b Abs. 3 gilt entsprechend.*

51. § 1792 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
„Ist das Jugendamt Vormund, so kann kein Gegenvormund bestellt werden; das Jugendamt kann Gegenvormund sein.“

b) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Auf die Berufung und Bestellung des Gegenvormunds sind die für die Begründung der Vormundschaft geltenden Vorschriften anzuwenden.“

52. § 1801 wird wie folgt geändert:

a) Die Worte „dem Vormunde“ werden durch die Worte „dem Einzelvormund“ ersetzt.

Beschlüsse des 12. Ausschusses

§ 1791 b

(1) Ist eine als **Einzelvormund** geeignete Person nicht vorhanden, so kann **auch** das Jugendamt zum Vormund bestellt werden. Das Jugendamt kann von den Eltern des Mündels weder benannt noch ausgeschlossen werden.

(2) **unverändert**

Absatz 3 entfällt

§ 1791 c

(1) Mit der Geburt eines **nichtehelichen** Kindes, das eines Vormunds bedarf, wird das Jugendamt Vormund; dies gilt nicht, wenn bereits vor der Geburt des Kindes ein Vormund bestellt ist. Ergibt sich erst später aus einer gerichtlichen Entscheidung, daß das Kind **nichtehelich** ist, und bedarf das Kind eines Vormunds, so wird das Jugendamt in dem Zeitpunkt Vormund, in dem die Entscheidung rechtskräftig wird.

(2) War das Jugendamt Beistand der Mutter eines **nichtehelichen** Kindes, endet die Beistandschaft kraft Gesetzes und bedarf das Kind eines Vormunds, so wird das Jugendamt Vormund, das bisher Beistand war.

(3) **unverändert**

Absatz 4 entfällt

51. **unverändert**

52. **unverändert**

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Hat das Jugendamt oder ein Verein als Vormund über die Unterbringung des Mündels zu entscheiden, so ist hierbei auf das religiöse Bekenntnis oder die Weltanschauung des Mündels und seiner Familie Rücksicht zu nehmen.“

53. § 1805 erhält folgende Fassung:



„§ 1805

Der Vormund darf Vermögen des Mündels weder für sich noch für den Gegenvormund verwenden. Ist das Jugendamt Vormund oder Gegenvormund, so ist die Anlegung von Mündelgeld gemäß § 1807 auch bei der Körperschaft zulässig, bei der das Jugendamt errichtet ist.“

54. In § 1835 werden nach Absatz 2 folgende Absätze 3 und 4 angefügt:

„(3) Ist der Mündel mittellos, so können der Vorschuß und der Ersatz aus der Staatskasse gewährt werden.

(4) Das Jugendamt oder ein Verein kann als Vormund oder Gegenvormund für Aufwendungen keinen Vorschuß und Ersatz nur insoweit verlangen, als das Vermögen des Mündels ausreicht. Allgemeine Verwaltungskosten werden nicht ersetzt.“

55. In § 1836 wird nach Absatz 2 folgender Absatz 3 angefügt:



„(3) Dem Jugendamt oder einem Verein kann keine Vergütung bewilligt werden.“

56. In § 1837 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt:



„Gegen das Jugendamt oder einen Verein werden keine Ordnungsstrafen festgesetzt.“

57. § 1838 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Im Falle der Einzelvormundschaft kann das Vormundschaftsgericht anordnen, daß der Mündel zum Zwecke der Erziehung in einer geeigneten Familie oder in einem Heim untergebracht wird.“

58. In § 1844 Abs. 1 Satz 1 wird das Wort „Vormund“ durch das Wort „Einzelvormund“ ersetzt.



59. In § 1845 fällt das Wort „eheliche“ weg.

53. unverändert

54. In § 1835 werden nach Absatz 2 folgende Absätze 3 und 4 angefügt:



„(3) Ist der Mündel mittellos, so **kann der Vormund** Vorschuß und Ersatz aus der Staatskasse **verlangen**.

(4) unverändert

55. unverändert

56. unverändert

Nummer 57 entfällt

58. unverändert

59. § 1845 erhält folgende Fassung:



„§ 1845

Will der zum Vormunde bestellte Vater oder die zum Vormunde bestellte Mutter des Münd-

Entwurf	Beschlüsse des 12. Ausschusses
	dels eine Ehe eingehen, so gilt § 1683 entsprechend.“
60. § 1847 wird wie folgt geändert: ◆ a) In Absatz 1 wird folgender Satz angefügt: „§ 1779 Abs. 3 Satz 2, 3 gilt entsprechend.“ b) Absatz 2 fällt weg.	60. un verändert
61. Die Überschrift vor § 1849 erhält folgende Fassung: ◆ „IV. Mitwirkung des Jugendamts“.	61. un verändert
62. In § 1849 werden die Worte „Der Gemeindevorstand“ durch die Worte „Das Jugendamt“ ersetzt. ◆	62. un verändert
63. § 1850 erhält folgende Fassung: ◆ „§ 1850 (1) Das Jugendamt hat in Unterstützung des Vormundschaftsgerichts darüber zu wachen, daß die Vormünder für die Person der Mündel, insbesondere für ihre Erziehung und ihre körperliche Pflege, pflichtmäßig Sorge tragen. Es hat dem Vormundschaftsgericht Mängel und Pflichtwidrigkeiten anzuzeigen und auf Erfordern über das persönliche Ergehen und das Verhalten eines Mündels Auskunft zu erteilen. (2) Erlangt das Jugendamt Kenntnis von einer Gefährdung des Vermögens eines Mündels, so hat es dem Vormundschaftsgericht Anzeige zu machen.“	63. un verändert
64. § 1851 erhält folgende Fassung: „§ 1851 (1) Das Vormundschaftsgericht hat dem Jugendamt die Anordnung der Vormundschaft unter Bezeichnung des Vormunds und des Gegenvormunds sowie einen Wechsel in der Person <i>des Vormunds oder Gegenvormunds</i> mitzuteilen. (2) Wird der gewöhnliche Aufenthalt eines Mündels in den Bezirk eines anderen Jugendamts verlegt, so hat der Vormund dem Jugendamt des bisherigen gewöhnlichen Aufenthalts und dieses dem Jugendamt des neuen gewöhnlichen Aufenthalts die Verlegung mitzuteilen.“	64. § 1851 erhält folgende Fassung: ◆ „§ 1851 (1) Das Vormundschaftsgericht hat dem Jugendamt die Anordnung der Vormundschaft unter Bezeichnung des Vormunds und des Gegenvormunds sowie einen Wechsel in der Person und die Beendigung der Vormundschaft mitzuteilen. (2) un verändert
65. Nach § 1851 wird folgende Vorschrift eingefügt: ◆ „§ 1851 a Ist ein Verein Vormund, so sind die Vorschriften der §§ 1850, 1851 nicht anzuwenden.“	65. un verändert

Entwurf	Beschlüsse des 12. Ausschusses
66. In § 1855 fällt das Wort „eheliche“ weg.	66. unverändert
67. Nach § 1857 wird folgende Vorschrift eingefügt: <div style="text-align: center;">„§ 1857 a</div> <p style="text-align: center;">Dem Jugendamt und einem Verein als Vormund stehen die nach § 1852 Abs. 2, §§ 1853, 1854 zulässigen Befreiungen zu.“</p>	67. unverändert
68. In § 1858 Abs. 1 fällt das Wort „eheliche“ weg.	68. unverändert
69. § 1859 wird wie folgt geändert: a) In Absatz 1 wird folgender Satz angefügt: „Ist das Kind <i>unehelich</i> , so steht den Verwandten des Vaters und deren Ehegatten ein Antragsrecht nicht zu.“ b) In Absatz 2 fällt das Wort „eheliche“ weg.	69. § 1859 wird wie folgt geändert: ◆ a) In Absatz 1 wird folgender Satz angefügt: „Ist das Kind nichtehelich , so steht den Verwandten des Vaters und deren Ehegatten ein Antragsrecht nicht zu.“ b) unverändert
70. In § 1861 Satz 1 fällt das Wort „ehelichen“ weg.	70. unverändert
71. § 1862 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung: „Vor der Auswahl soll das Jugendamt gehört werden; im übrigen gilt für die Anhörung § 1847.“	71. unverändert
72. In § 1863 Abs. 3 fällt das Wort „eheliche“ weg.	72. unverändert
73. In § 1866 Nr. 3, § 1867 und § 1880 Abs. 1 Satz 2 fallen die Worte „ehelichen“ weg.	73. unverändert
74. In § 1882 wird das Wort „Anordnung“ durch das Wort „Begründung“ ersetzt.	74. unverändert
75. § 1883 erhält folgende Fassung: <div style="text-align: center;">„§ 1883</div> <p style="text-align: center;">Wird der Mündel durch nachfolgende Ehe seiner Eltern ehelich, so endigt die Vormundschaft erst dann, wenn ihre Aufhebung von dem Vormundschaftsgericht angeordnet wird.“</p>	75. unverändert
76. In § 1886 wird das Wort „Vormund“ durch das Wort „Einzelvormund“ ersetzt.	76. unverändert
77. Nach § 1886 wird folgende Vorschrift eingefügt: <div style="text-align: center;">„§ 1887</div> <p style="text-align: center;">(1) Das Vormundschaftsgericht hat das Jugendamt oder den Verein als Vormund zu</p>	77. Nach § 1886 wird folgende Vorschrift eingefügt: ◆ <div style="text-align: center;">„§ 1887</div> <p style="text-align: center;">(1) unverändert</p>

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

entlassen und einen anderen Vormund zu bestellen, wenn dies dem Wohle des Mündels dient und eine andere als Vormund geeignete Person vorhanden ist.

(2) Die Entscheidung ergeht von Amts wegen oder auf Antrag. Zum Antrag ist berechtigt der Mündel, der das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat, sowie jeder, der ein berechtigtes Interesse des Mündels geltend macht. Das Jugendamt oder der Verein sollen den Antrag stellen, sobald sie erfahren, daß die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen.

(3) Die Anhörung der Eltern des Mündels und die persönliche Fühlungnahme mit dem Mündel bestimmen sich nach den §§ 1695, 1713. Das Vormundschaftsgericht soll vor seiner Entscheidung auch das Jugendamt oder den Verein hören."

78. § 1889 wird wie folgt geändert:

a) Das Wort „Vormund“ wird durch das Wort „Einzelvormund“ ersetzt.

b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Das Vormundschaftsgericht hat das Jugendamt oder den Verein als Vormund auf seinen Antrag zu entlassen, wenn eine andere als Vormund geeignete Person vorhanden ist und das Wohl des Mündels dieser Maßnahme nicht entgegensteht. Ein Verein ist auf seinen Antrag ferner zu entlassen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.“

79. § 1893 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Der Vormund hat nach Beendigung seines Amtes die Bestallung dem Vormundschaftsgericht zurückzugeben. In den Fällen der §§ 1791 a, 1791 b ist die schriftliche Verfügung des Vormundschaftsgerichts, im Falle des § 1791 c die Bescheinigung über den Eintritt der Vormundschaft zurückzugeben.“

80. Nach § 1900 wird folgende Vorschrift eingefügt:

„§ 1900 a

Das Landesrecht bestimmt, welche Behörden an die Stelle des Jugendamts und des Landesjugendamts treten. Solange eine solche Bestimmung nicht getroffen ist, tritt an die Stelle des Jugendamts die untere Verwaltungsbehörde.“

81. § 1912 erhält folgende Fassung:

„§ 1912

(1) Eine Leibesfrucht erhält zur Wahrung ihrer künftigen Rechte, soweit dieser einer Für-

(2) unverändert

(3) Die Anhörung der Eltern des Mündels und die persönliche Fühlungnahme mit dem Mündel bestimmen sich nach den §§ 1695, 1712. Das Vormundschaftsgericht soll vor seiner Entscheidung auch das Jugendamt oder den Verein hören.“

78. unverändert

79. unverändert

80. In § 1897 wird folgender Satz angefügt:

„Die Landesregierungen können durch Rechtsverordnung bestimmen, daß andere Behörden an die Stelle des Jugendamts und des Landesjugendamts treten.“

81. § 1912 erhält folgende Fassung:

„§ 1912

(1) Eine Leibesfrucht erhält zur Wahrung ihrer künftigen Rechte, soweit dieser einer Für-

Entwurf

sorge bedürfen, einen Pfleger. Auch ohne diese Voraussetzungen kann für eine Leibesfrucht auf Antrag des Jugendamts oder der werdenden Mutter ein Pfleger bestellt werden, wenn anzunehmen ist, daß das Kind *unehelich* geboren werden wird.

(2) Die Fürsorge steht jedoch den Eltern insoweit zu, als ihnen die elterliche Gewalt zusteht, wenn das Kind bereits geboren wäre."

82. Nach § 1934 werden folgende Vorschriften eingefügt:

„§ 1934 a

(1) Einem *unehelichen* Kinde und seinen Abkömmlingen steht beim Tode des Vaters des Kindes sowie beim Tode von väterlichen Verwandten neben ehelichen Abkömmlingen des Erblassers und neben dem überlebenden Ehegatten des Erblassers an Stelle des gesetzlichen Erbteils ein Erbersatzanspruch gegen den Erben in Höhe des Wertes des Erbteils zu.

(2) Beim Tode eines *unehelichen* Kindes steht dem Vater und seinen Abkömmlingen neben der Mutter und ihren ehelichen Abkömmlingen an Stelle des gesetzlichen Erbteils der im Absatz 1 bezeichnete Erbersatzanspruch zu.

(3) Beim Tode eines *unehelichen* Kindes sowie beim Tode eines Kindes des *unehelichen* Kindes steht dem Vater des *unehelichen* Kindes und seinen Verwandten neben dem überlebenden Ehegatten des Erblassers an Stelle des gesetzlichen Erbteils der im Absatz 1 bezeichnete Erbersatzanspruch zu.

(4) Soweit es nach den Absätzen 1 und 2 für die Entstehung eines Erbersatzanspruchs darauf ankommt, ob eheliche Abkömmlinge vorhanden sind, steht ein *uneheliches* Kind im Verhältnis zu seiner Mutter einem ehelichen Kinde gleich.

Beschlüsse des 12. Ausschusses

sorge bedürfen, einen Pfleger. Auch ohne diese Voraussetzungen kann für eine Leibesfrucht auf Antrag des Jugendamts oder der werdenden Mutter ein Pfleger bestellt werden, wenn anzunehmen ist, daß das Kind **nichtehelich** geboren werden wird.

(2) **unverändert**

81a. § 1930 erhält folgende Fassung:



„§ 1930

Ein Verwandter ist nicht zur Erbfolge berufen, solange ein Verwandter einer vorhergehenden Ordnung vorhanden ist, auch wenn diesem nur ein Erbersatzanspruch zusteht.“

81b. An § 1931 wird folgender Absatz 4 angefügt:



„(4) Bestand beim Erbfall Gütertrennung und sind als gesetzliche Erben neben dem überlebenden Ehegatten ein oder zwei Kinder des Erblassers berufen, so erben der überlebende Ehegatte und jedes Kind zu gleichen Teilen; § 1924 Abs. 3 gilt auch in diesem Falle.“

82. Nach § 1934 werden folgende Vorschriften eingefügt:



„§ 1934 a

(1) Einem **nichtehelichen** Kinde und seinen Abkömmlingen steht beim Tode des Vaters des Kindes sowie beim Tode von väterlichen Verwandten neben ehelichen Abkömmlingen des Erblassers und neben dem überlebenden Ehegatten des Erblassers an Stelle des gesetzlichen Erbteils ein Erbersatzanspruch gegen den Erben in Höhe des Wertes des Erbteils zu.

(2) Beim Tode eines **nichtehelichen** Kindes steht dem Vater und seinen Abkömmlingen neben der Mutter und ihren ehelichen Abkömmlingen an Stelle des gesetzlichen Erbteils der im Absatz 1 bezeichnete Erbersatzanspruch zu.

(3) Beim Tode eines **nichtehelichen** Kindes sowie beim Tode eines Kindes des **nichtehelichen** Kindes steht dem Vater des **nichtehelichen** Kindes und seinen Verwandten neben dem überlebenden Ehegatten des Erblassers an Stelle des gesetzlichen Erbteils der im Absatz 1 bezeichnete Erbersatzanspruch zu.

(4) Soweit es nach den Absätzen 1 und 2 für die Entstehung eines Erbersatzanspruchs darauf ankommt, ob eheliche Abkömmlinge vorhanden sind, steht ein **nichteheliches** Kind im Verhältnis zu seiner Mutter einem ehelichen Kinde gleich.

Entwurf

§ 1934 b

(1) Der Berechnung des Erbersatzanspruchs wird der Bestand und der Wert des Nachlasses zur Zeit des Erbfalls zugrunde gelegt. *Der dem überlebenden Ehegatten gebührende Vorausbleibt außer Ansatz.* Der Wert ist, soweit erforderlich, durch Schätzung zu ermitteln. § 2049 gilt entsprechend.

(2) Auf den Erbersatzanspruch sind die für den Pflichtteil geltenden Vorschriften mit Ausnahme der §§ 2303 bis 2312, 2315, 2316, 2318, 2322 bis 2331, 2332 bis 2338 a sowie die für die Annahme und die Ausschlagung eines Vermächtnisses geltenden Vorschriften sinngemäß anzuwenden.

(3) Auf den Erbersatzanspruch eines Abkömmlings des Erblassers sind auch die Vorschriften über die Ausgleichspflicht unter Abkömmlingen, die als gesetzliche Erben zur Erbfolge gelangen, entsprechend anzuwenden.

§ 1934 c

(1) War beim Tode des Vaters eines *unehelichen* Kindes die Vaterschaft weder anerkannt noch rechtskräftig festgestellt, so steht dem Kinde ein gesetzliches Erbrecht oder ein Erbersatzanspruch nur zu, wenn das gerichtliche Verfahren zur Feststellung der Vaterschaft bereits zur Zeit des Erbfalls anhängig war. Ist der Vater gestorben, bevor das Kind geboren oder sechs Monate alt war, so genügt es, wenn der Antrag auf Feststellung der Vaterschaft binnen sechs Monaten gestellt wird; die Frist beginnt mit dem Erbfall, jedoch nicht vor der Geburt des Kindes.

(2) Im Falle des Todes eines Verwandten des Vaters gilt Absatz 1 Satz 1 entsprechend.“

Beschlüsse des 12. Ausschusses

§ 1934 b

(1) Der Berechnung des Erbersatzanspruchs wird der Bestand und der Wert des Nachlasses zur Zeit des Erbfalls zugrunde gelegt. Der Wert ist, soweit erforderlich, durch Schätzung zu ermitteln. § 2049 gilt entsprechend.

(2) Auf den Erbersatzanspruch sind die für den Pflichtteil geltenden Vorschriften mit Ausnahme der §§ 2303 bis 2312, 2315, 2316, 2318, 2322 bis 2331, 2332 bis 2338 a sowie die für die Annahme und die Ausschlagung eines Vermächtnisses geltenden Vorschriften sinngemäß anzuwenden. **Der Erbersatzanspruch verjährt in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Erbersatzberechtigte von dem Eintritt des Erbfalles und den Umständen, aus denen sich das Bestehen des Anspruchs ergibt, Kenntnis erlangt, spätestens in dreißig Jahren von dem Eintritt des Erbfalls an.**

(3) *unverändert*

§ 1934 c

(1) War beim Tode des Vaters eines **nicht-ehelichen** Kindes die Vaterschaft weder anerkannt noch rechtskräftig festgestellt, so steht dem Kinde ein gesetzliches Erbrecht oder ein Erbersatzanspruch nur zu, wenn das gerichtliche Verfahren zur Feststellung der Vaterschaft bereits zur Zeit des Erbfalls anhängig war. Ist der Vater gestorben, bevor das Kind geboren oder sechs Monate alt war, so genügt es, wenn der Antrag auf Feststellung der Vaterschaft binnen sechs Monaten gestellt wird; die Frist beginnt mit dem Erbfall, jedoch nicht vor der Geburt des Kindes.

(2) *unverändert*

§ 1934 d

(1) **Ein nichteheliches Kind, welches das einundzwanzigste, aber noch nicht das siebenundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat, ist berechtigt, von seinem Vater einen vorzeitigen Erbausgleich in Geld zu verlangen.**

(2) **Der Ausgleichsbetrag beläuft sich auf das Dreifache des Unterhalts, den der Vater dem Kinde im Durchschnitt der letzten fünf Jahre, in denen es voll unterhaltsbedürftig war, jährlich zu leisten hatte. Ist nach den Erwerbs- und Vermögensverhältnissen des Vaters unter Be-**

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

rücksichtigung seiner anderen Verpflichtungen eine Zahlung in dieser Höhe entweder dem Vater nicht zuzumuten oder für das Kind als Erbausgleich unangemessen gering, so beläuft sich der Ausgleichsbetrag auf das den Umständen nach Angemessene, jedoch auf mindestens das Einfache, höchstens das Zwölfwache des in Satz 1 bezeichneten Unterhalts.

(3) Der Anspruch verjährt in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem das Kind das siebenundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat.

(4) Eine Vereinbarung, die zwischen dem Kind und dem Vater über den Erbausgleich getroffen wird, bedarf der notariellen Beurkundung. Bevor eine Vereinbarung beurkundet oder über den Erbausgleich rechtskräftig entschieden ist, kann das Kind das Ausgleichsverlangen ohne Einwilligung des Vaters zurücknehmen. Kommt ein Erbausgleich nicht zustande, so gelten für Zahlungen, die der Vater dem Kind im Hinblick auf den Erbausgleich geleistet und nicht zurückgefordert hat, die Vorschriften des § 2050 Abs. 1, des § 2051 Abs. 1 und des § 2315 entsprechend.

(5) Der Vater kann Stundung des Ausgleichsbetrages verlangen, wenn er dem Kinde laufenden Unterhalt zu gewähren hat und soweit ihm die Zahlung neben der Gewährung des Unterhalts nicht zugemutet werden kann. In anderen Fällen kann der Vater Stundung verlangen, wenn ihn die sofortige Zahlung des gesamten Ausgleichsbetrages besonders hart treffen würde und dem Kind eine Stundung zugemutet werden kann. Die Vorschriften des § 1382 gelten entsprechend.

§ 1934 e

Ist über den Erbausgleich eine wirksame Vereinbarung getroffen oder ist er durch rechtskräftiges Urteil zuerkannt, so sind beim Tode des Vaters sowie beim Tode väterlicher Verwandter das Kind und dessen Abkömmlinge, beim Tode des Kindes sowie beim Tode von Abkömmlingen des Kindes der Vater und dessen Verwandte nicht gesetzliche Erben und nicht pflichtteilsberechtigt.“

83. In § 2043 Abs. 2 wird das Wort „Ehelichkeits-
 ◆ erklärung“ durch das Wort „Ehelicherklärung“ ersetzt.

83. un verändert

83a. Nach § 2057 wird folgende Vorschrift eingefügt:



„§ 2057 a

(1) Ein Abkömmling, der durch Mitarbeit im Haushalt, Beruf oder Geschäft des Erblassers während längerer Zeit, durch erhebliche Geldleistungen oder in anderer Weise in besonderem

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

Maße dazu beigetragen hat, daß das Vermögen des Erblassers erhalten oder vermehrt wurde, kann bei der Auseinandersetzung eine Ausgleichung unter den Abkömmlingen verlangen, die mit ihm als gesetzliche Erben zur Erbfolge gelangen; § 2052 gilt entsprechend. Dies gilt auch für einen Abkömmling, der unter Verzicht auf berufliches Einkommen den Erblasser während längerer Zeit gepflegt hat.

(2) Eine Ausgleichung kann nicht verlangt werden, wenn für die Leistungen ein angemessenes Entgelt gewährt oder vereinbart worden ist oder soweit dem Abkömmling wegen seiner Leistungen ein Anspruch aus anderem Rechtsgrunde zusteht. Der Ausgleichungspflicht steht es nicht entgegen, wenn die Leistungen nach den §§ 1619, 1620 erbracht worden sind.

(3) Die Ausgleichung ist so zu bemessen, wie es mit Rücksicht auf die Dauer und den Umfang der Leistungen und auf den Wert des Nachlasses der Billigkeit entspricht.

(4) Bei der Auseinandersetzung wird der Ausgleichungsbetrag dem Erbteil des ausgleichungsberechtigten Miterben hinzugerechnet. Sämtliche Ausgleichungsbeträge werden vom Wert des Nachlasses abgezogen, soweit dieser den Miterben zukommt, unter denen die Ausgleichung stattfindet.“

83b. § 2316 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:



„Der Pflichtteil eines Abkömmlings bestimmt sich, wenn mehrere Abkömmlinge vorhanden sind und unter ihnen im Falle der gesetzlichen Erbfolge eine Zuwendung des Erblassers oder Leistungen der in § 2057 a bezeichneten Art zur Ausgleichung zu bringen sein würden, nach demjenigen, was auf den gesetzlichen Erbteil unter Berücksichtigung der Ausgleichspflichten bei der Teilung entfallen würde.“

84. Nach § 2331 wird folgende Vorschrift eingefügt:

„§ 2331 a

(1) Ist der Erbe selbst pflichtteilsberechtigt, so kann er Stundung des Pflichtteilsanspruchs verlangen, wenn *ihn* die sofortige Erfüllung des gesamten Anspruchs wegen der Art der Nachlaßgegenstände ungewöhnlich hart treffen, insbesondere *die Veräußerung eines zum Nachlaß gehörenden Wirtschaftsbetriebs oder von dem Erben bewohnten Eigenheims nötig machen würde*. Stundung kann nur verlangt werden, soweit sie dem Pflichtteilsberechtigten bei Abwägung der Interessen beider Teile zugemutet werden kann.

84. Nach § 2331 wird folgende Vorschrift eingefügt:



„§ 2331 a

(1) Ist der Erbe selbst pflichtteilsberechtigt, so kann er Stundung des Pflichtteilsanspruchs verlangen, wenn die sofortige Erfüllung des gesamten Anspruchs **den Erben** wegen der Art der Nachlaßgegenstände ungewöhnlich hart treffen, insbesondere **wenn sie ihn zur Aufgabe seiner Familienwohnung oder zur Veräußerung eines Wirtschaftsgutes zwingen würde, das für den Erben und seine Familie die wirtschaftliche Lebensgrundlage bildet**. Stundung kann nur verlangt werden, soweit sie dem Pflichtteilsberechtigten bei Abwägung der Interessen beider Teile zugemutet werden kann.

Entwurf

(2) *Der Erbe kann den Anspruch auf Stundung nur in dem Rechtsstreit gerichtlich geltend machen, in dem über den Pflichtteilsanspruch entschieden wird. § 1382 Abs. 2 bis 4, 6 gilt entsprechend; an die Stelle des Vormundschaftsgerichts tritt das Prozeßgericht.*

85. Nach § 2338 wird folgende Vorschrift eingefügt:

◆ „§ 2338 a

Pflichtteilsberechtigt ist ein Abkömmling oder der Vater des Erblassers auch dann, wenn ihm der Erbersatzanspruch durch Verfügung von Todes wegen entzogen worden ist. Im Sinne der Vorschriften dieses Abschnitts steht der Erbersatzanspruch dem gesetzlichen Erbteil gleich.“

*Entwurf eines Einführungsgesetzes
zum Gesetz über die rechtliche Stellung
der unehelichen Kinder*

Artikel 1

Eherechtliche Bestimmungen

§ 4 Abs. 1 und § 9 des Gesetzes Nr. 16 des Kontrollrats (Ehegesetz) vom 20. Februar 1946 (Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland S. 77, 294) verlieren ihre Wirksamkeit. An ihre Stelle treten folgende Vorschriften:

1. § 4 Abs. 1:

◆ „(1) Eine Ehe darf nicht geschlossen werden zwischen Verwandten in gerader Linie, zwischen vollbürtigen und halbbürtigen Geschwistern sowie zwischen Verschwägerten in gerader Linie.“

2. § 9:

„Wer ein Kind hat, *das minderjährig ist* oder unter seiner Vormundschaft steht, oder wer mit einem minderjährigen oder bevormundeten Abkömmling in fortgesetzter Gütergemeinschaft lebt, soll eine Ehe nicht eingehen, bevor er ein Zeugnis des Vormundschaftsgerichts darüber beigebracht hat, daß er dem Kind oder dem Abkömmling gegenüber die ihm aus Anlaß der *Eheschließung* obliegenden Pflichten erfüllt hat oder daß ihm solche Pflichten nicht obliegen. *Für den Vater eines unehelichen Kindes gilt dies nur, wenn das Kind unter seiner Vormundschaft steht.*“

Beschlüsse des 12. Ausschusses

(2) **Für die Entscheidung über eine Stundung ist, wenn der Anspruch nicht bestritten wird, das Nachlaßgericht zuständig.** § 1382 Abs. 2 bis 6 gilt entsprechend; an die Stelle des Vormundschaftsgerichts tritt das **Nachlaßgericht.**“

85. **unverändert**

Artikel 2

Eherechtliche Bestimmungen

§ 4 Abs. 1 und § 9 des Gesetzes Nr. 16 des Kontrollrats (Ehegesetz) vom 20. Februar 1946 (Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland S. 77, 294) verlieren ihre Wirksamkeit. An ihre Stelle treten folgende Vorschriften:

1. **unverändert**

2. § 9:

◆ „Wer ein Kind hat, **für dessen Vermögen er zu sorgen hat** oder **das** unter seiner Vormundschaft steht, oder wer mit einem minderjährigen oder bevormundeten Abkömmling in fortgesetzter Gütergemeinschaft lebt, soll eine Ehe nicht eingehen, bevor er ein Zeugnis des Vormundschaftsgerichts darüber beigebracht hat, daß er dem Kind oder dem Abkömmling gegenüber die ihm aus Anlaß der **Wiederverheiratung** obliegenden Pflichten erfüllt hat oder daß ihm solche Pflichten nicht obliegen.“

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

Artikel 2 a

Anderung der Höfeordnung

Die Höfeordnung vom 24. April 1947 (Anlage B der Verordnung Nr. 84 — Erbhöfe — Amtsblatt der Britischen Militärregierung Nr. 18 S. 505), zuletzt geändert durch das Erste Gesetz zur Änderung der Höfeordnung vom 24. August 1964 (Bundesgesetzblatt I S. 693), wird wie folgt geändert:

1. In § 5 wird folgender Satz angefügt:

„Kinder des Erblassers und deren Abkömmlinge sind nur dann als Hoferben berufen, wenn sie nach den Vorschriften des allgemeinen Rechts gesetzliche Erben sind.“

2. In § 12 Abs. 3 wird folgender Satz angefügt:

„Ist ein Abkömmling des Erblassers Hoferbe, so steht ihm neben dem Voraus ein Anspruch auf Ausgleich nach § 2057 a des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht zu.“

Artikel 3

Anderung des Gerichtsverfassungsgesetzes

Das Gerichtsverfassungsgesetz wird wie folgt geändert:

1. § 23 Nr. 2 Buchstaben e und f fallen weg.



2. Nach § 23 wird folgende Vorschrift eingefügt:

„§ 23 a

Die Amtsgerichte sind in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten ferner zuständig für

1. Streitigkeiten in Kindschaftssachen;
2. alle Ansprüche auf Erfüllung einer durch Ehe oder Verwandtschaft begründeten gesetzlichen Unterhaltspflicht;
3. Ansprüche nach den §§ 1615 k bis 1615 m des Bürgerlichen Gesetzbuchs.“

3. § 72 erhält folgende Fassung:



„§ 72

Die Zivilkammern, einschließlich der Kammern für Handelssachen, sind die Berufungs- und Beschwerdegerichte in den vor den Amtsgerichten verhandelten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten mit Ausnahme der Kindschaftssachen.“

Artikel 3

Anderung des Gerichtsverfassungsgesetzes

Das Gerichtsverfassungsgesetz wird wie folgt geändert:

1. un verändert

2. Nach § 23 wird folgende Vorschrift eingefügt:



„§ 23 a

Die Amtsgerichte sind in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten ferner zuständig für

1. un verändert
2. Streitigkeiten über eine durch Ehe oder Verwandtschaft begründete gesetzliche Unterhaltspflicht;
3. un verändert

3. un verändert

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

4. § 119 wird wie folgt geändert:

4. unverändert

a) die Nummern 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

- „1. der Berufung gegen die Endurteile der Amtsgerichte in Kindschaftssachen;
- 2. der Beschwerde gegen Entscheidungen der Amtsgerichte in Kindschaftssachen;“.

b) Die bisherigen Nummern 1 und 2 werden Nummern 3 und 4.

5. § 170 erhält folgende Fassung:

5. unverändert

„§ 170

Die Verhandlung in Ehe- und Kindschaftssachen ist nicht öffentlich.“

6. § 200 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

6. § 200 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 5 erhält folgende Fassung:

„5. Streitigkeiten in Kindschaftssachen;“.

b) Nach Nummer 5 wird folgende Nummer 5 a eingefügt:

„5 a. Ansprüche auf Erfüllung einer durch Ehe oder Verwandtschaft begründeten gesetzlichen Unterhaltspflicht und Ansprüche nach den §§ 1615 k, 1615 l des Bürgerlichen Gesetzbuchs;“.

a) unverändert

b) Nach Nummer 5 wird folgende Nummer 5 a eingefügt:

„5 a. **Streitigkeiten über eine** durch Ehe oder Verwandtschaft begründete gesetzliche Unterhaltspflicht und Ansprüche nach den §§ 1615 k, 1615 l des Bürgerlichen Gesetzbuchs;“.

Artikel 4

Anderung der Zivilprozeßordnung

Die Zivilprozeßordnung wird wie folgt geändert:

1. Nach § 93 b werden folgende Vorschriften eingefügt:

„§ 93 c

Hat eine Klage auf Anfechtung der Ehelichkeit oder eine Klage des Mannes, der die Vaterschaft anerkannt hat, seiner Eltern oder des Kindes auf Anfechtung der Anerkennung der Vaterschaft Erfolg, so sind die Kosten gegeneinander aufzuheben.

§ 93 d

(1) In einem Verfahren über Unterhaltsansprüche des *unehelichen* Kindes gegen den Vater ist nicht deswegen ein Teil der Kosten dem Gegner des Vaters aufzuerlegen, weil einem Begehren des Vaters auf Stundung oder Erlaß rückständigen Unterhalts stattgegeben wird. Beantragt der Vater eine Entscheidung nach § 642 f, so hat er die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Artikel 4

Anderung der Zivilprozeßordnung

Die Zivilprozeßordnung wird wie folgt geändert:

1. Nach § 93 b werden folgende Vorschriften eingefügt:

„§ 93 c

Hat eine Klage auf Anfechtung der Ehelichkeit oder eine Klage des Mannes, der die Vaterschaft anerkannt hat, seiner Eltern oder des Kindes auf Anfechtung der Anerkennung der Vaterschaft Erfolg, so sind die Kosten gegeneinander aufzuheben. **§ 96 gilt entsprechend.**“

§ 93 d

(1) In einem Verfahren über Unterhaltsansprüche des **nichtehelichen** Kindes gegen den Vater ist nicht deswegen ein Teil der Kosten dem Gegner des Vaters aufzuerlegen, weil einem Begehren des Vaters auf Stundung oder Erlaß rückständigen Unterhalts stattgegeben wird. Beantragt der Vater eine Entscheidung nach § 642 f, so hat er die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Entwurf

(2) Das Gericht kann dem Gegner des Vaters die Kosten ganz oder teilweise auferlegen, wenn dies aus besonderen Gründen der Billigkeit entspricht."

2. § 153 erhält folgende Fassung:

„§ 153

Hängt die Entscheidung eines Rechtsstreits davon ab, ob ein Kind, dessen Ehelichkeit im Wege der Anfechtungsklage angefochten worden ist, *unehelich* ist oder ob ein Mann, dessen Anerkennung der Vaterschaft im Wege der Anfechtungsklage angefochten worden ist, der Vater ist, so gelten die Vorschriften des § 152 entsprechend."

3. § 155 erhält folgende Fassung:

„§ 155

In den Fällen der §§ 151 bis 153 kann das Gericht auf Antrag die Anordnung, durch die das Verfahren ausgesetzt ist, aufheben, wenn die Betreibung des Rechtsstreits, der zu der Aussetzung Anlaß gegeben hat, verzögert wird."

4. In § 323 Abs. 4 werden nach dem Wort „Schuld-
titel“ die Worte „des § 642 c Nr. 2, des § 642 d
in Verbindung mit § 642 c Nr. 2 und“ eingefügt.5. In § 372 a Abs. 1 wird die Verweisung auf
§ 1717 des Bürgerlichen Gesetzbuchs durch die
Verweisung auf § 1600 o des Bürgerlichen Ge-
setzbuchs ersetzt.6. Die Überschrift zum Sechsten Buche wird wie
folgt gefaßt:

„Ehesachen. Kindschaftssachen.
Unterhaltssachen *unehelicher* Kinder.
Entmündigungssachen“

7. Der Zweite und der Dritte Abschnitt im Sechsten
Buche erhalten folgende Fassung:

„Zweiter Abschnitt
Verfahren in Kindschaftssachen

§ 640

(1) In Kindschaftssachen sind die Vorschriften der §§ 613, 617, 618, 619, des § 622 Abs. 1 und der §§ 625, 626, 628 und 635 entsprechend anzuwenden.

(2) Kindschaftssachen sind Rechtsstreitigkeiten, welche zum Gegenstand haben

Beschlüsse des 12. Ausschusses

(2) *unverändert*

2. § 153 erhält folgende Fassung:

„§ 153

Hängt die Entscheidung eines Rechtsstreits davon ab, ob ein Kind, dessen Ehelichkeit im Wege der Anfechtungsklage angefochten worden ist, **nichtehelich** ist oder ob ein Mann, dessen Anerkennung der Vaterschaft im Wege der Anfechtungsklage angefochten worden ist, der Vater ist, so gelten die Vorschriften des § 152 entsprechend."

3. *unverändert*4. In § 323 Abs. 4 werden nach dem Wort „Schuld-
titel“ die Worte „des § 642 c, des § 642 d in Ver-
bindung mit § 642 c und“ eingefügt.5. *unverändert*6. Die Überschrift zum Sechsten Buche wird wie
folgt gefaßt:

„Ehesachen. Kindschaftssachen.
Unterhaltssachen **nichtehelicher** Kinder.
Entmündigungssachen“

7. Der Zweite und der Dritte Abschnitt im Sechsten
Buche erhalten folgende Fassung:

„Zweiter Abschnitt
Verfahren in Kindschaftssachen

§ 640

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

1. die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens eines Eltern-Kindes-Verhältnisses zwischen den Parteien; hierunter fällt auch die Feststellung der Wirksamkeit oder Unwirksamkeit einer Anerkennung der Vaterschaft,
2. die Anfechtung der Ehelichkeit eines Kindes,
3. die Anfechtung der Anerkennung der Vaterschaft oder
4. die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens der elterlichen Gewalt der einen Partei über die andere.

§ 640 a

(1) Hat der Beklagte im Inland keinen allgemeinen Gerichtsstand, so ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirk der Kläger seinen allgemeinen Gerichtsstand hat. Ist auch für diesen ein allgemeiner Gerichtsstand im Inland nicht begründet, so ist das Amtsgericht Schöneberg in Berlin zuständig, falls auch nur eine der Parteien die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

(2) Für die Klage auf Anfechtung der Ehelichkeit eines Kindes oder auf Anfechtung der Anerkennung der Vaterschaft ist, wenn auch nach den vorstehenden Vorschriften ein Gerichtsstand im Inland nicht begründet ist und die Mutter die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder zur Zeit ihres Todes besessen hat, das Amtsgericht, in dessen Bezirk die Mutter im Inland ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat oder zur Zeit des Todes gehabt hat, sonst das Amtsgericht Schöneberg in Berlin zuständig.

§ 640 b

In einem Rechtsstreit, der die Anfechtung der Ehelichkeit eines Kindes oder die Anfechtung der Anerkennung der Vaterschaft zum Gegenstand hat, sind die Parteien prozeßfähig, auch wenn sie in der Geschäftsfähigkeit beschränkt sind; für das Kind gilt dies nur, wenn es volljährig ist. Ist eine Partei geschäftsunfähig oder ist das Kind noch nicht volljährig, so wird der Rechtsstreit durch den gesetzlichen Vertreter geführt; dieser kann die Klage nur mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichts erheben.

§ 640 c

Mit einer der im § 640 bezeichneten Klagen kann eine Klage anderer Art nicht verbunden werden. Eine Widerklage anderer Art kann nicht erhoben werden. § 643 Abs. 1 Satz 1 bleibt unberührt.

§ 640 a

unverändert

§ 640 b

unverändert

§ 640 c

unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 12. Ausschusses
§ 640 d	§ 640 d
Ist die Ehelichkeit eines Kindes oder die Anerkennung der Vaterschaft angefochten, so kann das Gericht gegen den Widerspruch des Anfechtenden Tatsachen, die von den Parteien nicht vorgebracht sind, nur insoweit berücksichtigen, als sie geeignet sind, der Anfechtung entgegen gesetzt zu werden.	unverändert
§ 640 e	§ 640 e
Ist an dem Rechtsstreit ein Elternteil nicht als Partei beteiligt, so ist er unter Mitteilung der Klage zum Termin zur mündlichen Verhandlung zu laden. Hat die Mutter die Anerkennung der Vaterschaft angefochten, so ist das Kind unter Mitteilung der Klage zum Termin zur mündlichen Verhandlung zu laden. Der Elternteil oder das Kind kann der einen oder anderen Partei zu ihrer Unterstützung beitreten.	unverändert
§ 640 f	§ 640 f
Kann ein Gutachten, dessen Einholung beschlossen ist, wegen des Alters des Kindes noch nicht erstattet werden, so hat das Gericht, wenn die Beweisaufnahme im übrigen abgeschlossen ist, das Verfahren von Amts wegen auszusetzen. Die Aufnahme des ausgesetzten Verfahrens findet statt, sobald das Gutachten erstattet werden kann.	unverändert
§ 640 g	§ 640 g
(1) Hat der Mann die Klage auf Anfechtung der Ehelichkeit des Kindes oder auf Anfechtung der Anerkennung der Vaterschaft erhoben und stirbt er vor der Rechtskraft des Urteils, so ist § 628 nicht anzuwenden, wenn zur Zeit seines Todes seine Eltern oder ein Elternteil noch leben. Die Eltern können das Verfahren aufnehmen; ist ein Elternteil gestorben, so steht dieses Recht dem überlebenden Elternteil zu.	(1) unverändert
(2) War der Mann <i>unehelich</i> , so bleibt sein Vater außer Betracht.	(2) War der Mann nichtehelich , so bleibt sein Vater außer Betracht.
(3) Wird das Verfahren nicht innerhalb eines Jahres aufgenommen, so ist der Rechtsstreit in der Hauptsache als erledigt anzusehen.	(3) unverändert
§ 640 h	§ 640 h
Das Urteil wirkt, sofern es bei Lebzeiten der Parteien rechtskräftig wird, für und gegen alle. Ein Urteil, welches das Bestehen des Eltern-Kindes-Verhältnisses oder der elterlichen Gewalt feststellt, wirkt jedoch gegenüber einem Dritten, der das elterliche Verhältnis oder die elterliche Gewalt für sich in Anspruch nimmt, nur dann, wenn er an dem Rechtsstreit teilgenommen hat.	unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

§ 641

Auf einen Rechtsstreit, der die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens der *unehe-lichen* Vaterschaft sowie der Vaterschaft zu einem durch nachfolgende Ehe legitimierten oder zu einem für ehelich erklärten Kinde zum Gegenstand hat, sind die nachfolgenden besonderen Vorschriften anzuwenden.

§ 641

Auf einen Rechtsstreit, der die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens der **nichtehe-lichen** Vaterschaft sowie der Vaterschaft zu einem durch nachfolgende Ehe legitimierten oder zu einem für ehelich erklärten Kinde zum Gegenstand hat, sind die nachfolgenden besonderen Vorschriften anzuwenden.

§ 641 a

(1) Ausschließlich zuständig ist das Amtsgericht, bei dem die Vormundschaft oder die Beistandschaft für das Kind anhängig ist. Ist eine Vormundschaft oder Beistandschaft im Inland nicht anhängig, so ist das Amtsgericht ausschließlich zuständig, in dessen Bezirk das Kind seinen Wohnsitz oder bei Fehlen eines inländischen Wohnsitzes seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Hat das Kind im Inland weder Wohnsitz noch gewöhnlichen Aufenthalt, so ist der Wohnsitz oder bei Fehlen eines inländischen Wohnsitzes der gewöhnliche Aufenthalt des Mannes maßgebend. Hat auch der Mann im Inland weder Wohnsitz noch gewöhnlichen Aufenthalt und ist der Mann oder das Kind Deutscher, so ist das Amtsgericht Schöneberg in Berlin ausschließlich zuständig.

§ 641 a

unverändert

(2) Die Vorschriften des Absatzes 1 stehen der Anerkennung einer Entscheidung, die ein Gericht oder eine Behörde eines ausländischen Staates getroffen hat, nicht entgegen, wenn zur Zeit der Einleitung des Verfahrens das Kind oder der Beklagte in dem ausländischen Staat seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt gehabt hat oder beide Parteien diesem Staat angehört haben.

§ 641 b

Ein Kind, das für den Fall des Unterliegens einen Dritten als Vater in Anspruch nehmen zu können glaubt, kann bis zur rechtskräftigen Entscheidung des Rechtsstreits dem Dritten gerichtlich den Streit verkünden.

§ 641 b

unverändert

§ 641 c

Die Anerkennung der Vaterschaft, die etwa erforderliche Zustimmung des gesetzlichen Vertreters des Anerkennenden sowie die Zustimmung des Kindes und seines gesetzlichen Vertreters können auch in der mündlichen Verhandlung zur Niederschrift des Gerichts erklärt werden.

§ 641 c

unverändert

§ 641 d

(1) In einem Rechtsstreit auf Feststellung des Bestehens der Vaterschaft kann das Gericht auf Antrag durch einstweilige Anordnung

§ 641 d

(1) unverändert

Entwurf

bestimmen, daß der Mann dem Kinde Unterhalt zu zahlen oder für den Unterhalt Sicherheit zu leisten hat, und die Höhe des Unterhalts regeln.

(2) Der Antrag ist zulässig, sobald die Klage eingereicht ist. Er kann vor der Geschäftsstelle zu Protokoll erklärt werden. Der Anspruch *ist* glaubhaft zu machen. Die Entscheidung ergeht auf Grund mündlicher Verhandlung durch Beschluß. Zuständig ist das Gericht des ersten Rechtszuges und, wenn der Rechtsstreit in der Berufungsinstanz schwebt, das Berufungsgericht.

(3) Gegen einen Beschluß, den das Gericht des ersten Rechtszuges erlassen hat, findet die Beschwerde statt. Schwebt der Rechtsstreit in der Berufungsinstanz, so ist die Beschwerde bei dem Berufungsgericht einzulegen.

(4) Die entstehenden Kosten gelten für die Kostenentscheidung als Teil der Kosten der Hauptsache; § 96 gilt sinngemäß.

§ 641 e

(1) Die einstweilige Anordnung tritt, wenn sie nicht vorher aufgehoben wird, außer Kraft, sobald das Kind einen anderen Schuldtitel über den Unterhalt, der nicht nur vorläufig vollstreckbar ist, erlangt.

(2) Ist rechtskräftig festgestellt, daß der Mann der Vater des Kindes ist, und ist der Mann nicht zugleich verurteilt, den Regelunterhalt zu zahlen, so hat auf Antrag des Mannes das Gericht des ersten Rechtszuges eine Frist zu bestimmen, innerhalb deren das Kind wegen seiner Unterhaltsansprüche die Klage zu erheben hat. Wird die Frist nicht eingehalten, so hat das Gericht auf Antrag die Anordnung aufzuheben. Das Gericht entscheidet durch Beschluß; der Beschluß kann ohne mündliche Verhandlung ergehen. Die Entscheidung über den Antrag nach Satz 2 unterliegt der sofortigen Beschwerde.

(3) Ist der Mann rechtskräftig verurteilt, den Regelunterhalt, den Regelunterhalt zuzüglich eines Zuschlags oder abzüglich eines Abschlags oder einen Zuschlag zum Regelunterhalt zu zahlen, so hat auf Antrag des Mannes das Gericht des ersten Rechtszuges eine Frist zu bestimmen, innerhalb deren das Kind die Festsetzung des Betrages nach § 642 a Abs. 1 oder nach § 642 d oder § 643 Abs. 2 in Verbindung mit § 642 a Abs. 1 zu beantragen hat. Absatz 2 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend.

Beschlüsse des 12. Ausschusses

(2) Der Antrag ist zulässig, sobald die Klage eingereicht ist. Er kann vor der Geschäftsstelle zu Protokoll erklärt werden. Der Anspruch **und die Notwendigkeit einer einstweiligen Anordnung sind** glaubhaft zu machen. Die Entscheidung ergeht auf Grund mündlicher Verhandlung durch Beschluß. Zuständig ist das Gericht des ersten Rechtszuges und, wenn der Rechtsstreit in der Berufungsinstanz schwebt, das Berufungsgericht.

(3) un verändert

(4) un verändert

§ 641 e

(1) Die einstweilige Anordnung tritt, wenn sie nicht vorher aufgehoben wird, außer Kraft, sobald das Kind **gegen den Mann** einen anderen Schuldtitel über den Unterhalt, der nicht nur vorläufig vollstreckbar ist, erlangt.

(2) un verändert

(3) un verändert

Entwurf

§ 641 f

Die einstweilige Anordnung tritt ferner außer Kraft, wenn die Klage zurückgenommen wird oder wenn ein Urteil ergeht, das die Klage abweist.

§ 641 g

Ist die Klage auf Feststellung des Bestehens der Vaterschaft zurückgenommen oder rechtskräftig abgewiesen, so hat das Kind dem Manne den Schaden zu ersetzen, der ihm aus der Vollziehung der einstweiligen Anordnung *oder dadurch* entstanden ist, *daß er Sicherheit geleistet hat, um die Vollziehung abzuwenden.*

§ 641 h

(1) Die Restitutionsklage gegen ein rechtskräftiges Urteil, in dem über die Vaterschaft entschieden ist, findet außer in den Fällen des § 580 statt, wenn die Partei ein neues Gutachten über die Vaterschaft vorlegt, das allein oder in Verbindung mit den in dem früheren Verfahren erhobenen Beweisen eine andere Entscheidung herbeigeführt haben würde.

(2) Die Klage kann auch von der Partei erhoben werden, die in dem früheren Verfahren obsiegt hat.

(3) Für die Klage ist das Gericht ausschließlich zuständig, das im ersten Rechtszug erkannt hat; ist das angefochtene Urteil von dem Berufungs- oder Revisionsgericht erlassen, so ist das Berufungsgericht zuständig. Wird die Klage mit einer Nichtigkeitsklage oder mit einer Restitutionsklage nach § 580 verbunden, so bewendet es bei § 584.

(4) § 586 ist nicht anzuwenden.

§ 641 i

Ein rechtskräftiges Urteil, welches das Bestehen der Vaterschaft feststellt, wirkt gegenüber einem Dritten, der die *uneheliche* Vaterschaft für sich in Anspruch nimmt, auch dann, wenn er an dem Rechtsstreit nicht teilgenommen hat.

Beschlüsse des 12. Ausschusses

§ 641 f

unverändert

§ 641 g

Ist die Klage auf Feststellung des Bestehens der Vaterschaft zurückgenommen oder rechtskräftig abgewiesen, so hat das Kind dem Manne den Schaden zu ersetzen, der ihm aus der Vollziehung der einstweiligen Anordnung entstanden ist.

§ 641 g¹

Weist das Gericht eine Klage auf Feststellung des Nichtbestehens der nichtehelichen Vaterschaft ab, weil es den Kläger oder den Beklagten als Vater festgestellt hat, so spricht es dies in der Urteilsformel aus.

§ 641 h

unverändert

§ 641 i

Ein rechtskräftiges Urteil, welches das Bestehen der Vaterschaft feststellt, wirkt gegenüber einem Dritten, der die **nichteheliche** Vaterschaft für sich in Anspruch nimmt, auch dann, wenn er an dem Rechtsstreit nicht teilgenommen hat.

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

Dritter Abschnitt

Dritter Abschnitt

Verfahren über den Unterhalt
des *unehelichen* KindesVerfahren über den Unterhalt
des **nichtehelichen** Kindes

§ 642

§ 642

Das *uneheliche* Kind kann mit der Klage gegen seinen Vater auf Unterhalt, anstatt die Verurteilung des Vaters zur Leistung eines bestimmten Betrages zu begehren, beantragen, den Vater zur Leistung des Regelunterhalts zu verurteilen.

Das **nichteheliche** Kind kann mit der Klage gegen seinen Vater auf Unterhalt, anstatt die Verurteilung des Vaters zur Leistung eines bestimmten Betrages zu begehren, beantragen, den Vater zur Leistung des Regelunterhalts zu verurteilen.

§ 642 a

§ 642 a

(1) Auf Grund eines rechtskräftigen oder für vorläufig vollstreckbar erklärten Urteils, das einen Ausspruch nach § 642 enthält, wird der Betrag des Regelunterhalts vom Gericht des ersten Rechtszuges auf Antrag durch Beschluß gesondert festgesetzt.

u n v e r ä n d e r t

(2) Die Entscheidung kann ohne mündliche Verhandlung ergehen.

(3) Gegen die Entscheidung findet die sofortige Beschwerde statt. Eine weitere Beschwerde ist ausgeschlossen.

§ 642 b

§ 642 b

(1) Wird der Regelbedarf, nach dem sich der Regelunterhalt errechnet, geändert, so wird der Betrag des Regelunterhalts auf Antrag durch Beschluß neu festgesetzt. Das gleiche gilt, wenn sich ein sonstiger für die Berechnung des Betrages des Regelunterhalts maßgebender Umstand ändert. § 323 Abs. 2, 3 und § 642 a Abs. 2, 3 gelten entsprechend.

u n v e r ä n d e r t

(2) Ist gleichzeitig ein Verfahren nach § 323 anhängig, so kann das Gericht das Verfahren nach Absatz 1 bis zur Erledigung des anderen Verfahrens aussetzen.

§ 642 c

§ 642 c

Die Vorschriften der §§ 642 a, 642 b gelten entsprechend, wenn

u n v e r ä n d e r t

1. in einem Vergleich der in § 794 Abs. 1 Nr. 1 bezeichneten Art der Vater sich verpflichtet hat, dem Kinde den Regelunterhalt zu zahlen;
2. in einer Urkunde, die von einem deutschen Gericht oder von einem deutschen Notar innerhalb der Grenzen seiner Amtsbefugnisse in der vorgeschriebenen Form aufgenommen worden ist, der Vater eine Verpflichtung der in Nummer 1 bezeichneten Art übernommen und sich der Festsetzung des Betrages des Regelunterhalts in einem Verfahren nach den §§ 642 a, 642 b unterworfen hat.

Entwurf

§ 642 d

(1) Die §§ 642 bis 642 c sind auf die Verurteilung oder Verpflichtung des Vaters zur Leistung des Regelunterhalts zuzüglich eines Zuschlags oder abzüglich eines Abschlags oder zur Leistung eines Zuschlags zum Regelunterhalt sinngemäß anzuwenden.

(2) Der Zuschlag oder der Abschlag ist in einem Vomhundertsatz des Regelbedarfs (§ 1615 f Abs. 1 Satz 2, Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) zu bezeichnen.

§ 642 e

Das Gericht kann die Stundung rückständigen Unterhalts von einer Sicherheitsleistung abhängig machen.

§ 642 f

(1) Hat das Gericht rückständigen Unterhalt gestundet, so kann die Entscheidung auf Antrag aufgehoben oder geändert werden, wenn sich die Verhältnisse nach der Entscheidung wesentlich geändert haben oder der Vater mit einer ihm obliegenden Unterhaltsleistung in Verzug gekommen ist. § 642 a Abs. 2, 3 gilt entsprechend, es sei denn, das Verfahren ist mit einem Verfahren nach § 323 verbunden.

(2) Ist in einem Schuldtitel des § 642 c Nr. 2, des § 642 d in Verbindung mit § 642 c Nr. 2 oder des § 794 Abs. 1 Nr. 1 oder 5 die Zahlungsverpflichtung für rückständige Beträge in der einer Stundung entsprechenden Weise beschränkt, so ist Absatz 1 entsprechend anzuwenden.

§ 643

(1) Wird auf Klage des Kindes das Bestehen der *unehelichen* Vaterschaft festgestellt, so hat das Gericht auf Antrag den Beklagten zugleich zu verurteilen, dem Kinde den Regelunterhalt zu leisten. Herabsetzung des Regelunterhalts sowie Erlaß und Stundung rückständiger Unterhaltsbeträge können in diesem Verfahren nicht begehrt werden.

(2) § 642 a gilt entsprechend mit der Maßgabe, daß der Betrag des Regelunterhalts nicht vor Rechtskraft des Urteils, das die Vaterschaft feststellt, festgesetzt wird.

§ 643 a

(1) Den Parteien ist im Falle des § 643 Abs. 1 Satz 1 vorbehalten, von der Rechtskraft des Urteils an im Wege einer Klage auf Abänderung der Entscheidung über den Regelunterhalt zu verlangen, daß auf höheren Unterhalt, auf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

§ 642 d

unverändert

§ 642 e

unverändert

§ 642 f

(1) unverändert

(2) Ist in einem Schuldtitel des § 642 c, des § 642 d in Verbindung mit § 642 c oder des § 794 Abs. 1 oder 5 die Zahlungsverpflichtung für rückständige Beträge in einer der Stundung entsprechenden Weise beschränkt, so ist Absatz 1 entsprechend anzuwenden.

§ 643

(1) Wird auf Klage des Kindes das Bestehen der **nichtehelichen** Vaterschaft festgestellt, so hat das Gericht auf Antrag den Beklagten zugleich zu verurteilen, dem Kinde den Regelunterhalt zu leisten. Herabsetzung des **Unterhalts unter den** Regelunterhalt sowie Erlaß und Stundung rückständiger Unterhaltsbeträge können in diesem Verfahren nicht begehrt werden.

(2) unverändert

§ 643 a

(1) Den Parteien ist im Falle des § 643 Abs. 1 Satz 1 vorbehalten, von der Rechtskraft des Urteils an im Wege einer Klage auf Abänderung der Entscheidung über den Regelunterhalt zu verlangen, daß auf höheren Unterhalt, auf

Entwurf

Herabsetzung des Regelunterhalts oder auf Erlaß rückständiger Unterhaltsbeträge erkannt wird, oder Stundung rückständiger Unterhaltsbeträge zu beantragen.

(2) Das Urteil darf, wenn die Klage auf höheren Unterhalt oder auf Herabsetzung des Regelunterhalts nicht bis zum Ablauf von drei Monaten nach Rechtskraft des Beschlusses, der den Betrag des Regelunterhalts festsetzt, erhoben wird, nur für die Zeit nach Erhebung der Klage abgeändert werden. Die Klage auf Erlaß und der Antrag auf Stundung rückständiger Unterhaltsbeträge sind nur bis zum Ablauf dieser Frist zulässig. Ist innerhalb der vorgenannten Frist ein Verfahren nach Absatz 1 anhängig geworden, so läuft die Frist für andere Verfahren nach Absatz 1 nicht vor Beendigung des ersten Verfahrens ab.

(3) Ist die Frist nach Absatz 2 noch nicht abgelaufen, so ist das Gericht ausschließlich zuständig, das im ersten Rechtszug über die Klage auf Feststellung des Bestehens der *unehelichen* Vaterschaft erkannt hat.

(4) Sind mehrere Verfahren nach Absatz 1 anhängig, so ordnet das Gericht die Verbindung zum Zwecke gleichzeitiger Verhandlung und Entscheidung an. Ist nur ein Antrag auf Stundung gestellt, so wird durch Beschluß entschieden; § 642 a Abs. 2, 3 gilt entsprechend.

§ 644

(1) Macht ein Dritter, der dem Kind Unterhalt gewährt hat, seine Ansprüche gegen den Vater geltend, so sind die §§ 642 e, 642 f entsprechend anzuwenden.

(2) *In dem Verfahren, das die Abänderung einer Entscheidung über die Stundung eines Pflichtteilanspruchs oder eines Erbersatzanspruchs zum Gegenstand hat (§ 2331 a in Verbindung mit § 1382 Abs. 6, § 1934 b Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs), wird durch Beschluß entschieden. § 642 a Abs. 2, 3 gilt entsprechend.*

(3) Eine Klage wegen der Ansprüche nach den §§ 1615 k, 1615 l des Bürgerlichen Gesetzbuchs kann auch bei dem Gericht erhoben werden, bei dem wegen des Unterhaltsanspruchs des *unehelichen* Kindes gegen seinen Vater eine Klage im ersten Rechtszug anhängig ist. Für das Verfahren über die Stundung des Anspruchs nach § 1615 l des Bürgerlichen Gesetzbuchs gelten die §§ 642 e, 642 f entsprechend."

8. Der bisherige Dritte Abschnitt im Sechsten Buche wird Vierter Abschnitt.

Beschlüsse des 12. Ausschusses

Herabsetzung des **Unterhalts unter den** Regelunterhalt oder auf Erlaß rückständiger Unterhaltsbeträge erkannt wird, oder Stundung rückständiger Unterhaltsbeträge zu beantragen.

(2) Das Urteil darf, wenn die Klage auf höheren Unterhalt oder auf Herabsetzung des **Unterhalts unter den** Regelunterhalt nicht bis zum Ablauf von drei Monaten nach Rechtskraft des Beschlusses, der den Betrag des Regelunterhalts festsetzt, erhoben wird, nur für die Zeit nach Erhebung der Klage abgeändert werden. Die Klage auf Erlaß und der Antrag auf Stundung rückständiger Unterhaltsbeträge sind nur bis zum Ablauf dieser Frist zulässig. Ist innerhalb der vorgenannten Frist ein Verfahren nach Absatz 1 anhängig geworden, so läuft die Frist für andere Verfahren nach Absatz 1 nicht vor Beendigung des ersten Verfahrens ab.

(3) Ist die Frist nach Absatz 2 noch nicht abgelaufen, so ist das Gericht ausschließlich zuständig, das im ersten Rechtszug über die Klage auf Feststellung des Bestehens der **nichtehelichen** Vaterschaft erkannt hat.

(4) *unverändert*

§ 644

(1) *unverändert*

Absatz 2 entfällt

(3) Eine Klage wegen der Ansprüche nach den §§ 1615 k, 1615 l des Bürgerlichen Gesetzbuchs kann auch bei dem Gericht erhoben werden, bei dem wegen des Unterhaltsanspruchs des **nichtehelichen** Kindes gegen seinen Vater eine Klage im ersten Rechtszug anhängig ist. Für das Verfahren über die Stundung des Anspruchs nach § 1615 l des Bürgerlichen Gesetzbuchs gelten die §§ 642 e, 642 f entsprechend."

8. *unverändert*

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

9. § 704 Abs. 2 erhält folgende Fassung:



„(2) Urteile in Ehe- und Kindschaftssachen dürfen nicht für vorläufig vollstreckbar erklärt werden. Dies gilt auch für den Ausspruch nach § 643 Abs. 1 Satz 1.“

10. § 794 Abs. 1 erhält folgende neue Nummer:

„2a. aus Beschlüssen, die den Betrag des vom Vater eines *unehelichen* Kindes zu zahlenden Regelunterhalts, auch eines Zu- oder Abschlags hierzu, festsetzen.“

11. § 798 erhält folgende Fassung:



„§ 798

Aus einem Kostenfestsetzungsbeschlusse, der nicht auf das Urteil gesetzt ist, aus Beschlüssen nach § 794 Abs. 1 Nr. 2 a sowie aus den nach § 794 Abs. 1 Nr. 5 aufgenommenen Urkunden darf die Zwangsvollstreckung nur beginnen, wenn der Schuldtitel mindestens eine Woche vorher zugestellt ist.“

12. In § 850 c Abs. 1 Satz 2 und Absatz 3 Satz 3 werden die Worte „, einem Verwandten oder einem *unehelichen* Kinde“ ersetzt durch die Worte „oder einem Verwandten“.

13. § 850 d wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Worte „, früheren Ehegatten oder *unehelichen* Kindern“ ersetzt durch die Worte „oder früheren Ehegatten“.

b) In Absatz 2 wird Buchstabe a Satz 2 wie folgt gefaßt:

„Das Vollstreckungsgericht kann das Rangverhältnis der Berechtigten zueinander auf Antrag des Schuldners oder eines Berechtigten nach billigem Ermessen in anderer Weise festsetzen; das Vollstreckungsgericht hat vor seiner Entscheidung die Beteiligten zu hören;“

c) In Absatz 2 wird Buchstabe b wie folgt gefaßt:

„b) die übrigen Abkömmlinge, wobei die Kinder den anderen vorgehen;“.

14. In § 850 i Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „, seiner unterhaltsberechtigten Verwandten oder eines *unehelichen* Kindes“ ersetzt durch die Worte „oder seiner unterhaltsberechtigten Verwandten“.

9. unverändert

10. § 794 Abs. 1 erhält folgende neue Nummer:



„2a. aus Beschlüssen, die den Betrag des vom Vater eines **nichtehelichen** Kindes zu zahlenden Regelunterhalts, auch eines Zu- oder Abschlags hierzu, festsetzen.“

11. unverändert

12. In § 850 c Abs. 1 Satz 2 und Absatz 3 Satz 3 werden die Worte „, einem Verwandten oder einem **nichtehelichen** Kinde“ ersetzt durch die Worte „oder einem Verwandten“.

13. § 850 d wird wie folgt geändert:



a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Worte „, früheren Ehegatten oder **nichtehelichen** Kindern“ ersetzt durch die Worte „oder früheren Ehegatten“.

b) unverändert

c) unverändert

14. In § 850 i Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „, seiner unterhaltsberechtigten Verwandten oder eines **nichtehelichen** Kindes“ ersetzt durch die Worte „oder seiner unterhaltsberechtigten Verwandten“.

Entwurf

Artikel 5

Anderung der Konkursordnung

§ 226 der Konkursordnung wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 wird der Punkt am Ende der Nummer 5 durch ein Semikolon ersetzt und folgende neue Nummer 6 angefügt:
- „6. die Verbindlichkeiten gegenüber Erbersatzberechtigten.“
- b) In Absatz 4 werden die Worte „Absatz 2 Nr. 4, 5“ durch die Worte „Absatz 2 Nr. 4 bis 6“ ersetzt.

Artikel 6

Anderung des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

Das Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit wird wie folgt geändert:

1. § 36 wird wie folgt geändert:



- a) Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Für die Vormundschaft ist das Gericht zuständig, in dessen Bezirke der Mündel zu der Zeit, in der die Anordnung der Vormundschaft erforderlich wird oder in der die Vormundschaft kraft Gesetzes eintritt, seinen Wohnsitz oder bei Fehlen eines inländischen Wohnsitzes seinen Aufenthalt hat.“

- b) Folgender Absatz 4 wird angefügt:

„(4) Die Absätze 1 und 2 gelten für die Beistandschaft entsprechend.“

2. Nach § 36 werden folgende Vorschriften eingefügt:

„§ 36 a

Für die Bestellung eines Vormunds oder Beistands vor der Geburt des Kindes ist das Gericht zuständig, *das für die Vormundschaft oder Beistandschaft zuständig wäre, falls das Kind zu der Zeit, zu der das Gericht mit der Angelegenheit befaßt wird, geboren wäre.*

Beschlüsse des 12. Ausschusses

Artikel 5

Anderung der Konkursordnung

Die Konkursordnung wird wie folgt geändert:

1. § 226 wird wie folgt geändert:

a) un verändert

b) un verändert

2. In § 227 und in § 230 Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „§ 226 Abs. 2 Nr. 2 bis 5“ durch die Worte „§ 226 Abs. 2 Nr. 2 bis 6“ ersetzt.

3. In § 228 Abs. 1 werden die Worte „§ 226 Abs. 2 Nr. 4, 5“ durch die Worte „§ 226 Abs. 2 Nr. 4 bis 6“ ersetzt.

Artikel 6

Anderung des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

Das Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit wird wie folgt geändert:

1. un verändert

2. Nach § 36 werden folgende Vorschriften eingefügt:



„§ 36 a

Für die Bestellung eines Vormunds oder Beistands vor der Geburt des Kindes (§§ 1707, 1774 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) ist das Gericht zuständig, **in dessen Bezirk die Mutter zu der Zeit, zu der das Gericht mit der Angelegenheit befaßt wird, ihren Wohnsitz oder bei Fehlen eines inländischen Wohnsitzes ihren**

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

Aufenthalt hat. § 36 Abs. 2 ist entsprechend anzuwenden.

§ 36 b

§ 36 b

Ist eine Vormundschaft oder Beistandschaft kraft Gesetzes eingetreten, so ist bis zum Eingreifen des nach § 36 zuständigen Vormundschaftsgerichts auch das Gericht, in dessen Bezirk das Kind geboren ist, für die erforderlichen Maßregeln zuständig. Das Gericht soll von den angeordneten Maßregeln dem nach § 36 zuständigen Vormundschaftsgericht Mitteilung machen."

unverändert

- | | |
|---|-----------------------|
| <p>3. In § 37 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „Vormundschaft über ihn“ durch die Worte „Vormundschaft oder Beistandschaft für ihn“ ersetzt.</p> <p>◆</p> | <p>3. unverändert</p> |
| <p>4. In § 40 werden hinter das Wort „Vormundschaft“ die Worte „oder die Beistandschaft“ eingefügt.</p> <p>◆</p> | <p>4. unverändert</p> |
| <p>5. § 43 wird wie folgt geändert:</p> <p>◆</p> <p>a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Worte „oder eine Pflegschaft“ durch die Worte „, Beistandschaft oder Pflegschaft“ ersetzt.</p> <p>b) In Absatz 2 werden die Worte „ist dem Vater oder der Mutter dieser Person ein Beistand bestellt“ durch die Worte „hat der Vater oder die Mutter dieser Person einen Beistand erhalten“ ersetzt.</p> | <p>5. unverändert</p> |
| <p>6. § 43 a wird wie folgt geändert:</p> <p>◆</p> <p>a) In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „Ehelichkeitserklärung“ durch die Worte „Ehelichkeitserklärung auf Antrag des Vaters“ ersetzt.</p> <p>b) Folgender Absatz 3 wird angefügt:</p> <p>„(3) Für die Ehelicherklärung auf Antrag des Kindes und die Verfügung, durch die der Mutter des Kindes nach § 1740 g des Bürgerlichen Gesetzbuchs der Name des Vaters erteilt wird, gelten die vorstehenden Vorschriften entsprechend. An die Stelle des Vaters tritt jedoch bei der Ehelicherklärung der überlebende Elternteil oder, wenn beide Eltern gestorben sind, das Kind, bei der Namenserteilung die Mutter.“</p> | <p>6. unverändert</p> |
| <p>7. § 46 wird wie folgt geändert:</p> <p>◆</p> <p>a) In Absatz 1 Satz 1 treten an die Stelle der Worte „nach der Bestellung des Vormundes“ die Worte „hat der Mündel bereits einen Vormund erhalten, so“.</p> | <p>7. unverändert</p> |

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

b) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Diese Vorschriften sind auf die Pflegschaft, die Beistandschaft und die im § 43 bezeichneten Angelegenheiten entsprechend anzuwenden.“

8. § 47 wird wie folgt geändert:



a) In Absatz 1 wird das Wort „angeordnet“ durch das Wort „anhängig“ ersetzt.

b) In Absatz 2 Satz 1 werden die Worte „angeordnet ist“ durch das Wort „besteht“ ersetzt.

c) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Diese Vorschriften gelten auch für die Pflegschaft und die Beistandschaft. Einer Beistandschaft kann dabei eine Pflegschaft nach ausländischem Recht oder eine andere der Beistandschaft ähnliche ausländische Rechtseinrichtung gleichgeachtet werden.“

9. § 48 erhält folgenden Absatz 2:

„(2) Die dem Vormundschaftsgericht zu erstattende Anzeige der Geburt eines unehelichen Kindes hat der Standesbeamte unverzüglich über das Jugendamt zu leiten. In der Anzeige ist das religiöse Bekenntnis der Mutter anzugeben.“

10. § 49 fällt weg.



11. § 53 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:



„Das gleiche gilt von einer Verfügung, durch die auf Antrag des Kindes die Zustimmung der Mutter oder der Ehefrau des Vaters zur Ehelicherklärung ersetzt wird.“

12. In § 55 Abs. 2 wird das Wort „Ehelichkeits-
erklärung“ durch das Wort „Ehelicherklärung“ ersetzt.



13. Nach § 55 a wird folgende Vorschrift eingefügt:

„§ 55 b

(1) In dem Verfahren, das die Feststellung des Vaters eines *unehelichen* Kindes zum Gegenstand hat, hat das Gericht die Mutter des

8. unverändert

Nummer 9 entfällt

10. unverändert

11. unverändert

11a. In § 53 a Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „nach den §§ 1382, 1383“ durch die Worte „nach den §§ 1382, 1383, 1934 d Abs. 5“ ersetzt.

12. unverändert

13. Nach § 55 a wird folgende Vorschrift eingefügt:



„§ 55 b

(1) In dem Verfahren, das die Feststellung des Vaters eines **nichtehelichen** Kindes zum Gegenstand hat, hat das Gericht die Mutter des

Entwurf

Kindes sowie, wenn der Mann gestorben ist, dessen Ehefrau, Eltern und eheliche Kinder zu hören. War der Mann *unehelich*, so braucht dessen Vater nicht gehört zu werden. Das Gericht darf von der Anhörung einer Person nur absehen, wenn diese zur Abgabe einer Erklärung dauernd außerstande oder ihr Aufenthalt dauernd unbekannt ist.

(2) Eine Verfügung, durch die das Vormundschaftsgericht über den Antrag auf Feststellung der Vaterschaft entscheidet, wird erst mit der Rechtskraft wirksam.

(3) Gegen die Verfügung, durch die das Vormundschaftsgericht die Vaterschaft feststellt, steht den nach Absatz 1 zu hörenden Personen und dem Kinde die Beschwerde zu."

14. In § 56 a Abs. 2 wird das Wort „Ehelichkeits-
◆ erklärung“ durch das Wort „Ehelicherklärung“ ersetzt.

15. Nach § 56 a wird folgende Vorschrift eingefügt:

„§ 56 b

(1) Eine Verfügung, durch die das Vormundschaftsgericht ein *uneheliches* Kind auf seinen Antrag für ehelich erklärt oder der Mutter des Kindes nach § 1740 g des Bürgerlichen Gesetzbuchs den Namen des Vaters erteilt, wird erst mit der Rechtskraft wirksam.

(2) Die Beschwerde steht auch den Personen zu, die nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu hören sind."

16. Der bisherige § 56 b wird § 56 c. Er erhält folgende Fassung:

„§ 56 c

(1) Eine Verfügung, durch die das Vormundschaftsgericht über die Anfechtung der Ehelichkeit eines Kindes oder die Anfechtung der Anerkennung eines *unehelichen* Kindes entscheidet, wird erst mit der Rechtskraft wirksam.

(2) Ist die Anfechtung gleichzeitig Gegenstand eines Rechtsstreits nach den Vorschriften der Zivilprozeßordnung, so ist das Verfahren vor dem Vormundschaftsgericht bis zur Erledigung des Rechtsstreits auszusetzen."

17. Der bisherige § 56 c wird § 56 d.
◆

18. § 57 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
◆

a) In Nummer 6 fallen die Worte „oder des Beistandes“ weg.

Beschlüsse des 12. Ausschusses

Kindes sowie, wenn der Mann gestorben ist, dessen Ehefrau, Eltern und eheliche Kinder zu hören. War der Mann **nichtehelich**, so braucht dessen Vater nicht gehört zu werden. Das Gericht darf von der Anhörung einer Person nur absehen, wenn diese zur Abgabe einer Erklärung dauernd außerstande oder ihr Aufenthalt dauernd unbekannt ist.

(2) un verändert

(3) un verändert

14. un verändert

15. Nach § 56 a wird folgende Vorschrift eingefügt:
◆

„§ 56 b

(1) Eine Verfügung, durch die das Vormundschaftsgericht ein **nichteheliches** Kind auf seinen Antrag für ehelich erklärt oder der Mutter des Kindes nach § 1740 g des Bürgerlichen Gesetzbuchs den Namen des Vaters erteilt, wird erst mit der Rechtskraft wirksam.

(2) un verändert

16. Der bisherige § 56 b wird § 56 c. Er erhält folgende Fassung:
◆

„§ 56 c

(1) Eine Verfügung, durch die das Vormundschaftsgericht über die Anfechtung der Ehelichkeit eines Kindes oder die Anfechtung der Anerkennung eines **nichtehelichen** Kindes entscheidet, wird erst mit der Rechtskraft wirksam.

(2) un verändert

17. un verändert

18. un verändert

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

- b) Nummer 7 erhält folgende Fassung:
- „7. gegen eine Verfügung, durch die dem Vormund, Pfleger oder Beistand eine Vergütung bewilligt wird, dem Gegenvormund;“.
19. In § 57 a wird folgender Satz angefügt:
„War der Ehemann *unehelich*, so steht die Beschwerde nur seiner Mutter zu.“
20. § 58 Abs. 1 erhält folgende Fassung:
„(1) Führen mehrere Vormünder, Pfleger oder Beistände ihr Amt gemeinschaftlich, so kann jeder von ihnen für den Mündel oder das Kind das Beschwerderecht selbständig ausüben.“
21. § 60 Abs. 1 Nr. 1 erhält folgende Fassung:
„1. gegen eine Verfügung, durch die ein als Vormund, Pfleger, Gegenvormund, Beistand oder Mitglied des Familienrats Berufener übergangen wird;“.
22. Nach § 63 wird folgende Vorschrift eingefügt:
„§ 63 a
In Verfahren, die eine Regelung des Verkehrs des Elternteils, dem die Sorge für die Person des Kindes nicht zusteht, mit dem Kinde zum Gegenstand haben (§ 1634 Abs. 2, § 1712 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs), ist die weitere Beschwerde ausgeschlossen.“
23. In § 68 a Abs. 1 Satz 1 wird das Wort „*ehelichen*“ durch das Wort „*leiblichen*“ ersetzt.
24. § 167 Abs. 2 Satz 2 fällt weg.
25. In § 191 Abs. 1 fallen die Worte „für die Aufnahme der nach dem § 1718 und dem § 1720 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs erforderlichen öffentlichen Urkunden sowie“ weg.
19. In § 57 a wird folgender Satz angefügt:
„War der Ehemann **nichtehelich**, so steht die Beschwerde nur seiner Mutter zu.“
20. *unverändert*
21. *unverändert*
22. Nach § 63 wird folgende Vorschrift eingefügt:
„§ 63 a
In Verfahren, die eine Regelung des Verkehrs des Elternteils, dem die Sorge für die Person des Kindes nicht zusteht, mit dem Kinde zum Gegenstand haben (§ 1634 Abs. 2, § **1711** Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs), ist die weitere Beschwerde ausgeschlossen.“
23. *unverändert*
- 23a. Nach § 83 wird folgende Vorschrift eingefügt:
„§ 83 a
Für das Verfahren, das die Stundung eines Pflichtteilsanspruchs oder eines Erbersatzanspruchs zum Gegenstand hat (§ 2331 a in Verbindung mit §§ 1382, 1934 b Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs), gilt § 53 a entsprechend.“
24. *unverändert*
25. *unverändert*

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

Artikel 7

Artikel 7

Anderung des Rechtspflegergesetzes**Anderung des Rechtspflegergesetzes**

Das Rechtspflegergesetz wird wie folgt geändert:

Das Rechtspflegergesetz wird wie folgt geändert:

1. § 12 Nr. 3 erhält folgende Fassung:

1. § 12 wird wie folgt geändert:

„3. die Geschäfte, welche

a) Nummer 3 erhält folgende Fassung:

- a) die Anfechtung der Ehelichkeit oder der Anerkennung der Vaterschaft,
 - b) die Feststellung der Vaterschaft nach dem Tode des Mannes oder des Kindes (§ 1600 n Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs),
 - c) die Ehelicherklärung (§§ 1723 ff., §§ 1740 a ff. des Bürgerlichen Gesetzbuchs) einschließlich der Namenserteilung nach § 1740 g des Bürgerlichen Gesetzbuchs,
 - d) die Annahme an Kindes Statt und die Aufhebung des Annahmeverhältnisses
- betreffen, soweit sie eine richterliche Entscheidung enthalten;“.

3. unverändert

b) Nummer 10 a erhält folgende Fassung:

„10 a. Entscheidungen über die Rückübertragung der elterlichen Gewalt nach § 1738 Abs. 2, § 1765 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs;“.

2. § 19 wird wie folgt geändert:

2. § 19 wird wie folgt geändert:

a) Nach Nummer 8 wird folgende Nummer 8 a angefügt:

a) Nach Nummer 8 wird folgende Nummer 8 a angefügt:

„8 a. die Entscheidung über Anträge auf Festsetzung des für ein *uneheliches* Kind zu leistenden Unterhalts in den Fällen der §§ 642 a bis 642 d der Zivilprozeßordnung sowie über Anträge auf Stundung rückständiger Unterhaltsbeträge nach § 643 a Abs. 4 Satz 2 der Zivilprozeßordnung oder auf Aufhebung oder Änderung einer Stundung nach § 642 f der Zivilprozeßordnung;“.

„8 a. die Entscheidung über Anträge auf Festsetzung des für ein **nichteheliches** Kind zu leistenden Unterhalts in den Fällen der §§ 642 a bis 642 d der Zivilprozeßordnung sowie über Anträge auf Stundung rückständiger Unterhaltsbeträge nach § 643 a Abs. 4 Satz 2 der Zivilprozeßordnung oder auf Aufhebung oder Änderung einer Stundung nach § 642 f der Zivilprozeßordnung;“.

b) Nummer 11 erhält folgende Fassung:

b) unverändert

„11. die Anordnung, daß die Partei, welche einen Beschluß über die einstweilige Unterhaltsregelung, einen Arrestbefehl oder eine einstweilige Verfügung erwirkt hat, binnen einer zu bestimmten Frist Klage zu erheben oder die Betragsfestsetzung zu beantragen habe (§ 627 b Abs. 4 Satz 1, § 641 e Abs. 2 und 3, § 926 Abs. 1, § 936 der Zivilprozeßordnung;“.

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

3. § 23 wird wie folgt geändert:

Nummer 3 entfällt

a) Nummer 3 erhält folgende Fassung:

„3. die Beurkundung der Erklärung, durch welche die Vaterschaft anerkannt wird, und der Zustimmung des Kindes (§ 1600 e Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) sowie die Beurkundung der Verpflichtung zur Erfüllung von Unterhaltsansprüchen eines Kindes oder zur Leistung einer an Stelle des Unterhalts zu gewährenden Abfindung in vollstreckbarer Form und in der Form des § 642 c Nr. 2 der Zivilprozeßordnung;“.

b) Nummer 4 erhält folgende Fassung:

„4. die Beurkundung des Antrags auf Ehelicherklärung eines Kindes und der erforderlichen Einwilligungserklärungen (§§ 1730, 1740 a Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs);“.

Artikel 8

Artikel 8

Änderung des Personenstandsgesetzes

Änderung des Personenstandsgesetzes

Das Personenstandsgesetz wird wie folgt geändert:

Das Personenstandsgesetz wird wie folgt geändert:

1. § 12 wird wie folgt geändert:

1. § 12 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 Nr. 2 erhält folgende Fassung:

a) Absatz 2 Nr. 2 erhält folgende Fassung:

„2. die Vor- und Familiennamen sowie Wohnort oder letzter Wohnort der Eltern der Ehegatten; ist ein Ehegatte *unehelich*, so wird sein Vater nur eingetragen, wenn er am Rande des Geburtseintrags des Ehegatten vermerkt ist; ist die Geburt des *unehelichen* Ehegatten nicht im Geltungsbereich dieses Gesetzes beurkundet, so wird der Vater eingetragen, wenn die Voraussetzungen für eine Eintragung des Vaters in das Geburtenbuch vorliegen.“

„2. die Vor- und Familiennamen sowie Wohnort oder letzter Wohnort der Eltern der Ehegatten; ist ein Ehegatte **nichtehelich**, so wird sein Vater nur eingetragen, wenn er am Rande des Geburtseintrags des Ehegatten vermerkt ist; ist die Geburt des **nichtehelichen** Ehegatten nicht im Geltungsbereich dieses Gesetzes beurkundet, so wird der Vater eingetragen, wenn die Voraussetzungen für eine Eintragung des Vaters in das Geburtenbuch vorliegen.“

b) Folgender Absatz 3 wird angefügt:

b) unverändert

„(3) Haben Ehegatten, die schon einmal miteinander verheiratet waren, erneut die Ehe geschlossen und ist für die frühere Ehe ein Familienbuch angelegt, so wird dieses Familienbuch fortgeführt.“

2. In § 14 wird folgender Absatz 2 angefügt:

Nummer 2 entfällt

„(2) Haben die Voraussetzungen für die Eintragung der Eltern eines Ehegatten aus einem der in § 15 Abs. 3 genannten Gründe nicht bestanden, so ist ein neues Familienbuch anzulegen.“

Entwurf

3. § 15 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 erhalten die Nummern 1 und 2 folgende Fassung:

„1. die gemeinsamen ehelich geborenen Kinder der Ehegatten,

2. die durch nachfolgende Ehe ehelich gewordenen Kinder der Ehegatten,“

- b) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Wird mit allgemein bindender Wirkung festgestellt, daß eine der in Absatz 1 genannten Voraussetzungen für die Eintragung des Kindes in das Familienbuch nicht bestanden hat, so ist für die Ehegatten ein neues Familienbuch ohne Angabe des Kindes anzulegen; das gleiche gilt, wenn sich die *Unehelichkeit* des Kindes daraus ergibt, daß der Geburtseintrag des Kindes berichtigt, der Mann für tot erklärt, seine Todeszeit gerichtlich festgestellt oder sein Tod verspätet beurkundet worden ist.“

4. Die Vorschriften der §§ 29, 29 a werden durch folgende Vorschriften ersetzt:

„§ 29

(1) Der Vater eines *unehelichen* Kindes wird am Rande des Geburtseintrags vermerkt, sobald seine Vaterschaft anerkannt oder rechtskräftig festgestellt ist.

(2) Dem Standesbeamten, der die Geburt des Kindes beurkundet hat, ist eine beglaubigte Abschrift der Anerkennungserklärung oder der Entscheidung zu übersenden. Ist die Geburt des Kindes nicht im Geltungsbereich dieses Gesetzes beurkundet, so ist die beglaubigte Abschrift dem Standesbeamten des Standesamts I in Berlin (West) zu übersenden.

§ 29 a

(1) Die Erklärung, durch welche die Vaterschaft anerkannt wird, sowie die Zustimmungserklärung des Kindes können auch von den Standesbeamten beurkundet werden. Die etwa erforderliche Zustimmung des gesetzlichen Vertreters zu einer solchen Erklärung kann auch von den Standesbeamten beglaubigt oder beurkundet werden.

(2) Zur Entgegennahme der Zustimmungserklärungen des Kindes und seines gesetzlichen Vertreters ist der Standesbeamte zuständig, der die Geburt des Kindes beurkundet hat. Ist die Geburt des Kindes nicht im Geltungsbereich dieses Gesetzes beurkundet, so ist der Standesbeamte des Standesamts I in Berlin (West) zuständig.

Beschlüsse des 12. Ausschusses

3. § 15 wird wie folgt geändert:



- a) **unverändert**

- b) Absatz 3 **Satz 1** erhält folgende Fassung:

„Wird mit allgemein bindender Wirkung festgestellt, daß eine der in Absatz 1 genannten Voraussetzungen für die Eintragung des Kindes in das Familienbuch nicht bestanden hat, so ist für die Ehegatten ein neues Familienbuch ohne Angabe des Kindes anzulegen; das gleiche gilt, wenn sich die **Nichtehelichkeit** des Kindes daraus ergibt, daß der Geburtseintrag des Kindes berichtigt, der Mann für tot erklärt, seine Todeszeit gerichtlich festgestellt oder sein Tod verspätet beurkundet worden ist.“

4. Die Vorschriften der §§ 29, 29 a werden durch folgende Vorschriften ersetzt:



„§ 29

(1) Der Vater eines **nichtehelichen** Kindes wird am Rande des Geburtseintrags vermerkt, sobald seine Vaterschaft anerkannt oder rechtskräftig festgestellt ist.

- (2) **unverändert**

§ 29 a

unverändert

Entwurf

§ 29 b

(1) Die Anerkennung der Mutterschaft zu einem *unehelichen* Kinde wird auf Antrag der Mutter oder des Kindes am Rande des Geburtseintrags vermerkt, wenn geltend gemacht wird, daß die Mutter oder der Mann, dessen Vaterschaft anerkannt oder rechtskräftig festgestellt ist oder von dem das Kind nach Angabe der Mutter stammt, eine fremde Staatsangehörigkeit besitzt, und wenn das Heimatrecht dieses Elternteils eine Anerkennung der Mutterschaft vorsieht.

(2) Dem Standesbeamten, der die Geburt des Kindes beurkundet hat, ist eine beglaubigte Abschrift der Anerkennungserklärung zu übersenden. § 29 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) Die Anerkennungserklärung und die etwa erforderliche Zustimmungserklärung des gesetzlichen Vertreters der Mutter können im Geltungsbereich dieses Gesetzes von denselben Stellen beurkundet werden, die eine Anerkennung der Vaterschaft beurkunden können."

5. In § 30 Abs. 1 *treten an die Stelle der Worte „wenn die Abstammung“ die Worte „wenn außer in den Fällen des § 29 die Abstammung“.*
6. Die Vorschrift des § 31 wird durch folgende Vorschrift ersetzt:

„§ 31

Ist ein *uneheliches* Kind durch nachfolgende Ehe seiner Eltern ehelich geworden, so ist die Legitimation in das Geburtenbuch einzutragen, sobald die Vaterschaft des Mannes anerkannt oder rechtskräftig festgestellt ist. Die Eintragung ist ohne diese Voraussetzungen zulässig, wenn sich die Legitimation nach ausländischem Recht bestimmt und nach diesem Recht die Rechtswirkungen der Legitimation ohne vorherige Anerkennung oder rechtskräftige Feststellung der Vaterschaft geltend gemacht werden können."

7. § 31 a wird wie folgt geändert:

◆ a) In Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Das gleiche gilt für die Erklärung, durch die ein an Kindes Statt angenommenes Kind dem neuen Namen seinen früheren Familiennamen hinzufügt.“

b) In Absatz 2 Satz 2 fällt das Wort „auch“ weg.

Beschlüsse des 12. Ausschusses

§ 29 b

(1) Die Anerkennung der Mutterschaft zu einem **nichtehelichen** Kinde wird auf Antrag der Mutter oder des Kindes am Rande des Geburtseintrags vermerkt, wenn geltend gemacht wird, daß die Mutter oder der Mann, dessen Vaterschaft anerkannt oder rechtskräftig festgestellt ist oder von dem das Kind nach Angabe der Mutter stammt, eine fremde Staatsangehörigkeit besitzt, und wenn das Heimatrecht dieses Elternteils eine Anerkennung der Mutterschaft vorsieht.

(2) *unverändert*

(3) *unverändert*

5. In § 30 Abs. 1 *treten an die Stelle der Worte* ◆ *„wenn die Abstammung“ die Worte „wenn außer in den Fällen der §§ 29, 29 b die Abstammung“.*
6. Die Vorschrift des § 31 wird durch folgende ◆ Vorschrift ersetzt:

„§ 31

Ist ein **nichteheliches** Kind durch nachfolgende Ehe seiner Eltern ehelich geworden, so ist die Legitimation in das Geburtenbuch einzutragen, sobald die Vaterschaft des Mannes anerkannt oder rechtskräftig festgestellt ist. Die Eintragung ist ohne diese Voraussetzungen zulässig, wenn sich die Legitimation nach ausländischem Recht bestimmt und nach diesem Recht die Rechtswirkungen der Legitimation ohne vorherige Anerkennung oder rechtskräftige Feststellung der Vaterschaft geltend gemacht werden können."

7. *unverändert*

Entwurf

8. § 61 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) In das Geburtenbuch wird bei dem Eintrag der Geburt eines *unehelichen*, für ehelich erklärten oder an Kindes Statt angenommenen Kindes auf Antrag des Kindes ein Sperrvermerk eingetragen. Ist ein Sperrvermerk eingetragen, so darf nur Behörden, den Eltern des Kindes, dem gesetzlichen Vertreter des Kindes und dem volljährigen oder verheirateten Kinde selbst eine Personenstandsurkunde erteilt oder Einsicht in den Eintrag gestattet werden; ist das Kind an Kindes Statt angenommen, so treten an die Stelle der Eltern die Wahl Eltern. Diese Beschränkung entfällt mit dem Tode des Kindes.“

b) Folgender Absatz 3 wird angefügt:

„(3) Trägt der Geburtseintrag einen Sperrvermerk und ist das Kind infolge Annahme an Kindes Statt im Familienbuch seiner Wahl Eltern eingetragen, so erhält auch der das Kind betreffende Eintrag im Familienbuch einen Sperrvermerk. Absatz 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.“

9. In § 61 a wird die Nummer 3 wie folgt gefaßt:

„3. *Geburts-, Heirats- und Sterbeurkunden sowie abgekürzte Geburtsurkunden*,“.

10. In § 62 wird folgender Absatz 2 angefügt:

„(2) In der *abgekürzten* Geburtsurkunde werden, wenn das Kind an Kindes Statt angenommen worden ist, als Eltern nur die Wahl Eltern angegeben.“

11. § 65 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 2 werden nach den Worten „ehelich geworden“ ein Komma sowie die Worte „daß ein Kind für ehelich erklärt“ eingefügt.

Beschlüsse des 12. Ausschusses

8. § 61 wird wie folgt geändert:



a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) In das Geburtenbuch wird bei dem Eintrag der Geburt eines **nichtehelichen**, für ehelich erklärten oder an Kindes Statt angenommenen Kindes auf Antrag des Kindes ein Sperrvermerk eingetragen. Ist ein Sperrvermerk eingetragen, so darf nur Behörden, den Eltern **und den Großeltern des Kindes**, dem gesetzlichen Vertreter des Kindes und dem volljährigen oder verheirateten Kinde selbst eine Personenstandsurkunde erteilt oder Einsicht in den Eintrag gestattet werden; ist das Kind an Kindes Statt angenommen, so treten an die Stelle der Eltern **und Großeltern** die Wahl Eltern. Diese Beschränkung entfällt mit dem Tode des Kindes.“

b) **u n v e r ä n d e r t**

9. In § 61 a wird **nach** Nummer 3 **folgende Nummer 3 a eingefügt**:



„**3 a. Abstammungsurkunden**,“.

10. § 62 wird wie folgt geändert:



a) Die Worte „In die Geburtsurkunde werden aufgenommen“ werden durch die Worte „In die Geburtsurkunde und in die Abstammungsurkunde werden aufgenommen“ ersetzt.

b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) In der Geburtsurkunde werden, wenn das Kind an Kindes Statt angenommen worden ist, als Eltern nur die Wahl Eltern angegeben.“

11. § 65 wird wie folgt geändert:



a) **Satz 1 erhält folgende Fassung**:

„**Ist ein Eintrag berichtet worden, so sind in den Abstammungs-, Heirats- und Sterbeurkunden nur die sich hieraus ergebenden Tatsachen zu vermerken.**“

b) In Satz 2 werden nach den Worten „ehelich geworden“ ein Komma sowie die Worte „daß ein Kind für ehelich erklärt“ eingefügt.

Entwurf

b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Ist im Geburtenbuch ein Randvermerk eingetragen, so sind in der *abgekürzten* Geburtsurkunde nur die sich hieraus ergebenden Tatsachen zu vermerken.“

Artikel 9

Anderung des Gerichtskostengesetzes

Das Gerichtskostengesetz wird wie folgt geändert:

1. § 13 wird wie folgt geändert:



a) In Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Wird auf Leistung des Regelunterhalts geklagt (§§ 642, 642 d der Zivilprozeßordnung), so ist der Jahresbetrag auf der Grundlage des Regelbedarfs nach freiem Ermessen zu bestimmen.“

b) In § 13 Abs. 2 Satz 1 werden nach dem Wort „Ehegatten“ die Worte „oder in einem Verfahren nach § 641 d der Zivilprozeßordnung die Unterhaltspflicht gegenüber einem *unehelichen* Kind“ eingefügt.

2. In § 40 Abs. 1 wird hinter der Nummer 1 folgende Nummer 1 a eingefügt:

„1 a. für das Verfahren über Anträge auf Abänderung einer Entscheidung, durch die ein Pflichtteilanspruch oder Erbersatzanspruch gestundet wird (§ 644 Abs. 2 der Zivilprozeßordnung);“.

3. § 41 wird wie folgt geändert:



a) An die Stelle der bisherigen Überschrift tritt folgende Überschrift:

„Einstweilige Anordnungen in Ehe- und Kindschaftssachen

b) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Für Verfahren nach den §§ 627, 627 b Abs. 1 und § 641 d der Zivilprozeßordnung wird die Hälfte der vollen Gebühr erhoben.“

Beschlüsse des 12. Ausschusses

c) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) In der Geburtsurkunde sind, **wenn** im Geburtenbuch ein Randvermerk eingetragen ist, nur die sich hieraus ergebenden Tatsachen zu vermerken.“

12. Nach § 69 d wird folgende Vorschrift eingefügt:



„§ 69 e

Die aus Anlaß des deutsch-belgischen Vertrages vom 24. September 1956 (Bundesgesetzblatt 1958 II S. 263) und auf Grund des deutsch-niederländischen Ausgleichsvertrages vom 8. April 1960 (Bundesgesetzbl. 1963 II S. 458) übergebenen Personenstandsbücher stehen Personenstandsbücher im Sinne dieses Gesetzes gleich. Soweit lediglich beglaubigte Abschriften übergeben worden sind, stehen diese einem Eintrag in einem Personenstandsbuch gleich.“

Artikel 9

Anderung des Gerichtskostengesetzes

Das Gerichtskostengesetz wird wie folgt geändert:

1 § 13 wird wie folgt geändert:

a) un verändert

b) In § 13 Abs. 2 Satz 1 werden nach dem Wort „Ehegatten“ die Worte „oder in einem Verfahren nach § 641 d der Zivilprozeßordnung die Unterhaltspflicht gegenüber einem **nicht-ehelichen** Kind“ eingefügt.

Nummer 2 entfällt

3. un verändert

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

4. Nach § 41 wird folgender § 41 a eingefügt:

„§ 41 a

Verfahren über den Unterhalt eines *unehelichen* Kindes

(1) Die Hälfte der vollen Gebühr wird erhoben:

1. für das Verfahren über Anträge auf Festsetzung des Regelunterhalts nach § 642 a Abs. 1, 2 oder § 642 d der Zivilprozeßordnung, wenn die Festsetzung auf Grund eines Vergleichs nach § 642 c Nr. 1 der Zivilprozeßordnung beantragt wird, der vor einer Gütestelle geschlossen wurde, oder auf Grund einer Urkunde nach § 642 c Nr. 2 der Zivilprozeßordnung;
2. für das Verfahren über Anträge auf Neufestsetzung des Regelunterhalts nach § 642 b Abs. 1 Satz 1, 2 der Zivilprozeßordnung;
3. für das Verfahren über Anträge auf Stundung rückständiger Unterhaltsbeträge nach § 643 a Abs. 4 Satz 2 der Zivilprozeßordnung und über Anträge auf Aufhebung oder Änderung der Stundung nach § 642 f der Zivilprozeßordnung.

(2) Eine Gebühr wird nicht erhoben, wenn der Antrag vor Anordnung einer mündlichen Verhandlung oder, wenn ohne mündliche Verhandlung entschieden wird, vor der Entscheidung zurückgenommen wird.“

5. § 43 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird vor der Zahl „42“ die Zahl „41 a“ eingefügt.
- b) In Absatz 2 werden hinter den Worten „nach § 627“ die Worte „oder § 641 d“ eingefügt.

4. Nach § 41 wird folgender § 41 a eingefügt:

„§ 41 a

Verfahren über den Unterhalt eines **nichtehe-lichen** Kindes

(1) unverändert

(2) unverändert

5. unverändert

6. In § 46 Abs. 1 werden hinter den Worten „§ 627 Abs. 4“ die Worte „§ 641 d Abs. 3“ eingefügt.

Artikel 10

Änderung des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen

In der Anlage zu § 5 des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen wird die laufende Nummer 10 wie folgt neu gefaßt:

„10 Bei erbbiologischen Abstammungsgutachten nach den anerkannten erbbiologischen Methoden beträgt die Entschädigung

a) für die Leistung des Sachverständigen

aa) wenn bis zu drei Personen untersucht werden

300

Artikel 10

entfällt

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

bb) für die Untersuchung jeder weiteren Person	75
b) für die bei der Vorbereitung und Erstattung des Gutachtens aufgewendeten Kosten	
aa) wenn bis zu drei Personen untersucht werden	120
bb) für die Untersuchung jeder weiteren Person	30
<i>Hat der Sachverständige Einrichtungen einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts benutzt, so erhält er die Entschädigung nach Buchstabe b nur bis zur Höhe der tatsächlich aufgewendeten Kosten.</i>	
<i>Die Entschädigung nach den Buchstaben a und b umfaßt die gesamte Tätigkeit des Sachverständigen und etwaiger Hilfspersonen, insbesondere die Untersuchung, die Herstellung der Lichtbilder einschließlich der erforderlichen Abzüge, die Herstellung von Abdrücken, etwa notwendige Abformungen und dgl. sowie die Auswertung und Beurteilung des gesamten Materials; sie umfaßt ferner die Post- und Fernspreckgebühren sowie die Kosten für die Anfertigung des schriftlichen Gutachtens in drei Stücken und für einen Durchschlag für die Handakten des Sachverständigen.</i>	
<i>Die Entschädigung umfaßt nicht die Kosten für Verrichtungen nach den Nummern 6, 7, 8, 9 und die Kosten für die Begutachtung etwa vorhandener eropathologischer Befunde durch Fachärzte.</i>	

"

Artikel 11

Anderung der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte

Die Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte wird wie folgt geändert:

1. In § 37 Nr. 6 wird folgender Satz angefügt:



„die Festsetzung des Regelunterhalts nach § 642 a Abs. 1 oder § 642 d der Zivilprozeßordnung, soweit nicht § 43 a Nr. 1 Anwendung findet;“.

2. § 41 erhält folgende Fassung:

„§ 41

Einstweilige Anordnungen
in Ehe- und Kindschaftssachen

- (1) Die Verfahren über Anträge nach § 627, nach § 627 b, nach § 641 d oder nach § 641 e

Artikel 11

Anderung der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte

Die Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte wird wie folgt geändert:

1. un verändert

2. § 41 erhält folgende Fassung:



„§ 41

Einstweilige Anordnungen
in Ehe- und Kindschaftssachen

- (1) un verändert

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

Abs. 2, 3 der Zivilprozeßordnung gelten jeweils als besondere Angelegenheit. Für mehrere Verfahren nach § 627, nach § 627 b, nach § 641 d, nach § 641 e Abs. 2 oder nach § 641 e Abs. 3 der Zivilprozeßordnung erhält der Rechtsanwalt die Gebühren in jedem Rechtszug nur einmal.

(2) Bei einer Einigung der Parteien erhält der Rechtsanwalt die Prozeßgebühr nur zur Hälfte, wenn ein Antrag nach §§ 627, 627 b, 641 d, 641 e Abs. 2 oder § 641 e Abs. 3 der Zivilprozeßordnung nicht gestellt ist. Dies gilt auch, soweit lediglich beantragt ist, eine Einigung der Parteien zu Protokoll zu nehmen."

3. Nach § 43 werden folgende §§ 43 a und 43 b eingefügt:

„§ 43 a

Verfahren über den Unterhalt
eines *unehelichen* Kindes

Der Rechtsanwalt erhält fünf Zehntel der in § 31 bestimmten Gebühren

1. im Verfahren über einen Antrag auf Festsetzung des Regelunterhalts nach §§ 642 a, 642 d der Zivilprozeßordnung, wenn die Festsetzung auf Grund eines vor einer Gütestelle abgeschlossenen Vergleichs oder auf Grund einer Urkunde nach § 642 c Nr. 2 der Zivilprozeßordnung erfolgen soll;
2. im Verfahren über einen Antrag auf Neufestsetzung des Regelunterhalts nach § 642 b Abs. 1 Satz 1, 2 der Zivilprozeßordnung;
3. im Verfahren über einen Antrag auf Stundung rückständiger Unterhaltsbeträge nach § 643 a Abs. 4 der Zivilprozeßordnung;
4. im Verfahren über einen Antrag auf Aufhebung oder Änderung einer Entscheidung, durch die rückständige Unterhaltsbeträge gestundet worden sind, nach § 642 f der Zivilprozeßordnung.

§ 43 b

Verfahren über die Stundung
eines Erbersatz- oder Pflichtteilsanspruchs

Im Verfahren über einen Antrag auf Anhebung oder Änderung einer Entscheidung, durch die ein Erbersatz- oder Pflichtteilsanspruch gestundet worden ist (§ 644 Abs. 2 der Zivilprozeßordnung), erhält der Rechtsanwalt fünf Zehntel der in § 31 bestimmten Gebühren."

(2) Das Verfahren über einen Antrag nach § 641 e Abs. 2 oder 3 bildet mit dem Verfahren über den Antrag nach § 641 d der Zivilprozeßordnung eine Angelegenheit.

(3) Bei einer Einigung der Parteien erhält der Rechtsanwalt die Prozeßgebühr nur zur Hälfte, wenn ein Antrag nach §§ 627, 627 b, 641 d, 641 e Abs. 2 oder § 641 e Abs. 3 der Zivilprozeßordnung nicht gestellt ist. Dies gilt auch, soweit lediglich beantragt ist, eine Einigung der Parteien zu Protokoll zu nehmen."

3. Nach § 43 wird folgender § 43 a eingefügt:

„§ 43 a

Verfahren über den Unterhalt
eines **nichtehelichen** Kindes

Der Rechtsanwalt erhält fünf Zehntel der in § 31 bestimmten Gebühren

1. im Verfahren über einen Antrag auf Festsetzung des Regelunterhalts nach §§ 642 a, 642 d der Zivilprozeßordnung, wenn die Festsetzung auf Grund eines Vergleichs, **der** vor einer Gütestelle abgeschlossen **worden ist**, oder auf Grund einer Urkunde nach § 642 c Nr. 2 der Zivilprozeßordnung erfolgen soll;
2. **unverändert**
3. **unverändert**
4. **unverändert**

§ 43 b

entfällt

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

Artikel 12

Artikel 12

Anderung der Kostenordnung**Anderung der Kostenordnung**

Die Kostenordnung wird wie folgt geändert:

Die Kostenordnung wird wie folgt geändert:

1. § 38 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

1. unverändert



„(3) Ein Viertel der vollen Gebühr wird ferner erhoben für die Beurkundung von Zustimmungserklärungen zur Anerkennung der Vaterschaft, zur Ehelicherklärung oder zur Annahme an Kindes Statt.“

1a. Nach § 55 wird folgende Vorschrift eingefügt:



„§ 55 a

Gebührenfreiheit in Kindschafts- und Unterhaltssachen

Beurkundungen und Beglaubigungen der in § 49 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt genannten Art sind gebührenfrei.“

2. In § 93 wird folgender Absatz 3 angefügt:

2. unverändert



„(3) Geht eine Vormundschaft kraft Gesetzes in eine Beistandschaft oder eine Beistandschaft kraft Gesetzes in eine Vormundschaft über, so bildet das Verfahren eine Einheit.“

3. § 94 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

3. § 94 wird wie folgt geändert:



a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 4 erhält folgende Fassung:

aa) Nummer 4 erhält folgende Fassung:

„4. für die Übertragung der elterlichen Gewalt oder ihrer Ausübung, für die Übertragung des Rechts, für die Person oder das Vermögen des Kindes zu sorgen, sowie für Entscheidungen nach § 1634 Abs. 2 oder § 1712 Abs. 1 Satz 2, 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs;“.

„4. für die Übertragung der elterlichen Gewalt oder ihrer Ausübung, für die Übertragung des Rechts, für die Person oder das Vermögen des Kindes zu sorgen, sowie für Entscheidungen nach § 1634 Abs. 2 oder § 1711 Abs. 1 Satz 2, 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs;“.

b) Nummer 7 erhält folgende Fassung:

bb) Nummer 7 erhält folgende Fassung:

„7. für Verfahren über die Anfechtung der Ehelichkeit nach § 1599 Abs. 2, über die Anfechtung einer Anerkennung der Vaterschaft nach § 1600 l Abs. 2 Halbsatz 1 und auf Feststellung der Vaterschaft nach § 1600 n Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs;“.

„7. unverändert

b) Absatz 3 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„In den Fällen des Absatzes 1 Nr. 3 bis 6 ist zahlungspflichtig nur der Elternteil, den das Vormundschaftsgericht nach billigem Ermessen bestimmt; es kann auch anordnen, daß von der Erhebung der Gebühr abzusehen ist.“

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

4. Nach § 106 wird folgende Vorschrift eingefügt:

„§ 106 a

Stundung des Pflichtteilsanspruchs, des Erbersatzanspruchs und des Ausgleichsanspruchs

(1) Für Entscheidungen über die Stundung eines Pflichtteilsanspruchs oder eines Erbersatzanspruchs oder eines Erbausgleichsanspruchs, wird die volle Gebühr erhoben.

(2) Der Geschäftswert ist nach § 30 zu bestimmen.“

Artikel 13

Übergangs- und Schlußvorschriften

I. Übergangsvorschriften

§ 1

Die rechtliche Stellung eines vor dem Inkrafttreten des Gesetzes über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder geborenen Kindes und seiner Verwandten bestimmt sich für die Zeit nach dem Inkrafttreten des Gesetzes nach dessen Vorschriften, soweit sich nicht aus den §§ 2 bis 22 ein anderes ergibt.

§ 2

Unter welchen Voraussetzungen ein Mann als Vater anzusehen ist, wird auch für Rechtsverhältnisse, die sich nach dem bisher geltenden Recht bestimmen, nach den Vorschriften des Gesetzes über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder beurteilt.

§ 3

(1) Hat ein Mann vor dem Inkrafttreten des Gesetzes über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder in einer öffentlichen Urkunde seine Vaterschaft anerkannt oder in einem vollstreckbaren Schuldtitel sich zur Erfüllung eines Anspruchs nach § 1708 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verpflichtet, so ist er als Vater im Sinne des Gesetzes anzusehen. Das gleiche gilt, wenn ein Mann in einer rechtskräftigen Entscheidung, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes erlassen worden ist, zur Erfüllung eines Anspruchs nach § 1708 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verurteilt worden ist. Die vorstehenden Vorschriften sind nicht anzuwenden, wenn beim Inkrafttreten des Gesetzes sowohl der Mann als auch die Mutter und das Kind verstorben sind.

(2) Die Vaterschaft kann durch Klage oder Antrag auf Feststellung, daß der Mann nicht der Vater des Kindes ist, angefochten werden. Berechtig anzufechten sind der Mann, die Mutter und das Kind sowie nach dem Tode des Mannes seine Eltern, seine überlebende Ehefrau und seine Abkömmlinge, nach dem Tode des Kindes seine überlebende Ehefrau

Artikel 13

Übergangs- und Schlußvorschriften

I. Übergangsvorschriften

§ 1

Die rechtliche Stellung eines vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes geborenen Kindes und seiner Verwandten bestimmt sich für die Zeit nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes nach dessen Vorschriften, soweit sich nicht aus den §§ 2 bis 22 a ein anderes ergibt.

§ 2

Unter welchen Voraussetzungen ein Mann als Vater anzusehen ist, wird auch für Rechtsverhältnisse, die sich nach dem bisher geltenden Recht bestimmen, nach den Vorschriften dieses Gesetzes beurteilt.

§ 3

(1) Hat ein Mann vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in einer öffentlichen Urkunde seine Vaterschaft anerkannt oder in einem vollstreckbaren Schuldtitel sich zur Erfüllung eines Anspruchs nach § 1708 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verpflichtet, so ist er als Vater im Sinne dieses Gesetzes anzusehen. Das gleiche gilt, wenn ein Mann in einer rechtskräftigen Entscheidung, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erlassen worden ist, zur Erfüllung eines Anspruchs nach § 1708 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verurteilt worden ist. Die vorstehenden Vorschriften sind nicht anzuwenden, wenn beim Inkrafttreten dieses Gesetzes sowohl der Mann als auch die Mutter und das Kind verstorben sind.

(2) Die Vaterschaft kann durch Klage oder Antrag auf Feststellung, daß der Mann nicht der Vater des Kindes ist, angefochten werden. Berechtig anzufechten sind der Mann, die Mutter und das Kind sowie nach dem Tode des Mannes auch seine Eltern, seine überlebende Ehefrau und seine Abkömmlinge, nach dem Tode des Kindes auch sein überlebender Ehe-

Entwurf

und seine Abkömmlinge. Nach dem Tode eines Elternteils steht das Anfechtungsrecht dem überlebenden Elternteil zu. § 1600 k Abs. 1 bis 3 und § 1600 l des Bürgerlichen Gesetzbuchs sowie die Vorschriften der Zivilprozeßordnung über die Anfechtung der Anerkennung der Vaterschaft sind entsprechend anzuwenden; die Vorschriften über das Anfechtungsrecht der Eltern des Mannes gelten dabei für seine überlebende Ehefrau und seine Abkömmlinge sinngemäß. Es wird vermutet, daß der Mann der Mutter in der Empfängniszeit beigewohnt hat; im übrigen bestimmt sich die Vermutung der Vaterschaft nach § 1600 o des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Für das Verfahren über die Anfechtung der Vaterschaft durch Antrag beim Vormundschaftsgericht gilt § 94 Abs. 1 Nr. 7 der Kostenordnung entsprechend.

§ 4

Die Anfechtung der Ehelichkeit wird nicht dadurch gehindert, daß die Frist nach § 1594 Abs. 4 oder nach § 1595 a Abs. 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der bisher geltenden Fassung beim Inkrafttreten *des Gesetzes über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder* bereits abgelaufen war. Der Zeitraum vom Ablauf dieser Frist bis zum Inkrafttreten *des Gesetzes über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder* wird in die Anfechtungsfristen nach § 1594 Abs. 1, § 1595 a Abs. 1, 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der bisher geltenden Fassung nicht eingerechnet.

§ 5

Ein *Abfindungsvertrag*, der vor dem Inkrafttreten *des Gesetzes über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder* zwischen dem Kinde und dem Vater oder dem Erben des Vaters geschlossen worden ist, erstreckt sich im Zweifel nicht auf die Unterhaltsansprüche des Kindes gegen die Verwandten des Vaters und auf den Unterhalt, der dem Kinde nach Vollendung des achtzehnten Lebensjahres zu gewähren ist.

§ 6

(1) Für den Familiennamen eines Kindes, das vor dem Inkrafttreten *des Gesetzes über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder* geboren ist, gilt § 1617 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht.

(2) Führt die Mutter seit der Geburt des Kindes einen Ehenamen, so hat jedoch das Vormundschaftsgericht dem Kinde auf seinen Antrag den Ehenamen der Mutter zu erteilen, wenn dies dem Wohle des Kindes nicht widerspricht. *§ 1617 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs gilt entsprechend.* Ein minderjähriges Kind, welches das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat, kann den Antrag nur selbst stellen; es bedarf hierzu der Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters.

Beschlüsse des 12. Ausschusses

gatte und seine Abkömmlinge. Nach dem Tode eines Elternteils steht das Anfechtungsrecht dem überlebenden Elternteil zu. § 1600 k Abs. 1 bis 3 und § 1600 l des Bürgerlichen Gesetzbuchs sowie die Vorschriften der Zivilprozeßordnung über die Anfechtung der Anerkennung der Vaterschaft sind entsprechend anzuwenden; die Vorschriften über das Anfechtungsrecht der Eltern des Mannes gelten dabei für seine überlebende Ehefrau und seine Abkömmlinge sinngemäß. Es wird vermutet, daß der Mann der Mutter in der Empfängniszeit beigewohnt hat; im übrigen bestimmt sich die Vermutung der Vaterschaft nach § 1600 o **Abs. 2** des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Für das Verfahren über die Anfechtung der Vaterschaft durch Antrag beim Vormundschaftsgericht gilt § 94 Abs. 1 Nr. 7 der Kostenordnung entsprechend.

§ 4

Die Anfechtung der Ehelichkeit wird nicht dadurch gehindert, daß die Frist nach § 1594 Abs. 4 oder nach § 1595 a Abs. 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der bisher geltenden Fassung beim Inkrafttreten **dieses** Gesetzes bereits abgelaufen war. Der Zeitraum vom Ablauf dieser Frist bis zum Inkrafttreten **dieses** Gesetzes wird in die Anfechtungsfristen nach § 1594 Abs. 1, § 1595 a Abs. 1, 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der bisher geltenden Fassung nicht eingerechnet.

§ 5

Ein **Vertrag zur Abfindung des Unterhaltsanspruchs**, der vor dem Inkrafttreten **dieses** Gesetzes zwischen dem Kinde und dem Vater oder Erben des Vaters geschlossen worden ist, erstreckt sich im Zweifel nicht auf die Unterhaltsansprüche des Kindes gegen die Verwandten des Vaters und auf den Unterhalt, der dem Kinde nach Vollendung des achtzehnten Lebensjahres zu gewähren ist.

§ 6

(1) Für den Familiennamen eines Kindes, das vor dem Inkrafttreten **dieses** Gesetzes geboren ist, gilt § 1617 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht.

(2) Führt die Mutter seit der Geburt des Kindes einen Ehenamen, so hat jedoch das Vormundschaftsgericht dem Kinde auf seinen Antrag den Ehenamen der Mutter zu erteilen, wenn dies dem Wohle des Kindes nicht widerspricht. Ein minderjähriges Kind, welches das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat, kann den Antrag nur selbst stellen; es bedarf hierzu der Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters. **Die Verfügung, durch die das Vormundschaftsgericht dem Kinde den Ehenamen der Mutter erteilt, wird erst mit der Rechtskraft wirksam.**

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

§ 7

Steht ein *uneheliches* Kind unter Vormundschaft und endet die Vormundschaft mit dem Inkrafttreten *des Gesetzes über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder*, so wird der bisherige Vormund Beistand. Ist die Ausübung der Obliegenheiten eines Vormunds auf Beamte oder Angestellte des Jugendamts nach § 37 Satz 2 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt in der bisher geltenden Fassung übertragen worden, so gilt auch die Ausübung der Obliegenheiten eines Beistands als übertragen.

§ 8

Hat das Vormundschaftsgericht vor dem Inkrafttreten *des Gesetzes über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder* rechtskräftig festgestellt, daß ein *uneheliches* Kind durch die Eheschließung seiner Eltern ehelich geworden ist, oder ist ein *uneheliches* Kind vor diesem Zeitpunkt für ehelich erklärt worden, so sind die §§ 2, 3 nicht anzuwenden. Die Anfechtung der Ehelichkeit bestimmt sich unbeschadet des § 4 nach den bisher geltenden bürgerlich-rechtlichen Vorschriften.

§ 9

Ist der Vater vor dem Inkrafttreten *des Gesetzes über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder* gestorben, so sind § 1733 Abs. 3 und § 1740 e des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf die Ehelicherklärung auf Antrag des Kindes nicht anzuwenden.

§ 10

(1) Für die erbrechtlichen Verhältnisse bleiben, wenn der Erblasser vor dem Inkrafttreten *des Gesetzes über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder* gestorben ist, die bisher geltenden Vorschriften maßgebend. Das gleiche gilt für den Anspruch des *unehelichen* Kindes gegen den Erben des Vaters auf Leistung von Unterhalt.

(2) *Ist der Vater nach dem 30. September 1967, aber vor dem Inkrafttreten des Gesetzes über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder gestorben und wäre er im Falle seines Fortlebens zur Zahlung eines höheren Unterhalts als nach den bisher geltenden Vorschriften oder zur Zahlung von Unterhalt für einen Zeitraum nach Vollendung des achtzehnten Lebensjahres verpflichtet, so hat der Erbe für die Zeit nach dem Inkrafttreten des Gesetzes dem Kinde längstens bis zur Vollendung des fünfundzwanzigsten Lebensjahres eine Unterhaltsergänzung in Höhe des Unterschiedsbetrages zu zahlen. Bei der Bemessung der Unterhaltsergänzung*

§ 7

(3) Ist dem Kind auf Grund des Absatzes 2 der Ehename der Mutter erteilt worden, so gilt § 1617 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechend.

Steht ein **nichteheliches** Kind unter Vormundschaft und endet die Vormundschaft mit dem Inkrafttreten **dieses** Gesetzes, so wird der bisherige Vormund Beistand. Ist die Ausübung der Obliegenheiten eines Vormunds auf Beamte oder Angestellte des Jugendamts nach § 37 Satz 2 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt in der bisher geltenden Fassung übertragen worden, so gilt auch die Ausübung der Obliegenheiten eines Beistands als übertragen.

§ 8

Hat das Vormundschaftsgericht vor dem Inkrafttreten **dieses** Gesetzes rechtskräftig festgestellt, daß ein **nichteheliches** Kind durch die Eheschließung seiner Eltern ehelich geworden ist, oder ist ein **nichteheliches** Kind vor diesem Zeitpunkt für ehelich erklärt worden, so sind die §§ 2, 3 nicht anzuwenden. Die Anfechtung der Ehelichkeit bestimmt sich unbeschadet des § 4 nach den bisher geltenden bürgerlich-rechtlichen Vorschriften.

§ 9

Auf die Ehelicherklärung auf Antrag des Kindes sind, falls der Vater vor dem Inkrafttreten **dieses** Gesetzes gestorben ist, § 1733 Abs. 3, § 1740 e **Abs. 2** des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht anzuwenden. **Die Frist nach § 1740 e Abs. 1 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs beginnt frühestens mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes.**

§ 10

(1) Für die erbrechtlichen Verhältnisse bleiben, wenn der Erblasser vor dem Inkrafttreten **dieses** Gesetzes gestorben ist, die bisher geltenden Vorschriften maßgebend. Das gleiche gilt für den Anspruch des **nichtehelichen** Kindes gegen den Erben des Vaters auf Leistung von Unterhalt.

(2) Für die erbrechtlichen Verhältnisse eines vor dem 1. Juli 1949 geborenen nichtehelichen Kindes und seiner Abkömmlinge zu dem Vater und dessen Verwandten bleiben die bisher geltenden Vorschriften auch dann maßgebend, wenn der Erblasser nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes stirbt. Ist der Vater der Erblasser und hatte er zur Zeit des Erbfalls dem Kinde Unterhalt zu gewähren, so ist der Erbe zur Gewährung des Unterhalts verpflichtet; der bisher geltende § 1712 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist auf den Unterhaltsanspruch des Kindes anzuwenden.

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

sind diejenigen Verhältnisse des Vaters zu berücksichtigen, die vor seinem Tode bestanden haben. Der Anspruch auf Unterhaltsergänzung ermäßigt sich oder fällt weg, soweit die Zahlung dem Erben unter Berücksichtigung aller Umstände nicht zugemutet werden kann.

(3) Ist der Vater nach dem 30. September 1967, aber vor dem Inkrafttreten des Gesetzes über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder gestorben und hat das Kind beim Inkrafttreten des Gesetzes das fünfundzwanzigste Lebensjahr noch nicht vollendet, so hat der Erbe des Vaters dem Kinde ferner eine Ausstattung in Geld in der nach den Verhältnissen des Vaters bei ehelichen Kindern üblichen Höhe zu gewähren, soweit dies wegen des ungewöhnlich hohen Wertes des Nachlasses der Billigkeit entspricht.

(4) Muß nach dem Inkrafttreten des Gesetzes über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder die Vaterschaft des Erblassers noch festgestellt werden, so stehen dem Kinde die Ansprüche nach den Absätzen 2 und 2 nur zu, wenn der Antrag auf Feststellung der Vaterschaft des Erblassers binnen sechs Monaten gestellt wird; die Frist beginnt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes, jedoch nicht vor der Geburt des Kindes. Die Ansprüche nach den Absätzen 2 und 3 bestehen nicht, soweit das Kind aus dem Nachlaß insgesamt mehr als den Betrag erhalten würde, der ihm als Pflichtteil gebühren würde, wenn es ehelich wäre; § 1712 Abs. 2 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der bisher geltenden Fassung gilt sinngemäß. Die Ansprüche bestehen ferner nicht, soweit sie den Wert übersteigen würden, um den der Erbe am (Verabschiedung des Einführungsgesetzes durch das Kabinett) aus dem Nachlaß noch bereichert war.

§ 11

Soweit nach den Artikeln 208, 209 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch Vorschriften aus der Zeit vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs anzuwenden sind, bleiben diese Vorschriften weiterhin maßgebend; die §§ 2 bis 10 gelten in diesem Falle nicht.

§ 12

Für einen Rechtsstreit in Kindschaftssachen, der vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes anhängig geworden ist, bleibt das bisher geltende Verfahrensrecht maßgebend. Die Vorschriften des § 3 stehen der Fortführung eines Rechtsstreits, der die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens der unehelichen Vaterschaft zum Gegenstand hat, nicht entgegen.

§ 13

Für das Verhältnis einer vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erlassenen Entscheidung über An-

§ 11

unverändert

§ 12

Für einen Rechtsstreit in Kindschaftssachen, der vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes anhängig geworden ist, bleibt das bisher geltende Verfahrensrecht maßgebend. Die Vorschriften des § 3 stehen der Fortführung eines Rechtsstreits, der die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens der **nichtehelichen** Vaterschaft zum Gegenstand hat, nicht entgegen.

§ 13

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

sprüche nach § 1708 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und einer abweichenden Entscheidung über die Vaterschaft ist § 644 der Zivilprozeßordnung in der Fassung des Familienrechtsänderungsgesetzes vom 11. August 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1221) weiterhin anzuwenden. Dies gilt auch in den Fällen des § 3 Abs. 2.

§ 14

(1) Ist in einem rechtskräftigen Urteil, das vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erlassen ist, auf Zahlung einer Geldrente nach § 1708 Abs. 1, § 1710 des Bürgerlichen Gesetzbuchs erkannt, so wird auf Antrag der Partei für die Zeit nach der Antragstellung das Urteil in ein Urteil auf Leistung des Regelunterhalts (§ 642 Abs. 1 der Zivilprozeßordnung) abgeändert und gleichzeitig der Betrag des Regelunterhalts festgesetzt. Dies gilt entsprechend für Schuldtitel des § 794 Abs. 1 Nr. 1, 5 der Zivilprozeßordnung und des § 49 Abs. 2 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes errichtet worden sind.

(2) Der Antrag ist nur zulässig, wenn der Antragsteller *versichert*, daß erfolglos versucht worden ist, im Wege der gütlichen Einigung einen zur Zwangsvollstreckung geeigneten Schuldtitel über die Unterhaltsverpflichtung zu errichten, die sich aus den Vorschriften *des* Gesetzes über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder ergibt.

(3) Das Gericht soll darauf hinwirken, daß sich die Parteien zur Vermeidung einer Klage nach § 16 gütlich einigen; es kann mit den Parteien mündlich verhandeln. Kommt eine Einigung zustande, so ist sie zu gerichtlichem Protokoll zu nehmen. Für die Einigung gelten die Vorschriften der Zivilprozeßordnung über den Vergleich in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten entsprechend.

(4) Die Entscheidung ergeht durch Beschluß. Gegen die Entscheidung findet die sofortige Beschwerde statt; eine weitere Beschwerde ist ausgeschlossen. Die Entscheidung ist erst mit der Rechtskraft wirksam.

(5) Im übrigen sind die Vorschriften der Zivilprozeßordnung sinngemäß anzuwenden.

(6) Die Geschäfte nach Absatz 3 Satz 1, 2 und die Entscheidung nach Absatz 4 Satz 1 werden dem Rechtspfleger nach Maßgabe des Rechtspflegergesetzes übertragen.

§ 15

(1) Für das gerichtliche Verfahren nach § 14 und für die das Verfahren abschließende Entscheidung wird je die Hälfte der vollen Gebühr (§ 10 des Gerichtskostengesetzes) erhoben. Die gleichen Gebühren werden für das Verfahren über die Beschwerde erhoben.

§ 14

(i) unverändert

(2) Der Antrag ist nur zulässig, wenn der Antragsteller **glaubhaft macht**, daß erfolglos versucht worden ist, im Wege der gütlichen Einigung einen zur Zwangsvollstreckung geeigneten Schuldtitel über die Unterhaltsverpflichtung zu errichten, die sich aus den Vorschriften **dieses** Gesetzes ergibt.

(3) unverändert

(4) unverändert

(5) unverändert

Absatz 6 entfällt

§ 15

(1) unverändert

Entwurf

(2) Der Rechtsanwalt erhält fünf Zehntel der in § 31 der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte bestimmten Gebühren.

(3) Der Wert des Streitgegenstandes bestimmt sich nach dem Unterschiedsbetrag zwischen der bisherigen Geldrente und dem Betrag des Regelunterhalts, dessen Festsetzung beantragt wird. § 13 Abs. 1 des Gerichtskostengesetzes ist anzuwenden.

(4) Wenn sich der Gläubiger und der Schuldner eines Schuldtitels nach § 14 Abs. 1 über die Erreichung eines neuen zur Zwangsvollstreckung geeigneten Schuldtitels einigen, so werden für die gerichtliche Beurkundung der Erklärungen über den Unterhalt die in der Kostenordnung bestimmten Gebühren nicht erhoben.

§ 16

Den Parteien ist im Falle des § 14 Abs. 1, 4 vorbehalten, im Wege einer Klage eine abweichende Entscheidung über den Unterhalt zu verlangen. § 643 a Abs. 2 Satz 1, 3, Absatz 4 Satz 1 der Zivilprozeßordnung ist entsprechend anzuwenden.

§ 17

Ist beim Inkrafttreten dieses Gesetzes ein Rechtsstreit über Unterhaltsansprüche des *unehelichen* Kindes gegen seinen Vater anhängig, so gelten die besonderen Vorschriften der §§ 18 bis 21.

§ 18

(1) Ist der Rechtsstreit im ersten Rechtszug anhängig, so kann das Kind, wenn die Vaterschaft noch der Feststellung bedarf, ohne Einwilligung des Beklagten beantragen, das Bestehen der *unehelichen* Vaterschaft festzustellen. § 640 c der Zivilprozeßordnung ist nicht anzuwenden.

(2) Hält das Kind neben dem Antrag auf Feststellung des Bestehens der *unehelichen* Vaterschaft einen Antrag auf Leistung eines bestimmten Unterhaltsbetrages aufrecht, so hat das Gericht auf Antrag das Verfahren insoweit auszusetzen. Ist das Verfahren wegen der Feststellung des Bestehens der *unehelichen* Vaterschaft erledigt, so ist die Aufnahme des ausgesetzten Verfahrens zulässig.

§ 19

(1) Ist der Rechtsstreit im zweiten Rechtszug anhängig, so hat das Gericht, wenn die Vaterschaft noch der Feststellung bedarf, auf Antrag das Verfahren auszusetzen und, falls eine Klage auf Feststellung des Bestehens der *unehelichen* Vaterschaft noch nicht erhoben ist, eine Frist zur Erhebung einer solchen Klage zu bestimmen. Ist die Klage auf Feststellung des Bestehens der *unehelichen* Vaterschaft

Beschlüsse des 12. Ausschusses

(2) unverändert

(3) unverändert

Absatz 4 entfällt

§ 16

unverändert

§ 17

Ist beim Inkrafttreten dieses Gesetzes ein Rechtsstreit über Unterhaltsansprüche des **nichtehelichen** Kindes gegen seinen Vater anhängig, so gelten die besonderen Vorschriften der §§ 18 bis 21.

§ 18

(1) Ist der Rechtsstreit im ersten Rechtszug anhängig, so kann das Kind, wenn die Vaterschaft noch der Feststellung bedarf, ohne Einwilligung des Beklagten beantragen, das Bestehen der **nichtehelichen** Vaterschaft festzustellen. § 640 c der Zivilprozeßordnung ist nicht anzuwenden.

(2) Hält das Kind neben dem Antrag auf Feststellung des Bestehens der **nichtehelichen** Vaterschaft einen Antrag auf Leistung eines bestimmten Unterhaltsbetrages aufrecht, so hat das Gericht auf Antrag das Verfahren insoweit auszusetzen. Ist das Verfahren wegen der Feststellung des Bestehens der **nichtehelichen** Vaterschaft erledigt, so ist die Aufnahme des ausgesetzten Verfahrens zulässig.

§ 19

(1) Ist der Rechtsstreit im zweiten Rechtszug anhängig, so hat das Gericht, wenn die Vaterschaft noch der Feststellung bedarf, auf Antrag das Verfahren auszusetzen und, falls eine Klage auf Feststellung des Bestehens der **nichtehelichen** Vaterschaft noch nicht erhoben ist, eine Frist zur Erhebung einer solchen Klage zu bestimmen. Ist die Klage auf Feststellung des Bestehens der **nichtehelichen** Vater-

Entwurf

erledigt oder wird sie nicht vor Ablauf der bestimmten Frist erhoben, so ist die Aufnahme des ausgesetzten Verfahrens zulässig.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend, wenn ein Urteil, das vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes im ersten Rechtszug ergangen ist, nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes mit der Berufung angefochten wird.

(3) Die Aussetzung steht einer Einstellung der Zwangsvollstreckung nach § 719 der Zivilprozeßordnung nicht entgegen.

§ 20

Eine mündliche Verhandlung, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes geschlossen worden ist, ist wieder zu eröffnen.

§ 21

Für eine Klage auf Feststellung des Bestehens der *unehelichen* Vaterschaft, die erhoben wird, während der Rechtsstreit wegen des Unterhalts anhängig ist, ist das Amtsgericht ausschließlich zuständig, bei dem dieser Rechtsstreit anhängig oder im ersten Rechtszug entschieden worden ist.

§ 22

Bei der Zwangsvollstreckung bleibt für den Rang des Anspruchs eines *unehelichen* Kindes auf Unterhaltsbeträge, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes fällig geworden sind, im Verhältnis zu Unterhaltsansprüchen anderer Abkömmlinge, der Ehefrau und der früheren Ehefrau des Schuldners § 850 d Abs. 2 der Zivilprozeßordnung in der bisher geltenden Fassung maßgebend.

Beschlüsse des 12. Ausschusses

schaft erledigt oder wird sie nicht vor Ablauf der bestimmten Frist erhoben, so ist die Aufnahme des ausgesetzten Verfahrens zulässig.

(2) *unverändert*

(3) *unverändert*

§ 20

unverändert

§ 21

Für eine Klage auf Feststellung des Bestehens der **nichtehelichen** Vaterschaft, die erhoben wird, während der Rechtsstreit wegen des Unterhalts anhängig ist, ist das Amtsgericht ausschließlich zuständig, bei dem dieser Rechtsstreit anhängig oder im ersten Rechtszug entschieden worden ist.

§ 22

Bei der Zwangsvollstreckung bleibt für den Rang des Anspruchs eines **nichtehelichen** Kindes auf Unterhaltsbeträge, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes fällig geworden sind, im Verhältnis zu Unterhaltsansprüchen anderer Abkömmlinge, der Ehefrau und der früheren Ehefrau des Schuldners § 850 d Abs. 2 der Zivilprozeßordnung in der bisher geltenden Fassung maßgebend.

§ 22 a

In den Fällen des § 3 Abs. 1 wird, soweit dies nach den bisherigen Vorschriften noch nicht geschehen ist, der Vater eines nichtehelichen Kindes am Rande des Geburtseintrags vermerkt, wenn das Kind, der Vater, deren Erben oder die Mutter dies beantragen; der Standesbeamte kann den Randvermerk auch von Amts wegen eintragen. Das gleiche gilt, wenn in einer rechtskräftigen Entscheidung, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erlassen worden ist, im Verfahren nach § 640 der Zivilprozeßordnung festgestellt wurde, daß ein Mann der Vater eines nichtehelichen Kindes ist.

Entwurf

Beschlüsse des 12. Ausschusses

II. Schlußvorschriften

II. Schlußvorschriften

§ 23

§ 23

Das Statistische Bundesamt hat der Bundesregierung alle zwei Jahre ein Gutachten zur Höhe des Regelbedarfs nach § 1615 f Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu erstatten.

unverändert

§ 24

§ 24

Wo auf Vorschriften verwiesen wird, die durch *das Gesetz über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder oder durch dieses Gesetz* aufgehoben oder geändert werden, erhält die Verweisung ihren Inhalt aus den entsprechenden neuen Vorschriften. Einer Verweisung steht es gleich, wenn die Anwendbarkeit der in Satz 1 bezeichneten Vorschriften stillschweigend vorausgesetzt wird.

Wo auf Vorschriften verwiesen wird, die durch **dieses** Gesetz aufgehoben oder geändert werden, erhält die Verweisung ihren Inhalt aus den entsprechenden neuen Vorschriften. Einer Verweisung steht es gleich, wenn die Anwendbarkeit der in Satz 1 bezeichneten Vorschriften stillschweigend vorausgesetzt wird.

§ 25

§ 25

Dieses Gesetz gilt *mit Ausnahme des Artikels 1 Satz 1* nach Maßgabe des § 13 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. **Rechtsverordnungen, die auf Grund des Bürgerlichen Gesetzbuchs oder auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.**

§ 26

§ 26

Dieses Gesetz tritt am in Kraft.

Dieses Gesetz tritt am **1. Juli 1970** in Kraft.